



> KOMPETENZZENTRUM FÜR
SOZIALE ARBEIT GMBH

Glossar

Soziale Arbeit im öffentlichen Raum

**Kurz- und Langfassungen
Stand: Februar 2011**

Projektleitung: Mag. Dr. Richard Krisch
DSA Christoph Stoik MA

AutorInnen: Mag. Dr. Richard Krisch
DSA Christoph Stoik MA
DSAⁱⁿ Evelyn Benrazougui-Hofbauer MA
Mag. (Fh) Johannes Kellner

Inhaltsverzeichnis

1. Zum vorliegenden Glossar.....	3
2. Professionelle Handlungskonzepte.....	7
2.1 Offene Kinder- und Jugendarbeit.....	7
2.2 Gemeinwesenarbeit.....	15
2.3 Aufsuchende Soziale Arbeit.....	21
3. Professionelle Handlungsebene.....	25
3.1 Zielgruppen – AdressatInnen – AkteurInnen	25
3.2 Parteilichkeit.....	27
3.3 Niederschwelligkeit.....	30
3.4 Ressourcenorientierung.....	31
3.5 Empowerment.....	33
3.6 Sozialraumanalyse.....	34
3.7 Soziale Netzwerkarbeit.....	37
3.8 Konfliktbearbeitung.....	39
3.9 Soziale Stadtentwicklung – Stadtteilmanagement.....	41
3.10 lokal, regional, Grätzel, Stadtteil	43
3.11 Regionalforen und Vernetzungsforen.....	45
3.12 Mehrfach- und Zwischennutzung.....	47
4. Sozialpädagogische/sozialarbeits-theoretische Einbettungen.....	50
4.1 Emanzipation.....	50
4.2 Lebensweltorientierung.....	52
4.3 Lebensbewältigung.....	53
4.4 Politische Bildung	55
4.5 Sozialraumorientierung.....	57
5. Sozial-/gesellschaftspolitische Zugänge.....	61
5.1 Öffentlicher Raum.....	61
5.2 Diversität.....	63
5.3 Gender.....	66
5.4 Integration/Ausschluss – Inklusion/Exklusion.....	68
5.5 Partizipation.....	70
5.6 Zivilgesellschaft.....	73
5.7 Governance.....	76
5.8 Nachhaltige Entwicklung.....	78

1. Zum vorliegenden Glossar

Im Rahmen des Forschungsprojekts „Erstellung eines Glossars Soziale Arbeit im öffentlichen Raum“ wird eine **Begriffsbestimmung zur Sozialen Arbeit im öffentlichen Raum** vorgenommen. Das Glossar bietet den AkteurInnen der Sozialen Arbeit im öffentlichen Raum fachliche und inhaltliche Orientierung. Angesprochen sind **Handlungsfelder in fünf Geschäftsgruppen der Stadt Wien** (GGr. Bildung, Jugend, Information und Sport; GGr. Gesundheit und Soziales; GGr. Integration, Frauenfragen, KonsumentInnenschutz und Personal; GGr. Stadtentwicklung und Verkehr; GGr. Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung), die in der ressortübergreifenden Beratungsgruppe „Soziale Arbeit im öffentlichen Raum“ vernetzt sind. Die vorliegende Fassung wurde in dieser Form im Juli 2010 fertiggestellt und im Februar 2011 von allen fünf zuständigen StadträtInnen angenommen und freigegeben.

Durch das Glossar wird eine begriffliche Festlegung über die zentralen Bereiche der Sozialen Arbeit im öffentlichen Raum ermöglicht und **der spezifische Zugang und die Rolle der professionellen Sozialen Arbeit** in Bezug auf die Gestaltung öffentlicher Räume thematisiert. Die Begriffe beziehen sich auf professionelles Handeln der Sozialen Arbeit im halb-, teil- bzw. öffentlichen Raum.

Aus der Sicht der Sozialen Arbeit ist der **öffentliche Raum** nicht nur über Besitzverhältnisse bzw. Nutzungsrechte (teil-, halb- und öffentliche Räume) definiert, sondern auch als Ort der öffentlichen Aushandlung unterschiedlicher Interessen, Problemlagen und Bedürfnisse. Öffentliche Räume sind darüber definiert, dass **unterschiedliche Interessen** sichtbar werden, mitunter konflikthaft zum Ausdruck kommen, schließlich aber öffentlich diskutiert und Interessenausgleiche verhandelt werden (demokratiepolitische Dimension). Aufgrund der demokratiepolitischen Bedeutung des öffentlichen Aushandelns und Ausgleichs von Interessen, kommt dem **öffentlichen Raum und dessen Zugänglichkeit** eine besondere Bedeutung zu. Insbesondere für Menschen und Gruppen, die über weniger Möglichkeiten verfügen, ihre Interessen öffentlich zu machen, ist die Zugänglichkeit zu derartigen Räumen zu gewährleisten (vgl. dazu auch Wiener Leitbild für den öffentlichen Raum 2009).

Soziale Arbeit ist definiert als professionelles Handeln - sowohl in einer sozialpädagogischen als auch sozialarbeiterischen Tradition- in Form einer Bearbeitung sozialer Probleme, gesellschaftlicher Fragestellungen und Entwicklungstatsachen. Dabei geht es um die Erweiterung individueller und kollektiver Handlungsfähigkeiten, der Gewährung von Hilfen, wie auch um die Gestaltung von sozialem Wandel, der Thematisierung von Ungleichheitsentwicklungen sowie der Umgang mit gesellschaftlicher Heterogenität. Soziale Arbeit wird hierbei von Grundsätzen wie den Menschenrechten angeleitet.

Aufgabe Sozialer Arbeit im öffentlichen Raum ist, die soziale Sicherheit von Menschen und Gruppen anzusprechen und deren Marginalisierung und Verdrängung entgegenzuwirken. Eine sozialpolitische Dimension der Sozialen Arbeit besteht dabei darin, **Interessen sichtbar zu machen** und **demokratische Aushandlungsprozesse zu gestalten**. Sie wendet sich explizit gegen die Verdrängung von Interessenslagen aus der öffentlichen Wahrnehmung. Andererseits hat die Soziale Arbeit auch die Aufgabe, Menschen und Gruppen vor der Öffentlichkeit zu schützen, wenn diese Gefahr laufen, stigmatisiert zu werden.

Soziale Arbeit beschäftigt sich mit Bildungs-, Erziehungs- und Sorgeprozessen und ist Expertin dafür, wie Menschen diese organisieren bzw. welche Ressourcen sie dafür benötigen und mit welchen Problemen sie konfrontiert sind.

Soziale Arbeit hat im Rahmen einer Sorgedimension die Aufgabe, Bedürfnisse, Interessen und Problemlagen rund um das Thema „Care“ (Kinderbetreuung, Betreuung kranker und älterer Menschen, etc.) sichtbar zu machen. Diese Sorgeprobleme können öffentlich sichtbar sein, oder müssen sichtbar gemacht werden, um über öffentliche bzw. private Verantwortung verhandeln zu können.

Die Bildungsdimension der Sozialen Arbeit zielt auf die Erweiterung der Handlungskompetenzen von Menschen ab.

Auf eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Regeln und Normen bezieht sich die Erziehungsdimension Sozialer Arbeit. In Bezug auf den öffentlichen Raum können Regeln und Normen gewährleisten, dass Menschen den öffentlichen Raum nutzen können, oder aber auch zu Verdrängungsdynamiken führen. Hier ist eine reflexive und kritische Auseinandersetzung für die Soziale Arbeit im öffentlichen Raum besonders notwendig.

Als **empirische Grundlage** für dieses Glossar wurden Einrichtungen erfasst, welche Soziale Arbeit im öffentlichen Raum leisten. Es handelt sich um **Organisationen**, die im öffentlichen Raum mit Konflikten, sozialen Problemen bzw. Entwicklungstatsachen konfrontiert sind und **deren Handeln sich auch auf den öffentlichen Raum beziehen**:

Offene Kinder- und Jugendarbeit (Einrichtungsbezogene und Herausreichende Kinder- und Jugendarbeit, Mobile Jugendarbeit, Wiener Parkbetreuung), Drogenstreetwork, Help U, SAM, Wohnpartner, Gebietsbetreuungen für Stadterneuerung, Nachbarschafts- und Stadtteilzentren, Projekte und Einrichtungen der MA 17, Angebote der Wohnungslosenarbeit, Arbeit mit SexarbeiterInnen, Lokale Agenda 21, Psychosozialer Dienst, sowie Vernetzungsstrukturen (z.B. Regionalforen).

Die Konzepte und Selbstdarstellungen dieser Einrichtungen stellten den Ausgangspunkt für die empirische Erarbeitung der begrifflichen Festlegungen dar. Es wurden relevante Begriffe erhoben und deren Verwendung in den unterschiedlichen Einrichtungen bzw. Bereichen einander gegenübergestellt.

In einem zweiten Schritt wurde der aktuelle fachlich-theoretische Diskurs zusammengefasst und mit den zuvor erhobenen Begrifflichkeiten in Bezug gesetzt.

Darüber hinaus wurden zentrale theoretische Termini, welche sich für den Diskurs der Sozialen Arbeit im öffentlichen Raum als relevant herausgestellt haben, auf vier Ebenen, welche sich teilweise überschneiden, gegenübergestellt (professionelle Handlungskonzepte, professionelle Handlungsebenen, sozialpädagogische/sozialarbeitstheoretische Einbettungen, sozial-/gesellschaftspolitische Zugänge).

Die **professionellen Handlungskonzepte** stellen Grundkonzepte für die Soziale Arbeit im öffentlichen Raum dar, die je nach Aufgabenstellung zur Anwendung kommen bzw. auch als Mischformen auftreten können. So orientieren sich beispielsweise die Einrichtungen der „Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ auch an der „Gemeinwesenarbeit“, bzw. fließen Aspekte der „Aufsuchenden Sozialen Arbeit“ in ihre Konzepte ein.

Unter dem Überbegriff **„professionelle Handlungsebenen“** finden sich Definitionen, die Erweiterungen und Spezifizierungen der Handlungskonzepte darstellen (u.a. auch professionelle Haltungen und Methoden), aber auch Begriffe, die in der Praxis zur Anwendung kommen und für die Soziale Arbeit im öffentlichen Raum Bedeutung haben (z.B. „Mehrfach- und Zwischennutzung“).

Unter „**sozialpädagogische/sozialarbeits-theoretische Einbettung**“ werden Ansätze definiert, welche in der aktuellen Fachdiskussion die theoretische Grundlage der professionellen Handlungskonzepte aus der Perspektive der Sozialen Arbeit darstellen.

Unter „**sozial- und gesellschaftspolitischen Zugängen**“ werden Grundgedanken aufgenommen, die eine Bedeutung in Bezug auf die Soziale Arbeit im öffentlichen Raum haben und deren gesellschaftliche Rahmung bilden.

Die Begriffe in diesem Glossar beschreiben die Soziale Arbeit im öffentlichen Raum in Wien in ihren fachlich – theoretischen Ausdifferenzierungen. Diese **ausgewählten Begrifflichkeiten und Definitionen** ermöglichen eine Reflexion der verschiedenen Ansätze, aber auch deren Positionierungen, bezogen auf im Glossar formulierte **Zugänge, Haltungen und Perspektiven**.

Hier finden sich nun die Kurzfassungen mit den jeweilig zugehörigen Langfassung mit konkreterem Wiener Praxisbezug. Die Langfassungen stellen jeweils vertiefende Erweiterungen der Kurzfassungen dar und enthalten Literaturverweise.

Die **wissenschaftlich-fachliche Beratung** für die Erstellung des Glossars erfolgte durch: Prof. Dr. Wolfgang Schröer (Universität Hildesheim), Prof. Dr. Fabian Kessl (Universität Duisburg/Essen), Prof. Dr. Ulrich Deinet (Fachhochschule Düsseldorf), Dr.ⁱⁿ Sabine Stövesand (Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg), Dipl. Soz. Wiss. Marc Diebäcker (FH Campus Wien), Mag.^a Dr.ⁱⁿ Elisabeth Raab-Steiner (FH Campus Wien), Mag. (FH) DSA Josef Schörghofer (FH Campus Wien).

Literatur

Chassé, Karl August/von Wensiersky, Hans Jürgen (Hg.) (2004): Praxisfelder der Sozialen Arbeit. 3. Auflage. Weinheim und München: Juventa.

Becker, Gerd/Simon, Titus (Hg.) (1995): Handbuch Aufsuchende Jugend- und Sozialarbeit. Theoretische Grundlagen, Arbeitsfelder, Praxishilfen. Weinheim und München: Juventa.

Böhnisch, Lothar (2005): Lebensbewältigung. Ein sozialpolitisch inspiriertes Paradigma für die Soziale Arbeit. In: Thole, Werner (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. 2. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag, 199-213.

Böhnisch, Lothar (2008): Sozialpädagogik der Lebensalter. Eine Einführung. 5. überarbeitete und erweiterte Auflage. Weinheim und München: Juventa.

Böhnisch, Lothar/Schröer, Wolfgang/Thiersch, Hans: Sozialpädagogisches Denken. Wege zu einer Neubestimmung. Weinheim und München: Juventa.

Böhnisch, Lothar/Lenz, Karl/Schröer, Wolfgang (2009): Sozialisation und Bewältigung. Einführung in die Sozialisationstheorie der zweiten Moderne. Weinheim und München: Juventa.

Deinet, Ulrich/ Sturzenecker, Benedikt (Hg.) (2005): Handbuch offene Jugendarbeit. 3. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag.

Dewe, Bernd/Otto, Hans-Uwe: Reflexive Soziale Arbeit. In: Thole, Werner (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. 2. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag, 179-198.

Galuske, Michael (2007): Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. 7. Auflage. Weinheim und München: Juventa.

Geißler, Karlheinz A./Hege, Marianne (2006): Konzepte sozialpädagogischen Handelns. 11. Auflage. Weinheim und München: Juventa.

IFSW – International Federation of Social Work (2005): Definition von Sozialarbeit. Online im Internet: <http://www.ifsw.org/en/p38000409.html> [17.03.2010]

Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (2007): Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden: VS-Verlag.

Krisch, Richard (2009): Sozialräumliche Methodik der Jugendarbeit. Aktivierende Zugänge und praxisleitende Verfahren. Weinheim und München: Juventa.

Müller, Carl Wolfgang (2001): Helfen und Erziehen. Weinheim: Beltz.

Oelschlägel, Dieter (2005): Gemeinwesenarbeit. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik. 3. Auflage. Neuwied/Kriftel: Luchterhand. S. 653 – 659.

Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.) (2005): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik. 3. Auflage. Neuwied/Kriftel: Luchterhand.

Silbereisen, Rainer K./Zinnecker, Jürgen (1999): Entwicklung im sozialen Wandel. Weinheim: Psychologie Verlags Union.

Spiegel, Hiltrud von (2004): Methodisches Handeln in der Sozialen Arbeit. Weinheim/Basel: Beltz.

Schröer, Wolfgang/Struck, Norbert/Wolf, Mechthild (Hg.) (2002): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe. Weinheim: Juventa.

Stadtentwicklung Wien, MA 19 (2009): Freiraum-Stadtraum-Wien. Vorsorge, Gestaltung, Management. Das Wiener Leitbild für den öffentlichen Raum. Stadt Wien. Wien.

Stoik, Christoph (2009): Wiener Gemeinwesenarbeit am Scheideweg. Wiener Ausprägungen zwischen Emanzipation und lokaler Steuerung. In: Sing, Eva/Heimgartner, Arno (Hg.): Gemeinwesenarbeit in Österreich. Graz. Grazer Universitätsverlag, S. 33-54.

Thole, Werner (Hg.) (2005): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. 2. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag.

2. Professionelle Handlungskonzepte

Die professionellen Handlungskonzepte stellen Grundkonzepte für die Soziale Arbeit im öffentlichen Raum dar, die je nach Aufgabenstellung zur Anwendung kommen. Einrichtungskonzepte richten sich etwa an der Konzeption der „Offenen Kinder- und Jugendarbeit“, an der „Gemeinwesenarbeit“, oder an der „Aufsuchenden Sozialen Arbeit“ aus.

Ziel der „Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ bzw. der „Gemeinwesenarbeit“ ist es, Menschen dabei zu unterstützen, sich Kompetenzen anzueignen, Handlungsoptionen zu erweitern, ihre Interessen zu formulieren und sich an öffentlichen Aushandlungsprozessen zu beteiligen. „Aufsuchende Soziale Arbeit“, aber auch „Gemeinwesenarbeit“ kommen vor allem dann zur Anwendung, wenn Menschen, die von gesellschaftlicher Marginalisierung betroffen sind, unterstützt werden sollen. Auch hier geht es um die Erweiterung der Handlungsoptionen, aber auch besonders um die Versorgung und Integration/Inklusion benachteiligter Menschen.

Diese professionellen Handlungskonzepte können in Einrichtungen auch als Mischformen auftreten. So orientieren sich beispielsweise die Einrichtungen der „Offenen Kinder- und Jugendarbeit“ auch an der „Gemeinwesenarbeit“, bzw. fließen Aspekte der „Aufsuchenden Sozialen Arbeit“ in ihre Konzepte ein.

Die „professionellen Handlungskonzepte“ orientieren sich dabei zum einen an der „Methodenlehre der Sozialen Arbeit“ (vgl. u.a. Galuske 2007; Geißler/Hege 2006; Hiltrud von Spiegel 2004) zum anderen an den Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit (vgl. u.a. Chassé/Wensierski 2004; Thole 2005).

2.1 Offene Kinder- und Jugendarbeit

2.1.1 Kurzfassung

Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein sozialpädagogisches Arbeitsfeld bzw. sozialräumlich orientiertes Angebot, welches das Ziel hat, Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung, ihrer Identitätsfindung und in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe zu unterstützen und dabei verschiedene Lern-, Bildungs- und Sozialisationsprozesse zu ermöglichen bzw. zu fördern. Sie basiert auf dem Prinzip der Offenheit, der Freiwilligkeit, der Bedürfnisorientierung, der Flexibilität; sie versteht sich in ihrem Zugang zu Jugendlichen als sozialräumlich- und lebensweltorientiert, orientiert sich maßgeblich an der Diversity- und Genderperspektive und stellt die aktive Partizipation Heranwachsender und deren Selbstbestimmung in den Vordergrund. Sie betreibt Lobbying für Jugendliche und nimmt damit ein jugendpolitisches Mandat wahr. Die Methoden der Kinder- und Jugendarbeit stammen aus dem Bereich der Sozialpädagogik/Sozialarbeit und decken beispielsweise von der Gruppen-, Projektarbeit und Konfliktmoderation allgemeine sozialpädagogische Methoden genauso ab, wie mit Streetwork, Jugendkulturarbeit, soziokultureller Animation, Medienpädagogik, Öffentlichkeitsarbeit oder der Sozialraumanalyse ganz spezifische Formen der Methodik einer offenen Jugendarbeit.

Offene Kinder- und Jugendarbeit wirkt im öffentlichen Raum und unterscheidet sich in ihren Angebotsformen in Wien zwischen der Arbeit in Jugendzentren und Jugendtreffs mit Herausreichender Arbeit, der Mobilen Jugendarbeit und dem weiten Feld der Parkbetreuung.

Offene Kinder- und Jugendarbeit versteht sich als Teil der Bildungslandschaften, die sich als Ressource der Lebensbewältigung neben der Schule an den lebens- und alltagsweltlichen Themen und Interessen der Jugendlichen orientiert. Daher ist die Kinder- und Jugendarbeit darin gefordert, ihre Angebote, auch in territorialer Hinsicht (herausreichend – mobil) immer wieder an den vielfältigen und unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen anzupassen, wobei hier Jugendliche nicht als homogene Gruppe verstanden werden.

Einrichtungsbezogene und herausreichende Kinder- und Jugendarbeit geht von Standorten der Jugendarbeit, wie Jugendzentren oder Jugendtreffs aus, in denen sie frei zugängliche Gesellungs-, Erlebnis- und Erfahrungsräume mit sozialpädagogischer Ausrichtung anbietet. Dem sozialräumlichen Ansatz folgend entwickeln sie auch eine regelmäßige Präsenz in ihrem Sozialraum/Grätzel/Stadtteil und führt freizeitorientierte Angebote etwa in Parks, Wohnhausanlagen oder an anderen öffentlichen Orten durch, um Jugendliche auch außerhalb ihrer Einrichtungen zu erreichen und deren Aneignungsmöglichkeiten zu erweitern.

Mobile Jugendarbeit sucht Jugendliche an ihren (wechselnden) Aufenthaltsorten mittels Streetwork auf und ist ein lebensweltorientiertes Unterstützungs-, Beratungs- und gegebenenfalls Hilfeangebot an Jugendliche. Die Aneignungsprozesse Jugendlicher im öffentlichen Raum werden auch durch Lobbyarbeit und Beteiligungsprojekte gefördert. Mobile Jugendarbeit verfügt über Anlaufstellen, allenfalls einzelne Räume, und ist an den jugendkulturellen und szeneorientierten Ausdrucksformen orientiert.

Parkbetreuung bezieht sich primär auf die als Parks definierten Bereiche des öffentlichen Raums und bietet dort – mitunter saisonal anwesend – Kindern, aber auch Jugendlichen durch soziokulturelle Animation, Spiel- und Freizeitangebote non-formale und informelle Bildungsmöglichkeiten. Damit leistet die Parkbetreuung einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt und der Entwicklung des öffentlichen Raums als Aneignungs- und Bildungsraum für Kinder und Jugendliche.

2.1.2 Langfassung

Offene Kinder- und Jugendarbeit ist ein sozialpädagogisches Arbeitsfeld bzw. sozialräumlich orientiertes Angebot, welches das Ziel hat, Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung, ihrer Identitätsfindung und in ihrer gesellschaftlichen Teilhabe zu unterstützen und dabei verschiedene Lern-, Bildungs- und Sozialisationsprozesse zu ermöglichen bzw. zu fördern. Dies bedingt sie auch bei der Erweiterung ihrer Handlungs(spiel)räume in öffentlichen Räumen zu unterstützen und sie damit auch an der Gestaltung ihrer Lebensumwelt zu beteiligen.

Eine Kernaufgabe der Kinder- und Jugendarbeit ist die Unterstützung der Zielgruppen in der sozialräumlichen Aneignung der Umwelt. Aneignungsprozesse im sozialräumlichen Kontext bedeuten, dass sich Kinder und Jugendliche öffentliche Räume z.T. unabhängig funktionaler Zuschreibungen erschließen, indem sie sich eigentätig und selbstbestimmt mit diesen – in Interaktionen mit Gleich- und Verschiedenaltigen – auseinandersetzen, ihre differenzierten Kinder- und Jugendkulturen entfalten, ihre Handlungskompetenzen erweitern und prägende Erfahrungen gesellschaftlicher Teilhabe machen. Die Bedeutung nichtkommerzieller Freiräume für diese Aneignungsprozesse und den damit verbundenen Bildungschancen (als Erlebnis- und Erfahrungsräume) ist hier besonders zu unterstreichen.

Offene Kinder- und Jugendarbeit findet in Wien in spezifischen Formen statt, wobei Jugendzentren/Jugendtreffs mit einrichtungsbezogenen und herausreichenden Arbeitsformen und die Mobile Jugendarbeit klassische Formen sozialpädagogisch/sozialarbeiterischer Arbeit darstellen, während die Wiener Parkbetreuung insbesondere im Freizeitbereich spielpädagogische Angebote macht.

Alle drei Arbeitsformen bilden sich im öffentlichen Raum ab, wobei auch Jugendzentren und Jugendtreffs selbst durch ihre Offenheit und Zugänglichkeit als öffentliche Räume für Kinder und Jugendliche verstanden werden können. Obwohl sich die Arbeitsansätze im öffentlichen Raum ähneln, differenzieren sich bestimmte Schwerpunktsetzungen aus, was sich auch aus den verschiedenen historischen Zugängen begründet:

Die Arbeit in Jugendzentren und Jugendtreffs entstammt der Idee der „Offenen Türen“, also räumlich vermittelt, niedrigschwellige Bildungs- und Lernangebote zu machen und politische Bildungsprozesse zu fördern. Es ist ein einrichtungsbezogenes Konzept, welches von einem Ort ausgeht, der durch bestimmte pädagogische Arrangements Erfahrungs- und Erlebnisräume eröffnen soll.

Die Mobile Jugendarbeit entwickelte sich aus der Straßensozialarbeit, die auf der Idee basiert, über Streetwork gefährdete Jugend(sub)kulturen an ihren Gesellungsorten aufzusuchen und – ausgehend von deren Lebenswelten – gegebenenfalls Unterstützung anzubieten.

Die Parkbetreuung wiederum entstammt der Tradition der soziokulturellen Animation und der Spielpädagogik mit der Zielsetzung einer kontinuierlichen Betreuung zur Verbesserung des sozialen Klimas im Park.

Selbstverständnis der Offenen Kinder- und Jugendarbeit:

Zielsetzung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit ist die Förderung von Persönlichkeits- und Identitätsentwicklung, damit verbunden die Erweiterung von Handlungskompetenzen, die Förderung politischer Partizipation und öffentlicher Einflussnahme und damit einhergehender gesellschaftlicher Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Bezeichnend für die außerschulische Pädagogik ist das Prinzip der Offenheit, das auf die prinzipielle Zugänglichkeit für alle Zielgruppen genauso hinweist wie auf die Offenheit bezogen auf die Interessen, Bedürfnisse und Probleme der Zielgruppen, aber auch auf die Wahrnehmung ihrer Stärken und Potenziale. Das Prinzip der Freiwilligkeit beschreibt den freiwilligen Charakter des Besuchs, aber auch die fehlende Verpflichtung an den Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit teil zu nehmen. Die Bedürfnisorientierung meint, auf die Bedürfnisse, Wünsche und Problemstellungen der Kindern und Jugendlichen mit adäquaten offenen Angeboten zu reagieren. Die Flexibilität weist auf die andauernde Anpassung der Angebotsformen an die gegenwartsorientierten und jugendkulturell überformten Bedürfnisse und Interessen der Zielgruppen hin.

Methoden der Kinder- und Jugendarbeit sind u.a.:

Beratung, Einzelfallarbeit, Erlebnispädagogik bzw. City Bound Ansätze, Gruppenarbeit, Konfliktmoderation, Lobbying, Medienpädagogik, Öffentlichkeitsarbeit, Projektarbeit, Sozialraumanalyse, Soziokulturelle Animation, Streetwork, Vernetzung, Workshops.

Zentrale Arbeitsansätze:

Offene Kinder- und Jugendarbeit versteht sich mit ihrem Anspruch an Bedürfnisorientierung gegenüber den Zielgruppen als sozialräumlich- und lebensweltorientierte Jugendarbeit. Die lebens- und alltagsweltlichen Themen, Interessen und Problemstellungen der Zielgruppen sind Ausgangspunkt der Angebote der Kinder- und Jugendarbeit. Ein ganzheitliches Verständnis für die Lebenswelten Heranwachsender zu entwickeln heißt auch, einen engen Bezug zur ihren sozialräumlichen Zusammenhängen, also ihren Lebenslagen, ihren konkreten Bedingungen im Stadtteil, ihren Treffpunkten, den Cliques, Institutionen und Ressourcen herzustellen, die ihre Aneignungsmöglichkeiten bestimmen.

Es geht darum die alters-, geschlechts- und lebenslagenspezifischen, sozialräumlichen Aneignungsformen der Zielgruppen sowohl in den Angeboten wahrzunehmen, als auch in der regionalen Öffentlichkeit zu thematisieren. Die vielschichtige Partizipation von Kindern und Jugendlichen an Gestaltungsprozessen – auch im öffentlichen Raum – die Förderung ihrer Selbstorganisationsfähigkeiten und die Unterstützung der selbstbestimmten Artikulation ihrer Interessen (auch in politischen Zusammenhängen) stellt eine weitere bedeutende Zielsetzung der Offenen Kinder- und Jugendarbeit dar.

Die Perspektive Diversity meint, von der ‚Wiener Jugend‘ in ihrer Vielfältigkeit auszugehen, die Unterschiedlichkeit und Differenz ihrer Lebenslagen und Lebensführung wahrzunehmen und als Potential anzuerkennen. In diesem Zusammenhang weist die Genderperspektive auf die unterschiedlichen Sozialisationsbedingungen von Mädchen und Burschen hin, thematisiert geschlechtsbezogene, strukturelle Benachteiligungen und zielt auf Geschlechtergerechtigkeit ab.

Einrichtungsbezogene und Herausreichende Arbeit

Einrichtungsbezogene und herausreichende Kinder- und Jugendarbeit geht von Standorten der Jugendarbeit, wie Jugendzentren und Jugendtreffs aus, in denen sie frei zugängliche Gesellungs-, Erlebnis- und Erfahrungsräume anbietet. Dem sozialräumlichen Ansatz folgend entwickelt sie eine regelmäßige Präsenz in ihrem Sozialraum/Grätzeln/ Stadtteil/Gebiet und führt Angebote etwa in Parks oder an anderen öffentlichen Orten durch, um Jugendliche auch außerhalb ihrer Einrichtungen zu erreichen und deren Aneignungsmöglichkeiten zu erweitern.

Jugendzentren als öffentliche Räume

Die Jugendzentren und Jugendtreffs als außerschulischer Erlebnis- und Erfahrungsraum bieten Kindern und Jugendlichen einen Gleichaltrigentreffpunkt an, wobei die Offenheit der Einrichtungen nicht nur auf die Freiwilligkeit des Besuches, sondern auch auf die Partizipation der Jugendlichen hinweist. Die Jugendzentren/treffs sind Kinder- und Jugendräume, in denen Anregung und Unterstützung zu gemeinsamer Freizeitgestaltung, Kinder- und Jugendkulturveranstaltungen, sowie Projekte und themenzentrierte Aktionen zu bestimmten Themenfeldern initiiert und unterstützt werden.

Gleichzeitig sind die sozialpädagogisch/sozialarbeiterisch geschulten hauptamtlichen BetreuerInnen AnsprechpartnerInnen für Fragen und Probleme kindlicher und jugendlicher Alltags- und Lebensbewältigung. Kontakte zu Schulen und anderen Institutionen im Bezirk versuchen umfassende Unterstützungs- und Beratungszusammenhänge als Ressource der Lebensbewältigung für Kinder und Jugendliche in der Stadt zu schaffen.

Die offenen Bereiche von Jugendeinrichtungen (Eingangsbereich, Bar, Veranstaltungsräume, offene Räume etc.) sind durch ihre freie Zugänglichkeit und ihre unterschiedlichen Raumqualitäten auch Bestandteile des öffentlichen Raums (vgl. die Prinzipien der Offenen Jugendarbeit: Freiwilligkeit, Offenheit, Zugänglichkeit usw., s.o.).

Dem sozialräumlichen Ansatz folgend, richten Jugendzentren ihre Konzepte sehr stark an den Bedingungen des jeweiligen Stadtteils unter Beteiligung der Jugendlichen aus und entwickeln ihre Angebote auf der Grundlage einer Analyse der Bedingungen des jugendlichen Aufwachsens, ihrer sozialräumlichen Aneignungsformen bzw. den Themen und Problemlagen der Jugendlichen. Jugendkulturelle Angebote, Hilfestellungen beim Übergang zwischen Schule und Beruf, geschlechtsbezogene Angebote etc. knüpfen an den konkreten Bedarfslagen der Jugendlichen in ihren sozialräumlichen Zusammenhängen an. Durch einen „sozialräumlichen Blick“ (Deinet/Krisch 2006) auf die Entwicklungen der Jugendszenen in einem Stadtteil kann – unter Anwendung sozialräumlicher Methoden – die Jugendarbeit dabei ihre spezifische Qualität entfalten.

Neben den sozialpädagogischen Angeboten in den Räumen der Jugendarbeit werden – oft über Vernetzung und Kooperationen im Stadtteil oder der Region – zusätzliche Gelegenheiten und Ressourcen im sozialräumlichen Lebenszusammenhang der Kinder und Jugendlichen erschlossen und damit die Aneignungsmöglichkeiten für Heranwachsende verbessert. Herausreichende Arbeit beschreibt die nach außen gerichtete Praxis einer sozialräumlich orientierten Jugendarbeit von Jugendzentren und Jugendtreffs.

Herausreichende Arbeit

Diese Arbeitsform bezeichnet die von Einrichtungen der Jugendarbeit (Jugendzentren und Jugendtreffs) ausgehenden Aktivitäten im öffentlichen Raum in einem bestimmten Sozialraum/Quartier. Die klassische „Komm-Struktur“ der Einrichtungen wird durch eine „Geh-Struktur“ erweitert, sodass ein breiteres Spektrum von Zielgruppen als nur in der Einrichtung erreicht werden kann und sozialpädagogische Projekte im öffentlichen Raum über die Angebote in der Einrichtung hinaus realisiert werden.

Vorrangiges Ziel ist es, die infrastrukturellen Gegebenheiten und Möglichkeiten des Sozialraums für Kinder und Jugendliche generell zu verbessern. Bildungs- und Aneignungsmöglichkeiten können so durch erweiterte Gelegenheiten und Zugänglichkeit zu Ressourcen gefördert werden.

Grundlage der Herausreichenden Arbeit ist die Anerkennung der Heterogenität der Lebenslagen, Interessen und Bedürfnisse der Jugendlichen im öffentlichen Raum. Dazu zählt auch die Anerkennung und Förderung der spezifischen Aneignungsformen von Mädchen.

Die Methoden dieser Arbeitsform reichen von kontinuierlichen strukturierten Stadtteilbegehungen, Erforschung des Stadtteils mit sozialräumlichen Methoden unter Einbeziehung der Jugendlichen (vgl. Krisch 2009), Aufsuchen von Gruppentreffpunkten, regelmäßigen Angeboten, sport- und bewegungsorientierten Aktivitäten, Konfliktmoderation im Stadtteil bis zur Vernetzung und Kooperation mit verschiedensten sozialen Einrichtungen und Schlüsselpersonen im Stadtteil.

Durch den Blick auf den Stadtteil, das Wissen über Stärken/Schwächen und über aktuelle Entwicklungen des Gemeinwesens kann es auch gelingen, infrastrukturelle Verbesserungen sowie erweiterte Aneignungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche (z.B. auch in Planungsprojekten) zu bewirken und ihre Partizipation zu fördern.

Die Vernetzung mit Institutionen, Politik, Verwaltung sowie Schlüsselpersonen dient auch der Verbesserung der öffentlichen Wahrnehmung von Kindern und Jugendlichen und kann der Verdrängung Jugendlicher aus dem öffentlichen Raum entgegenwirken.

Grundlage der Herausreichenden Arbeit ist eine kontinuierliche Präsenz im öffentlichen Raum sowie regelmäßige Sozialraumbeobachtungen durch den Einsatz entsprechender sozialräumlicher Methoden. Die Schwerpunktsetzung von Herausreichender Arbeit ist abhängig vom Stadtteil, den sozialräumlichen Bedingungen und den Zielgruppen.

Mobile Jugendarbeit

Mobile Jugendarbeit ist ein aufsuchendes, lebensweltorientiertes Unterstützungs-, Beratungs- und Hilfeangebot, das sich in der unmittelbaren Kommunikation mit den Jugendlichen, flexibel an den Bedürfnissen und Ressourcen der Jugendlichen orientiert. Mobile Jugendarbeit wendet sich vorrangig an junge Menschen in ihren selbst gewählten (Cliques-/Gruppen-) Strukturen in einem definierten Gebiet.

Zielgruppen sind Cliques und Gruppen von Jugendlichen zwischen 12 und 20 Jahren, die oftmals sozial und ökonomisch benachteiligt sind, über eingeschränkte Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe verfügen und deshalb Unterstützung bei ihrer Lebensbewältigung benötigen.

Ausgehend von regionalen Anlaufstellen im jeweiligen Gebiet (Stadtteil, Bezirk, Region) werden, u.a. zu festgelegten Zeiten, Angebote im öffentlichen Raum durchgeführt. Konzeptionelles Handlungselement ist die Präsenz an Orten und Treffpunkten im öffentlichen Raum z.B. Parks, Plätzen, Einkaufszentren, Kinocenter, Wettbüros und Lokalen. Zentrale Methode der Mobilen Jugendarbeit ist Streetwork, um mit Zielgruppen in Kontakt zu treten.

Cliquenorientierte Arbeit zielt darauf ab, die in den Cliques vorhandenen Ressourcen von individuellen und sozialen Potenzialen für den Einzelnen und für die Gruppe zu stärken und gemeinsame Erlebnisse zu schaffen. In der Projektarbeit kommen unterschiedliche Fähigkeiten und Kompetenzen der Jugendlichen zum Zug. Hier werden über das Interesse an gemeinsamen Schwerpunkten, jugendkulturelle Ausdrucksformen unterstützt.

Einzelfallarbeit entwickelt sich im Zusammenhang mit Streetwork, cliquenorientierter Arbeit und Projektarbeit. Dadurch eröffnet sich die Möglichkeit, Ansprechperson für einzelne Jugendliche mit ihren individuellen Fragen und Problemstellungen zu werden.

Auf der Grundlage von fachlich fundierten Sozialraumanalysen gilt es, Jugendliche im jeweiligen Sozialraum zu aktivieren und mögliche Selbsthilfeprozesse zu initiieren. So ist es eine Funktion von Mobiler Jugendarbeit, ausgehend von reflexiver Parteilichkeit gegenüber den Jugendlichen zu einer Verbesserung des Zusammenlebens der BewohnerInnen eines Stadtteils, beizutragen.

Im Sinne eines sozialräumlichen Arbeitsansatzes basiert Mobile Jugendarbeit auf dem Aufbau kontinuierlicher Kooperations- und Vernetzungsbeziehungen, sowohl zu spezialisierten AnbieterInnen für Fach- und Dienstleistungen für Jugendliche, als auch zu Initiativen in den Bezirken, zu Schulen, Ämtern und politischen VertreterInnen. Neben einer dichten und koordinierten Vernetzung wird zusammen mit Jugendlichen versucht, UnterstützerInnen und BefürworterInnen für ihre Anliegen zu gewinnen. Eine offensive Öffentlichkeitsarbeit auf der Grundlage einer kritischen Parteilichkeit kann die Bedürfnislagen von Jugendlichen, ihre Fragen und Verhaltensäußerungen, Ansprüche und Bedarfslagen darstellen und in den Blick öffentlicher Auseinandersetzungen zu rücken.

Parkbetreuung

Die Parkbetreuung ist ein freizeit- und spielpädagogisches Angebot im öffentlichen Raum (Parks, Spielanlagen, Sportplätzen, Freiflächen in Wohnhausanlagen, u.a.), das sich an Kinder aber auch Jugendliche richtet. Die Präsenz von Parkbetreuung reicht von saisonalen Angeboten in der warmen Jahreszeit bis hin zur ganzjährigen Betreuung unter Nutzung von eigenen bzw. der Mitbenutzung anderer Räumlichkeiten. Zentrale Methoden der Parkbetreuung sind die soziokulturelle Animation und Projektarbeit, die unter Einbeziehung der Zielgruppen partizipativ umgesetzt werden. Die Wiener Parkbetreuung ist Wien weit in allen Bezirken präsent und richtet sich im Sinne einer Gemeinwesenorientierung auch an andere NutzerInnen (Eltern, SeniorInnen, AnrainerInnen) des öffentlichen Raumes. Aktionsorte sind Parks, Spielanlagen, Sportplätze, Freiflächen, Gemeindebauhöfe und Plätze, aber auch angemietete Räume für spezielle Aktionen bzw. betreute Räume wie Clubs, Lokale oder Treffs.

Die Ziele der Parkbetreuung liegen vor allem in der Förderung der Spielfähigkeit von Kindern, der Entwicklung von alternativen Freizeitangeboten, der Förderung von individuellen (sozialen/emotionalen/motorischen...) Kompetenzen, der Verbesserung des sozialen Klimas im öffentlichen Raum sowie der Unterstützung bei der Aneignung des öffentlichen Raumes. Mit ihren Angeboten trägt die Parkbetreuung zu einer größeren Identifikation der Kinder und Familien mit ihrer Wohnumgebung bei und fördert durch animative Projekte auch die Erweiterung der Handlungsspielräume der Kinder. Diese sollen ihr Wohnumfeld als gestaltbar erleben; dazu zählt auch die Optimierung von öffentlichen Flächen und Räumen im Sinne der Mehrfachnutzung, um strukturelle Verbesserungen öffentlicher Räume zu erreichen.

Die Methoden der Parkbetreuung beziehen sich stark auf die Freizeit- und Spielpädagogik (Betreuung, Animation, freizeitpädagogische Angebote, thematische Schwerpunkte, kreative und sportliche Angebote, Projektarbeit). Das Spiel wird im erweiterten Sinn als Medium der Raumeignung ebenso genutzt wie die Betonung der Elemente Bewegung und sportliche Aktivitäten. Soziokulturelle Animation und die Aktivierung und Unterstützung der Zielgruppen zur Teilnahme stellen Formen der Partizipation dar und sollen auch mehr Chancengleichheit zwischen den oft sehr unterschiedlichen NutzerInnengruppen herstellen. Die Parkbetreuung sieht sich auch als Sprachrohr ihrer Zielgruppen in dem Sinn, dass sich die TrägerInnen und Fachkräfte auch in Vernetzungsrunden einbringen, um das Klima in den jeweiligen Sozialräumen zu verbessern und die Interessen der Kinder und ihrer Familien zu vertreten.

Literatur:

Böhnisch, Lothar/Münchmeier, Richard (1990): Pädagogik des Jugendraums. Zur Begründung und Praxis einer sozialräumlichen Jugendpädagogik. Weinheim und München: Juventa.

Böhnisch, Lothar (2008): Sozialpädagogik der Lebensalter. Eine Einführung. 5. überarbeitete und erweiterte Auflage. Weinheim und München: Juventa.

Braun, Karl-Heinz/Wetzel, Konstanze/Dobesberger, Bernd/Fraundorfer, Andrea (Hg.) (2005): Handbuch Methoden der Kinder- und Jugendarbeit. Studien zur pädagogischen Entwicklungsforschung und Qualitätssicherung. Wien: Lit.

Brinkmann, Tanja Marita (2006): Die Zukunft der Mädchenarbeit. Innovationspotenziale durch neuere Geschlechtertheorien und Ungleichheitsforschung. Münster: Unrast.

Deinet, Ulrich (Hg.) (2009): Sozialräumliche Jugendarbeit. Grundlagen, Methoden und Praxiskonzepte. 3. , überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.

Deinet, Ulrich/Krisch, Richard (2006): Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Methoden und Bausteine zur Konzeptentwicklung und Qualifizierung. Opladen: Leske und Budrich Verlag, Nachdruck Wiesbaden: VS-Verlag.

Deinet, Ulrich/Sturzenhecker, Benedikt (Hg.) (2005): Handbuch Offene Jugendarbeit. 3.Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.

Hormel, Ulrike/Scherr, Albert (2004): Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Perspektiven der Auseinandersetzung mit struktureller, institutioneller und interaktioneller Diskriminierung. Wiesbaden: VS Verlag.

Krisch, Richard (2009): Sozialräumliche Methodik der Jugendarbeit. Aktivierende Zugänge und praxisleitende Verfahren. Weinheim und München: Juventa.

Magistrat der Stadt Wien, Magistratsabteilung 13 – Bildung und außerschulische Jugendbetreuung, Fachbereich Jugend/Pädagogik (Hg.)(2009): Grundkonzept der Wiener Parkbetreuung. Online im Internet:

<http://www.wien.gv.at/freizeit/bildungjugend/pdf/grundkonzept.pdf> [18.5.2010]

Rätz-Heinisch, Regina/Schröer, Wolfgang/Wolff, Mechthild (2009): Lehrbuch Kinder- und Jugendhilfe. Grundlagen, Handlungsfelder, Strukturen und Perspektiven. Weinheim und München: Juventa.

Sturzenhecker, Benedikt/Lindner, Werner (Hg.) (2004): Bildung in der Kinder- und Jugendarbeit. Vom Bildungsanspruch zur Bildungspraxis. Weinheim und München: Juventa.

Thole, Werner (2000): Kinder- und Jugendarbeit. Eine Einführung. Weinheim und München: Juventa.

Verein Wiener Jugendzentren (Hg.) (2006): Qualitätsmerkmale der Offenen Kinder- und Jugendarbeit und der Mobilen Jugendarbeit. Online im Internet:

<http://typo.jugendzentren.at/vjz/index.php> [18.5.2010]

Verein Wiener Jugendzentren (Hg.) (1999): Sozialpädagogik und Jugendarbeit im Wandel – auf dem Weg zu einer lebensweltorientierten Jugendförderung. Wissenschaftliche Reihe, Band I. Wien.

2.2 Gemeinwesenarbeit

2.2.1 Kurzfassung

Gemeinwesenarbeit als ein Arbeitsprinzip der Sozialen Arbeit verfolgt das Ziel, die individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit von Menschen unter Berücksichtigung sozio-struktureller Bedingungen zu erweitern. Zu diesem Zweck wird gemeinsam mit den Menschen und ausgehend von deren Interessen und Anliegen – also parteilich – gearbeitet. Auf Grundlage einer sozialräumlich-reflexiven Haltung werden soziale Netzwerke und ihre handlungserweiternden Potentiale und somit auch bestehende Ressourcen in den Blick genommen, aufgebaut und gestärkt. Im Sinne eines intermediären Vorgehens wird die Interessensartikulation und -aushandlung sowohl auf horizontaler Ebene (zwischen unterschiedlichen Gruppen eines sozialen Raums, wie z.B. in einem Stadtteil), als auch auf vertikaler Ebene (zwischen der Lebenswelt der Menschen und dem politischen, administrativen und ökonomischen System) gefördert. Gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse werden hinsichtlich ihrer einschränkenden Wirkung für die Handlungsfähigkeit von Menschen thematisiert und bearbeitet. Einem emanzipatorischen Verständnis folgend, kommen hierbei Strategien der Partizipation und des Empowerments zum Einsatz. Gemeinwesenarbeit unterstützt dabei auch die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Ausdrucksformen, allerdings nicht als Ersatz sozialstaatlicher Strukturen, sondern als Raum der Aushandlung, aber auch als Beitrag einer demokratischen Form gesellschaftlicher Entwicklung. Somit geht es um die Veröffentlichung von Interessen, andererseits kann aber auch die Notwendigkeit bestehen, Menschen und Gruppen vor Öffentlichkeit zu schützen, wenn dies sonst zu Stigmatisierung führen kann. Gemeinwesenarbeit hat also die Aufgabe, Menschen bei der Organisation und Veröffentlichung von Interessen zu fördern.

Gemeinwesenarbeit bezieht sich in ihrem Handeln auf den sozialen Raum. Dieser entsteht durch das Handeln der AkteurInnen im Bezug auf anderer AkteurInnen und der materiellen Welt. Die physisch-territoriale Dimension (z.B. der Stadtteil, oder der Park im öffentlichen Raum) wird daher immer auch als Teil eines komplexen sozialen Gefüges verstanden und bildet oft nur einen Ausgangspunkt zur Bearbeitung von gesellschaftlicher Entwicklungstatsachen, sozialer Ungleichheit, Konflikten und sozialen Problemen bzw. gesellschaftlicher Fragestellungen. Gemeinwesenarbeit stellt somit ein komplexes Konfliktbearbeitungsmodell dar, in dem Konflikte als Ausdruck eines funktionierenden demokratischen Systems und als Grundlage für den sozialen Wandel in modernen Gesellschaften verstanden werden. Durch Konflikte werden gesellschaftlichen Entwicklungstatsachen öffentlich sichtbar und verhandelbar.

Soziale Arbeit hat dabei die Aufgabe, die AkteurInnen im öffentlichen Raum dabei zu unterstützen, Regeln gemeinsam und konstruktiv auszuverhandeln. Dabei ist es notwendig, möglichst viele AkteurInnen, die in der sozialen Situation relevant sind, zu berücksichtigen und immer besonders die Menschen bzw. Gruppen parteilich zu unterstützen, deren Interessen marginalisiert werden. Dabei geht es auch darum, Differenzbildungen zwischen Gruppen zu bearbeiten. Soziale Arbeit muss sich somit allen AkteurInnen im öffentlichen Raum zuwenden, um Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, um Konflikte auch konstruktiv bearbeiten zu können. Im Rahmen der Gemeinwesenarbeit wird somit reflexiv parteilich gehandelt.

Gemeinwesenarbeit ist somit ein Konzept der Konfliktbearbeitung, aber auch ein Konzept der partizipativen Gestaltung von sozialem Raum, bei dem es darum geht, individuelle und kollektive Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, sowie die materiellen und immateriellen Verhältnisse zu verbessern, wobei nicht nur BewohnerInnen beteiligt werden, sondern auch andere lokale AkteurInnen, wie die lokale Ökonomie.

Aufgrund der Vielschichtigkeit des sozialen Raums bedarf seine Gestaltung der interdisziplinären Zusammenarbeit. So spricht das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit nicht nur die Soziale Arbeit bzw. Sozialpädagogik an, sondern integriert auch andere Disziplinen, wie Planung, Architektur, Politikwissenschaft, Psychologie, Soziologie und Ökonomie, was auch im Rahmen des Stadtteilmanagements angesprochen wird.

Begriffe wie „Stadtteilarbeit“, „stadtteilorientierte Soziale Arbeit“ u.ä. unterscheiden sich durch die unterschiedliche Betonung einzelner Teilbereiche der Gemeinwesenarbeit. Gemeinwesenorientierung ist hingegen die Ausrichtung am Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit. Als pragmatische Orientierung können dabei auch die Leitstandards nach Lüttringhaus, Hinte und Oelschlägel herangezogen werden (zielgruppenübergreifendes Handeln, Orientierung an den Interessen der Menschen, Förderung der Selbstorganisation, Ressourcenorientierung, ressortübergreifendes Handeln, Vernetzung und Kooperation). Soziokulturelle bzw. soziokulturelle Zugänge verweisen u.a. auf die (alltags-)kulturelle Perspektive der Gemeinwesenarbeit und beziehen sich dabei auf niederländische und frankophone Traditionen.

Das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit („Gemeinwesenorientierung“) kommt in Wien unter anderem in Einrichtungen rund um das Wohnen, zur nachhaltigen Stadtentwicklung, im Bereich der Diversitäts- und Integrationspolitik, in Stadtteil- und Nachbarschaftszentren sowie der offenen Jugendarbeit, aber auch in der Bearbeitung von Konflikten um den öffentlichen Raum zur Anwendung. Die Schwerpunkte sind jedoch oft unterschiedlich verteilt: Manche Einrichtungskonzepte vernachlässigen die vertikale Aushandlungsebene (Berücksichtigung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen) zugunsten der horizontalen Konfliktbearbeitung und Förderung des horizontalen Zusammenhalts. In der offenen Kinder- und Jugendarbeit hingegen findet sich eine „Orientierung am Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit“ neben der Ausrichtung an anderen Konzepten. Die stadtteilbezogenen Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit, wie Stadtteil- und Nachbarschaftszentren bieten Räume zur Vernetzung, zum sozialen Lernen und zur gemeinsamen Entwicklung von Ideen.

Durch die gleichzeitige Fokussierung auf individuelle und kollektive Handlungsvollzüge greift das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit situationsangepasst auf eine Vielzahl unterschiedlicher Methoden zurück. Dazu zählen u.a. die aktivierende Befragung, aktivierende Gespräche, BewohnerInnen-Versammlungen, der runde Tisch, Aushandlungsmethoden, Gruppen- und Projektarbeit, Methoden der Bildungs- und Kulturarbeit, Beteiligungsmethoden, Netzwerkarbeit, Methoden des Community Organizing, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit und Stadtteilstefest. Spezifisch für Wien sind vor allem Methoden wie Hofpalaver, das Stiegenhausgespräch sowie die Projekt- und Ideenwerkstätten (BewohnerInnen-Vernetzungsforen).

2.2.2 Langfassung

Die Traditionslinien der Gemeinwesenarbeit (GWA) gehen auf die Settlementarbeit in Großbritannien und den USA zurück. Diese versuchte in ausgewählten (Großstadt)gebieten zur sozialen und geistigen Emanzipation der Menschen beizutragen. Im deutschen Sprachraum erfolgte vor allem in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre eine starke Rezeption der Gemeinwesenarbeit als neue Methode der sozialen Arbeit und es begann eine Zeit des Ausbaus entsprechender Angebotsformen. Ab den 1980er Jahren fand schließlich eine Ausweitung ihrer konzeptionellen Grundsätze auf den gesamten Bereich der Sozialen Arbeit statt. Sie überschritt damit die konzeptionellen Grenzen einer Methode und wurde als Arbeits- und Strukturprinzip anerkannt, welches sich durch eine spezifische fachliche Grundorientierung und Herangehensweise auszeichnet (vgl. Oelschlägel 2001, 655f bzw. ders. 1985, 69 u. 75).

Soziokulturelle bzw. sozialkulturelle Zugänge verweisen u.a. auf die (alltags-)kulturelle Perspektive der Gemeinwesenarbeit und beziehen sich dabei auf niederländische und frankophone Traditionen (vgl. u.a. Spierts 1998).

Gemeinwesenarbeit als sozialarbeiterisches Arbeitsprinzip stellt eine emanzipatorische sozialräumliche Strategie dar, welche auf die Erweiterung der individuellen und kollektiven Handlungsfähigkeit von Menschen unter Berücksichtigung struktureller Bedingungen abzielt (vgl. Stoik 2008, 27-29). Zu diesem Zweck wird gemeinsam mit den Menschen, ausgehend von deren Interessen und Anliegen und unter Berücksichtigung bestehender Ressourcen, gearbeitet. Diese werden im Kontext ihrer sozialen Räume bzw. Netzwerke betrachtet, deren qualitative und quantitative Dimensionen in der jeweiligen konkreten Handlungssituation zu bestimmen sind. Die Rolle von sozialräumlichen Kategorien, wie physische Raumgestaltungen, sozio-ökonomische Rahmenbedingungen oder individuelle und kollektive Raumdeutungen erschließt sich immer erst im Rahmen eines diskursiven Verständigungsprozesses zwischen ProfessionistInnen und den Menschen. Demgegenüber ist mit einem auf seine territoriale Dimension verkürzten Sozialraumbegriff, wie er sich in manchen Governance-Konzeptionen wieder findet, die Gefahr der sozialen Schließung von als benachteiligt identifizierten Gebieten verbunden (vgl. Kessl/Otto/Ziegler 2002, 182).

Die physisch-territoriale Dimension (z.B. der Stadtteil) wird immer auch als Teil eines komplexen sozialen Gefüges verstanden und bildet oft nur den Ausgangspunkt zur Bearbeitung von gesellschaftlichen Entwicklungstatsachen, sozialer Ungleichheit, Konflikten und sozialen Problemen bzw. gesellschaftlicher Fragestellungen. Gemeinwesenarbeit stellt somit ein komplexes Konfliktbearbeitungsmodell dar, in dem Konflikte als Ausdruck eines funktionierenden demokratischen Systems und als Grundlage für den sozialen Wandel in modernen Gesellschaften verstanden werden. Durch sie werden gesellschaftlichen Entwicklungstatsachen öffentlich sichtbar und verhandelbar (vgl. das sozialräumliche Verständnis von Kessl/Reutlinger 2007).

Die Ausweitung von Handlungsmöglichkeiten versucht Gemeinwesenarbeit sowohl über horizontale als auch vertikale Vermittlungsprozesse zu erreichen. Erstere implizieren den Aufbau von Netzwerken bestehend aus unterschiedlichen AkteurInnen, wodurch Ressourcen erschlossen und Kooperationen ermöglicht werden. In einer vertikalen Perspektive werden soziale (Ungleichheits-)Verhältnisse, welche eine Rahmung für individuelle bzw. kollektive Handlungsmöglichkeiten darstellen in den Blick genommen und mittels Strategien politischer Teilhabe adressiert. Im Sinne eines intermediären Vorgehens wird die Interessensartikulation und -aushandlung sowohl auf horizontaler Ebene (zwischen unterschiedlichen Gruppen in einem sozialen Raum, wie z.B. in einem Stadtteils), als auch auf vertikaler Ebene (zwischen der Lebenswelt der Menschen und dem politischen, administrativen und ökonomischen System) gefördert. Gesellschaftliche Ungleichheitsverhältnisse werden hinsichtlich ihrer einschränkenden Wirkung für die Handlungsfähigkeit von Menschen thematisiert und bearbeitet. Einem emanzipatorischen Verständnis folgend kommen hierbei Strategien der Partizipation und des Empowerments zum Einsatz. Gemeinwesenarbeit unterstützt dabei auch die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Ausdrucksformen, allerdings nicht als Ersatz sozialstaatlicher Strukturen, sondern als Raum der Aushandlung zwischen Menschen (Lebenswelt) und politischen, administrativen und ökonomischen Systemen, aber auch als Beitrag einer demokratischen Form gesellschaftlicher Entwicklung (vgl. u.a. Oelschlägel 2007, 35 bzw. Stövesand 2002, 75ff). Somit geht es um die Veröffentlichung von Interessen, andererseits kann aber auch die Notwendigkeit bestehen, Menschen und Gruppen vor Öffentlichkeit zu schützen, wenn dies sonst zu Stigmatisierung führen kann. Gemeinwesenarbeit hat also die Aufgabe, Menschen bei der Organisation und Veröffentlichung von Interessen zu fördern.

Soziale Arbeit hat dabei die Aufgabe, die AkteurInnen im öffentlichen Raum zu unterstützen, Regeln gemeinsam und konstruktiv auszuverhandeln. Dabei ist es notwendig, möglichst viele AkteurInnen, die in der sozialen Situation relevant sind, zu berücksichtigen und immer besonders die Menschen bzw. Gruppen parteilich zu unterstützen, deren Interessen marginalisiert werden. Dabei geht es auch darum, Differenzbildungen zwischen Gruppen zu bearbeiten. Soziale Arbeit muss sich somit allen AkteurInnen im öffentlichen Raum zuwenden, um Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, um Konflikte auch konstruktiv bearbeiten zu können. Im Rahmen der Gemeinwesenarbeit wird somit reflexiv parteilich gehandelt.

Gemeinwesenarbeit ist folglich ein Konzept der Konfliktbearbeitung, aber auch ein Konzept der partizipativen Gestaltung von sozialem Raum, bei dem es darum geht, individuelle und kollektive Handlungsmöglichkeiten zu erweitern, sowie die materielle und immateriellen Verhältnisse zu verbessern, wobei nicht nur BewohnerInnen beteiligt werden, sondern auch andere lokale AkteurInnen, wie die lokale Ökonomie.

Zusammenfassend können der sozialräumlich-reflexive Zugang, die Zielorientierung an einer Erweiterung individueller und kollektiver Handlungsmöglichkeiten, die horizontale Perspektive der Vernetzung sowie die vertikale Perspektive der asymmetrischen sozialen Verhältnisse als die zentralen Elemente des Arbeitsprinzips Gemeinwesenarbeit bestimmt werden.

Als pragmatische Orientierung können dabei auch die Leitstandards nach Lüttringhaus, Hinte und Oelschlägel herangezogen werden (zielgruppenübergreifendes Handeln, Orientierung an den Interessen der Menschen, Förderung der Selbstorganisation, Ressourcenorientierung, ressortübergreifendes Handeln, Vernetzung und Kooperation) (vgl. Hinte/Lüttringhaus/Oelschlägel 2007, 277ff; Galuske 2002, 100ff).

Aufgrund der Vielschichtigkeit des sozialen Raums bedarf seine Gestaltung der interdisziplinären Zusammenarbeit. So spricht das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit nicht nur die Soziale Arbeit bzw. Sozialpädagogik an, sondern integriert auch andere Disziplinen, wie Planung, Architektur, Politikwissenschaft, Psychologie, Soziologie und Ökonomie, was auch im Rahmen des Stadtteilmanagements angesprochen wird..

Mittels Einrichtungen wie Nachbarschaftszentren, Stadtteilzentren u.ä. wird der physischen Dimension des Sozialraums Rechnung getragen. Sie stellen Anknüpfungspunkte an die lokalen Lebenswelten der Menschen dar und bieten unter anderem Räume für Prozesse des gegenseitigen Lernens, für den Aufbau von Netzwerken und die Entwicklung von Ideen. Durch die gleichzeitige Fokussierung auf individuelle und kollektive Handlungsvollzüge greift das Arbeitsprinzip GWA situationsangepasst auf eine Vielzahl unterschiedlicher Methoden zurück. Dazu zählen u.a. die aktivierende Befragung, aktivierende Gespräche, BewohnerInnen-Versammlungen, der runde Tisch, Aushandlungsmethoden, Gruppen- und Projektarbeit, Methoden der Bildungs- und Kulturarbeit, Beteiligungsmethoden, Netzwerkarbeit, Methoden des Community Organizing, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit und Stadtteilstoffe (vgl. u.a. Ley/Weitz 2003). Spezifisch für Wien sind vor allem das Hofpalaver, das Stiegenhausgespräch sowie die Projekt- und Ideenwerkstätten (BewohnerInnen-Vernetzungsforen).

Weitere Konzepte und Begriffe wie Stadtteilarbeit, Regionalarbeit u.ä. können überwiegend dem Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit zugeordnet werden. Sie unterscheiden sich weniger hinsichtlich ihrer inhaltlichen Prinzipien, denn ihrer lokalen Ausgestaltung und Umsetzung. Das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit kommt in Wien unter anderem in Einrichtungen rund um das Wohnen, zur nachhaltigen Stadtentwicklung, im Bereich der Diversitäts- und Integrationspolitik, in Stadtteil- und Nachbarschaftszentren, sowie der Offenen Jugendarbeit

aber auch in der Bearbeitung von Konflikten um den öffentlichen Raum zur Anwendung. Auch im Bereich der Wohnungslosenarbeit, der Arbeit mit DrogenkonsumentInnen, sowie bei der Arbeit mit SexarbeiterInnen wird gemeinwesenorientiert gearbeitet, wobei die interdisziplinäre Zusammenarbeit besonders gefragt ist.

Die Schwerpunkte sind in der Wiener Gemeinwesenarbeit jedoch oft unterschiedlich verteilt: Manche Einrichtungskonzepte vernachlässigen die vertikale Aushandlungsebene (Berücksichtigung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen) zugunsten der horizontalen Konfliktbearbeitung und Förderung des horizontalen Zusammenhalts. In der Offenen Kinder- und Jugendarbeit hingegen findet sich eine „Orientierung am Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit“ neben der Ausrichtung an anderen Konzepten. Die stadtteilbezogenen Einrichtungen der Gemeinwesenarbeit, wie Stadtteil- und Nachbarschaftszentren bieten Räume zur Vernetzung, zum sozialen Lernen und zur gemeinsamen Entwicklung von Ideen.

Literatur

Diebäcker, Marc (Hg.) (2004): Partizipative Stadtentwicklung und Agenda 21. Diskurse – Methoden – Praxis. Wien: Edition Volkshochschule.

Galuske, Michael (2002): Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim/München: Juventa.

Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter (2007): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. Weinheim: Juventa.

Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe/Ziegler, Holger (2002): Einschließen oder aufmachen? Der Raum, sein Kapital und deren Nutzer. In: Schubert, Herbert/Riege, Marlo (Hg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Opladen: Leske + Budrich. S. 177 – 190.

Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (2007): Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden: VS-Verlag.

Ley, Astrid/Weitz, Ludwig (2003): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Bonn: Stiftung Mitarbeit/ Agenda-Transfer, Bundesweite Servicestelle Lokale Agenda 21.

Oelschlägel, Dieter (1985): Strategiediskussion in der Sozialen Arbeit und das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit. In: Hinte, Wolfgang/Lüttringhaus, Maria/Oelschlägel, Dieter (2007): Grundlagen und Standards der Gemeinwesenarbeit. Ein Reader zu Entwicklungslinien und Perspektiven. Weinheim/München: Juventa. S. 57 – 77.

Oelschlägel, Dieter (2001): Gemeinwesenarbeit. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied/Kriftel: Luchterhand. S. 653 – 659.

Oelschlägel, Dieter (2007): Zum politischen Verständnis von Gemeinwesenarbeit. In: Gillich, Stefan (Hg.): Nachbarschaften und Stadtteile im Umbruch. Kreative Antworten der Gemeinwesenarbeit auf aktuelle Herausforderungen. Gelnhausen: Triga.

Sing, Eva/Heimgartner, Arno (2009): Gemeinwesenarbeit in Österreich. Graz: Leykam.

Spierts, Marcel (1998): Balancieren und Stimulieren. Methodisches Handeln in der soziokulturellen Arbeit. Luzern: Interact.

Stoik, Christoph (2008): Zwischen Betreuung und partizipativer Demokratieentwicklung. Gemeinwesenarbeit in Österreich an Beispielen aus Wien. In: SozialExtra. 32. Jahrgang. VS-Verlag. S. 27-29.

Stoik, Christoph (2009): Wiener Gemeinwesenarbeit am Scheideweg. Wiener Ausprägungen zwischen Emanzipation und lokaler Steuerung. In: Sing, Eva/Heimgartner, Arno (Hg.): Gemeinwesenarbeit in Österreich. Graz. Grazer Universitätsverlag, S. 33-54.

Stövesand, Sabine (2002): Gemeinwesenarbeit = Quartiersentwicklung oder: Von der Nachbarschaft als Hausfrau der neoliberalen Umstrukturierung im Quartier. In: standpunkt: sozial. Heft 1. Hamburg: HAW Hamburg, Fakultät W & S. S.75-77.

2.3 Aufsuchende Soziale Arbeit

2.3.1 Kurzfassung

Aufsuchende Soziale Arbeit als professionelles Konzept der Sozialen Arbeit wendet sich Menschen mit speziellen Problemlagen zu und sucht sie an jenen Orten im öffentlichen Raum (Parks, Einkaufszentren, Bahnhöfe, Lokale, öffentliche Plätze als informelle Treffpunkte usw.) auf, an denen sie sich aufhalten. Zur Anwendung kommt die Aufsuchende Soziale Arbeit vor allem in Fällen der gesellschaftlichen Marginalisierung von Menschen, z.B. aufgrund eines Suchtverhaltens, von Wohnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit, Armut, Zugehörigkeit zu einer ausgegrenzten Minderheit, Opfer und Betroffenen von Gewalt und Menschenhandel, rund um die Prostitution und bei psychischen Problemen, aber auch bei Jugendlichen, wenn deren Verhalten gesellschaftlich problematisiert wird. Der öffentliche Raum stellt dabei oft den einzigen (Lebens-)Raum dar, den diese Menschen nutzen können. Dabei handelt es sich auch um gesellschaftliche Entwicklungstatsachen, welche öffentlich sichtbar werden (z.B. Prostitution als faktischer Bestandteil in Gesellschaften oder Armut, die durch bettelnde Menschen sichtbar wird).

Die Aufsuchende Soziale Arbeit ist einerseits auf eine Stabilisierung der Menschen in ihrer Lebenssituation ausgerichtet und zielt damit auf ihre gesellschaftlichen Inklusion bzw. Integration (Zugang zu Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Gesundheitssystem, Bildung etc.) ab. Andererseits steht sie in akzeptierender Haltung Lebenssituationen von Menschen gegenüber, die den öffentlichen Raum als ihren derzeitigen Lebensraum betrachten. So kann Beratung und Betreuung vor Ort unter dem Aspekt der Versorgungsorientierung zugänglich gemacht werden (Zugang zu Ressourcen, wie Informationsmaterial über Verpflegung – bzw. medizinische Versorgungsstellen, Verbandsmaterial, Fahrten usw.). Es werden Beziehungs- und Ausstiegsangebote gesetzt, welche aber nicht verordnet werden können. Zugleich hat die Aufsuchende Soziale Arbeit die Aufgabe, gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen zu thematisieren und sich auf struktureller Ebene für Lösungen einzusetzen, und damit auch Veränderungsprozesse für Menschen, die von Marginalisierung betroffen sind einzuleiten.

Betroffenen Menschen und Gruppen werden in ihrer Selbstbestimmung unterstützt. Das Ziel ist, die Lebenssituation der Betroffenen zu verbessern und ihre Handlungsoptionen zu erweitern, wobei lebensweltnah vorgegangen wird und die Ressourcen zur gesellschaftlichen Teilhabe erweitert werden.

Oftmals ist es hierfür erforderlich, zwischen unterschiedlichen Interessenslagen anderer AkteurInnen und den marginalisierten Menschen im öffentlichen Raum zu vermitteln. Diese Aufgabe wird in hohem Ausmaß durch die Vermittlung von Information wahrgenommen, die auf die Veränderung der gegenseitigen Wahrnehmungen abzielt. Die Aufsuchende Soziale Arbeit ist nicht auf Verdrängung der Menschen aus dem öffentlichen Raum ausgerichtet, sie zielt auf Vermittlung zwischen verschiedensten Interessengruppen ab und kann dabei im Mediationskontext, aber auch in an die Mediation angelehnten Konfliktbearbeitungs-Kontexten allparteilich intervenieren.

Im Rahmen der Aufsuchenden Sozialen Arbeit besteht somit einerseits die Verantwortung, Interessen von Benachteiligten zu veröffentlichen bzw. ihre Veröffentlichung zu unterstützen. Um marginalisierte Menschen bzw. Gruppen davor zu schützen, dass sie noch weiter stigmatisiert, marginalisiert und aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden, kann es aber andererseits auch notwendig sein, diese vor zu großer Öffentlichkeit zu schützen.

Die Aufsuchende Soziale Arbeit greift auf ein breites Methodenspektrum zurück, wobei der Schwerpunkt auf der Methode Streetwork liegt. Dieses zeichnet sich durch ihren aufsuchenden Charakter, ihren lebensweltnahen Zugang, Bedürfnisorientierung, bzw. Versorgungsorientierung und reflexive Parteilichkeit aus. Weitere Methoden sind Beratung, Einzelfallbetreuung, Methoden der Krisenintervention aber auch gruppenspezifische Angebotsformen und die Szene-Beobachtung. In der Sozialpsychiatrie findet das sogenannte „on site treatment“ Anwendung, eine sozialpsychiatrische Intervention (mit Fachärztin/arzt) SozialarbeiterInnen und/oder Pflegepersonen vor Ort.

Neben Erwachsenen stellen auch Jugendliche, die sich in gesellschaftlichen Randlagen befinden, eine Zielgruppe dar. Sie sind oft von sozialer Ausgrenzung betroffen und haben mitunter nur geringe Ressourcen zur Lebensbewältigung. Ziel ist, die Handlungskompetenzen der jungen Menschen zu erweitern und niederschwellige Unterstützungs- und Beratungsangebote mit speziellen jugendadäquaten Konzepten zu offerieren. Der Arbeitsauftrag der aufsuchenden Streetwork-Projekte ist, die Jugendlichen an konkreten öffentlichen Orten aufzusuchen und ihnen bedarfsorientierte Angebote zukommen zu lassen. Dies sind vor allem Gruppen- und Cliquenangebote, da die Clique die häufigste Gesellungsform von Jugendlichen darstellt.

2.3.2 Langfassung

Aufsuchende Soziale Arbeit als professionelles Konzept der Sozialen Arbeit wendet sich Menschen mit speziellen Problemlagen zu und sucht sie an jenen Orten im öffentlichen Raum (Parks, Einkaufszentren, Bahnhöfe, Lokale, öffentliche Plätze als informelle Treffpunkte usw.) auf, an denen sie sich aufhalten. Zur Anwendung kommt die Aufsuchende Soziale Arbeit vor allem in Fällen der gesellschaftlichen Marginalisierung von Menschen, z.B. aufgrund eines Suchtverhaltens, von Wohnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit, Armut, Zugehörigkeit zu einer ausgegrenzten Minderheit, Opfer und Betroffenen von Gewalt und Menschenhandel, rund um die Prostitution und bei psychischen Problemen, aber auch bei Jugendlichen, wenn deren Verhalten gesellschaftlich problematisiert wird. Der öffentliche Raum stellt dabei oft den einzigen (Lebens-)Raum dar, den diese Menschen nutzen können und eine Alternative zu institutionellen Wohn- bzw. Beratungseinrichtungen. Dabei handelt es sich auch um gesellschaftliche Entwicklungstatsachen, welche öffentlich sichtbar werden (z.B. Prostitution als faktischer Bestandteil in Gesellschaften, oder Armut, die durch bettelnde Menschen sichtbar wird). So ist der öffentliche Raum z.B. im Wohnungslosenbereich gleichzeitig ein Rückzugsraum, aber auch ein wichtiger Kommunikationsraum und Ressource für die Lebensbewältigung.

Die Aufsuchende Soziale Arbeit ist einerseits auf eine Stabilisierung der Menschen in ihrer Lebenssituation ausgerichtet und zielt damit auf ihre gesellschaftlichen Inklusion bzw. Integration (Zugang zu Arbeitsmarkt, Wohnungsmarkt, Gesundheitssystem, Bildung etc.) ab. Andererseits steht sie in akzeptierender Haltung Lebenssituationen von Menschen gegenüber, die den öffentlichen Raum als ihren derzeitigen Lebensraum betrachten. So kann Beratung und Betreuung vor Ort unter dem Aspekt der Versorgungsorientierung zugänglich gemacht werden. Es geht nach Kurt Gref (1995) um das Bemühen, durch die Erkundung des Umfeldes infrastrukturelle Schwachstellen zu erkennen und vor allem Schritte zu deren Behebung anzuregen. Die Nützlichkeit für die KlientInnen muss vorrangig gegeben sein, dies gestaltet sich auch in Form von sachlichen Ressourcen, wie Informationsmaterial über Verpflegungs – bzw. medizinische Versorgungsstellen, Verbandsmaterial, Fahrten usw., die den KlientInnen zur Verfügung gestellt werden. Es werden Beziehungs- und Ausstiegsangebote gesetzt, welche aber nicht verordnet werden können.

Betroffenen Menschen und Gruppen werden in ihrer Selbstbestimmung unterstützt. Das Ziel ist, die Lebenssituation der Betroffenen zu verbessern und ihre Handlungsoptionen zu erweitern, wobei lebensweltnah vorgegangen wird und die Ressourcen zur gesellschaftlichen Teilhabe erweitert werden.

Oftmals ist es hierfür erforderlich, zwischen unterschiedlichen Interessenslagen anderer AkteurInnen und den marginalisierten Menschen im öffentlichen Raum zu vermitteln. Diese Aufgabe wird in hohem Ausmaß durch die Vermittlung von Information wahrgenommen, die auf die Veränderung der gegenseitigen Wahrnehmung abzielt. Die Aufsuchende Soziale Arbeit ist nicht auf Verdrängung der Menschen aus dem öffentlichen Raum ausgerichtet, sie zielt auf Vermittlung zwischen verschiedensten Interessengruppen ab und kann dabei im Mediationskontext, aber auch in an die Mediation angelehnten Konfliktbearbeitungs-Kontexten allparteilich intervenieren.

Im Sinn von Aufsuchender Sozialer Arbeit ist es daher nicht, nur mit den Menschen direkt zusammen zu arbeiten, sondern auch sichtbare und unsichtbare Ungleichheiten gesellschaftspolitisch zu thematisieren und strukturell Rahmenbedingungen für diese Zielgruppen zu verbessern.

Im Rahmen der Aufsuchenden Sozialen Arbeit besteht somit einerseits die Verantwortung, Interessen von Benachteiligten zu veröffentlichen bzw. ihre Veröffentlichung zu unterstützen. Um marginalisierte Menschen bzw. Gruppen davor zu schützen, dass sie noch weiter stigmatisiert, marginalisiert und aus dem öffentlichen Raum verdrängt werden, kann es aber andererseits auch notwendig sein, diese vor zu großer Öffentlichkeit zu schützen.

Soziale Arbeit ist in diesem Bereich häufig mit der Erwartungshaltung und dem Wunsch nach der Lösung von sozialen Problemlagen konfrontiert. Aufsuchende Soziale Arbeit kann diese strukturellen Bedingungen und Problemlagen als gesellschaftliche Entwicklungstatsachen nicht alleine lösen, sondern hier bedarf es einer gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung. Aufsuchende Soziale Arbeit grenzt sich von ordnungspolitischen Aufträgen ab. Ihr geht es darum, Menschen mit speziellen Problemlagen Handlungsoptionen, aber auch alternative Angebote aufzuzeigen.

Die Aufsuchende Soziale Arbeit greift auf ein breites Methodenspektrum zurück, wobei der Schwerpunkt auf der Methode Streetwork liegt. Dieses zeichnet sich durch aufsuchenden Charakter, niederschweligen Zugang, Bedürfnisorientierung, bzw. Versorgungsorientierung und reflexiver Parteilichkeit aus. Weitere Methoden sind Beratung, Einzelfallbetreuung, Methoden der Krisenintervention aber auch gruppenspezifische Angebotsformen und die Szene-Beobachtung. In der Sozialpsychiatrie findet das niederschwellige „on site treatment“ Anwendung, eine sozialpsychiatrische Intervention mit Fachärztin/arzt, SozialarbeiterInnen und/oder Pflegepersonen vor Ort.

Eine spezielle Zielgruppe stellen, neben den Erwachsenen, Jugendliche dar, welche sich in gesellschaftlichen Randlagen befinden und sozial, ökonomisch, gesellschaftlich, individuell usw. ausgegrenzt oder von Ausgrenzung bedroht sind. Jene Gruppe an Jugendlichen haben mitunter geringe Ressourcen hinsichtlich ihrer Lebensbewältigung. Ziel ist, die Handlungskompetenzen der jungen Menschen zu erweitern und niedrigschwellige Unterstützungs- und Beratungsangebote mit speziellen jugendadäquaten Konzepten zu offerieren. Der Arbeitsauftrag der Aufsuchenden Sozialen Arbeit in der Jugendarbeit ist, die Jugendlichen oder konkrete Jugendkulturen an ganz konkreten öffentlichen Orten aufzusuchen und ihnen bedarfsorientierte Angebote zukommen zu lassen. Dies sind vor allem auch Gruppen- und Cliquesangebote, da die Clique die häufigste Gesellungsform von Jugendlichen darstellt. Die Gruppenangebote können in Form von Raumangeboten, partizipativ entwickelter Freizeitgestaltung oder Bildungsprojekten stattfinden. Vorrangig geht es hier um den kontinuierlichen Aufbau einer stabilisierenden Vertrauensbeziehung, wobei

die Orientierung an den unterschiedlichen Lebenswelten der Jugendlichen eine wichtige Rolle spielt. Einerseits ist Aufsuchende Arbeit so Infodrehscheibe, bietet aber gleichermaßen auch Krisenintervention und kontinuierliche Begleitung für Jugendliche, die auf eine Verbesserung ihrer individuellen Lebensumstände abzielt.

Aufsuchende Arbeit geht im Allgemeinen von Stützpunkten aus, die oft mit einem Treff/Cafe/Bistrobetrieb kombiniert sind, wo die Menschen teilweise ein gewisses Maß an Grundversorgung (z.B. Wäsche waschen) erhalten können. In erster Linie dienen diese Räume als Kommunikationsräume. Dort kann Grundbedürfnissen Folge geleistet, individuelle Sozialberatung durch die MitarbeiterInnen in Anspruch genommen werden oder es gibt die Möglichkeit zur Teilnahme an Gruppenaktivitäten in den Bereichen (Weiter-)Bildung, Kultur und Freizeit.

Literatur

Becker, Gerd/Simon, Titus (Hg.) (1995): Handbuch Aufsuchende Jugend- und Sozialarbeit. Weinheim/München: Juventa.

Bodenmüller, M. & Piepel, G. (2003) Streetwork und Überlebenshilfen. Entwicklungsprozesse von Jugendlichen aus Straßenszenen. Weinheim: Beltz

Galuske, Michael (2002): Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim/München: Juventa. S. 268-275.

Gillich, Stefan (Hg.) (2008) Bei Ausgrenzung Streetwork. Handlungsmöglichkeiten und Wirkungen. Gelnhausen: Triga

Gillich, Stefan (Hg.) (2007) Streetwork konkret: Standards und Qualitätsentwicklung. Gelnhausen, Triga

Gref, Kurt/Menzke, Detlef (Hg.) (1994): Grenzgänger. Strassensozialarbeit und Offene Jugendarbeit. Nürnberg: emwe-Verlag.

Klose, Andreas/Steffan, Werner (Hg.) (1997) Streetwork und Mobile Jugendarbeit in Europa: europäische Streetwork-Explorationsstudie. Münster: Votum-Verlag

Specht, Walter (Hrsg.) (1991): Die gefährliche Straße. Jugendkonflikte und Stadtteilarbeit. 2. Auflage. Bielefeld: Karin Böllert KT Verlag

Z6-Streetwork (Hg) (2000): Sicherheit-Sauberkeit-Vertreibung. Streetwork-Tagung zur Unwirtlichkeit des Öffentlichen Raumes, 27.-29. September 2000. Tagungsdoku. Innsbruck. Z6-Streetwork, Innsbruck

3. Professionelle Handlungsebene

Unter dem Überbegriff „professionelle Handlungsebenen“ finden sich Begriffe, die Erweiterungen und Spezifizierungen der Handlungskonzepte darstellen (u.a. auch professionelle Haltungen und Methoden), aber auch Begriffe, die in der Praxis zur Anwendung kommen und für die Soziale Arbeit im öffentlichen Raum Bedeutung haben (z.B. „Mehrfach- und Zwischennutzung“).

3.1 Zielgruppen – AdressatInnen – AkteurInnen

3.1.1 Kurzfassung

Soziale Arbeit im öffentlichen Raum geht einerseits vom Zielgruppen- bzw. AdressatInnen- andererseits vom AkteurInnenbegriff aus.

Der Begriff der Zielgruppen findet sich häufig im Zusammenhang mit dem Angebot und der Planung von Sozialen Diensten und Einrichtungen. Gleichzeitig werden auch Felder und Arbeitsbereiche Sozialer Arbeit nach Zielgruppen beschrieben (z.B. Suchtkrankenhilfe, Wohnungslosenhilfe). Hier kann zwischen drei unterschiedlichen Dimensionen des Zielgruppenbegriffs unterschieden werden:

- Dem analytischen Zielgruppenbegriff, welcher eine Zielgruppe im Sinn einer allgemeinen Logik einer sozialstrukturellen Ordnung bestimmt,
- dem programmatischen Zielgruppenbegriff, wo Zielgruppen aufgrund einer reflexiven Fachlichkeit fokussiert werden,
- dem Zielgruppenbegriff, welcher sich aufgrund einer sozialen Bewegung im Hintergrund und damit einher gehenden Politisierung herausgebildet hat (z.B. Aidshilfe).

Soziale Arbeit im öffentlichen Raum folgt hierbei dem Ansatz einer reflexiven Zielgruppenorientierung. Zielgruppendefinitionen werden demnach situativ entwickelt, indem sie jeweils an aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen angepasst, sowie den Interessen und Bedürfnissen der Menschen und dem fachlichen Urteil entsprechend bestimmt werden. Alternativ zu „Zielgruppen“, und der Diversitätsorientierung der Sozialen Arbeit entsprechend, wird daher vermehrt der Begriff „AdressatInnen“ verwendet.

Der Begriff der AkteurInnen bezeichnet „sozial Handelnde“. Dabei kann es sich um Einzelpersonen, aber auch um Zusammenschlüsse von mehreren Personen (z.B. Gruppen, Communities, Vereine, soziale Einrichtungen, staatliche Organisationen, aber auch Staaten) handeln. Vor allem in der Gemeinwesenarbeit und im Bereich der nachhaltigen Entwicklung, der Lokalen Agenda 21 ist der AkteurInnenbegriff von Bedeutung, da sich die Gemeinwesenarbeit nicht nur auf definierte Zielgruppen bezieht, sondern auf alle AkteurInnen im sozialen bzw. öffentlichen Raum, wie aus Politik, Verwaltung, Ökonomie, Medien, etc..

Mit Hilfe einer AkteurInnenanalyse können Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen AkteurInnen und Akteursebenen aufgezeigt werden.

Der AkteurInnenbegriff findet sich auch im Bereich der Diversität wieder, welche von unterschiedlichen Personen mit vielfältigen Fähigkeiten, spezifischen Erfahrungen, Geschichten und biographischen Prägungen ausgeht.

3.1.2 Langfassung

Soziale Arbeit im öffentlichen Raum geht einerseits vom Zielgruppen- bzw. AdressatInnen- andererseits vom AkteurInnenbegriff aus.

Ein/e AkteurIn wird im Allgemeinen als Ausdruck für eine/n „sozial Handelnde/n“ verwendet. Es kann zwischen individuellen und überindividuellen Akteuren unterschieden werden. Als individuelle Akteure gelten einzelne Personen, während Zusammenschlüsse von mehreren individuellen Akteuren (beispielsweise: Staaten, Konzerne, NGOs) als überindividuelle Akteure bezeichnet werden.

In der Sozialen Arbeit wird meist der allgemeine Begriff AkteurIn bzw. Akteure verwendet. Zusammenhänge zwischen AkteurInnen oder Akteursgruppen können durch eine sogenannte Akteursanalyse aufgezeigt werden.

Der AkteurInnenbegriff betont die Handelnden im Gemeinwesen. Vor allem in der Gemeinwesenarbeit und im Bereich der nachhaltigen Entwicklung, der Lokalen Agenda 21 ist der Akteursbegriff zentral. Dies können wie bereits angeführt soziale Organisationen, zivilgesellschaftliche Organisationen wie Vereine, staatliche, sowie ökonomische AkteurInnen, aber auch Gruppen und Einzelpersonen aus dem Sozialraum sein.

Der AkteurInnenbegriff findet sich auch im Bereich der Diversität wieder, welche von unterschiedlichen Personen mit vielfältigen Fähigkeiten und Möglichkeiten, spezifischen Erfahrungen, Geschichten und biographischen Prägungen ausgeht. Gleichzeitig ist es in dieser Perspektive aber auch wichtig, die Gefahr der Individualisierung struktureller Probleme mit zu denken, da leicht der Blick verloren geht, dass Akteursgruppen auch durch soziale Strukturierungen konstituiert werden.

Dem Akteursbegriff steht der Zielgruppenbegriff bzw. AdressatInnenbegriff gegenüber. Der Begriff der Zielgruppen findet sich häufig im Zusammenhang mit dem Angebot von sozialen Diensten oder dem Angebot und der Planung von sozialen Einrichtungen. Gleichzeitig werden auch Felder und Arbeitsbereiche Sozialer Arbeit nach Zielgruppen beschrieben (z.B. Suchtkrankenhilfe, Wohnungslosenhilfe).

Die Gefahr des Zielgruppenbegriffs ist immer jene der Stigmatisierung bestimmter Personengruppen, da er ein Begriff ist, der aufgrund einer sozialstrukturellen Position (z.B. generationale Position, Geschlechterposition, etc.) zugeschrieben wird. Durch den Begriff der Zielgruppe werden gewisse Gruppen erst geschaffen, reproduziert und es kann so zu einer Verfestigung von Strukturen und Zuschreibungen führen, da der Begriff der Zielgruppe zum Gedanken verführt, dass die Zielgruppe an und für sich ein Problem sei. Aus diesem Grund ist eine reflexive Zielgruppenorientierung seitens der Sozialen Arbeit essentiell, wo immer wieder situativ und analytisch die Zielgruppe neu definiert wird.

Die reflexive Zielgruppenorientierung definiert eine Zielgruppe temporär (d.h. kurz-, mittelfristig, aber auch langfristig), aber mit einer bestimmten zeitlichen Beschränkung. Alternativ zu „Zielgruppe“ und der Diversitätsorientierung der Sozialen Arbeit entsprechend, wird daher vermehrt „AdressatInnen“ verwendet. Weiters ist zu beachten, dass sich aus den sozialstrukturellen Bedingungen nicht eine Zielgruppe mit fixen Charakteristika herausbildet, die eine bestimmte Vorgehensweise erfordert, sondern Zielgruppen lassen sich darüber bestimmen, wo es ähnliche Interessenslagen gibt, die in weiterer Folge auch zu Bündnissen führen können. Auf diese Weise ist es auch möglich mit Zielgruppen in Richtung Partizipation und Mitbestimmung zu arbeiten.

Ebenso ist es von Bedeutung, sich seitens der Sozialen Arbeit immer wieder für Verfahren der Veröffentlichung, aber auch der Schutz von Zielgruppen vor der Öffentlichkeit zu entscheiden, um Stigmatisierung und Verdrängung entgegen zu wirken.

Im Sinne einer reflexiven Zielgruppenorientierung wird zwischen 3 unterschiedlichen Dimensionen eines Zielgruppenbegriffs unterschieden:

1. Dem analytischen Zielgruppenbegriff, welcher eine Zielgruppe im Sinn einer allgemeinen Logik einer sozialstrukturellen Ordnung bestimmt,
2. dem programmatischen Zielgruppenbegriff, wo Zielgruppen aufgrund einer reflexiven Fachlichkeit fokussiert werden und
3. dem Zielgruppenbegriff, welcher sich aufgrund einer sozialen Bewegung im Hintergrund und damit einher gehenden Politisierung herausgebildet hat (z.B. Aidshilfe).

Ausgehend von bestimmten Interessenslagen und bestimmten Bündnissen braucht es für verschiedene Zielgruppen bestimmte unterschiedliche Verfahren. Gerade die reflexive sozialräumliche Perspektive macht sich zum Ziel in einem konkreten sozialen Raum konkrete Verfahren zu entwickeln, wo Zielgruppen, Interessen und Bedürfnisse z.B. über eine Sozialraumanalyse ausdifferenziert werden können.

Literatur

Bitzan, Maria/Bolay, Eberhard/Thiersch, Hans (Hg.) (2006): Die Stimme der Adressaten. Empirische Forschung über Erfahrungen von Mädchen und Jungen mit der Jugendhilfe. Weinheim/München: Juventa.

Homfeldt, Hans G./Schröer, Wolfgang/Schwepe, Cornelia (Hg.) (2008): Vom Adressaten zum Akteur. Soziale Arbeit und Agency. Leverkusen: Verlag Barbara Budrich (Leverkusen-Opladen).

3.2 Parteilichkeit

3.2.1 Kurzfassung

Professionelle Soziale Arbeit hat die Aufgabe, lebensweltlichen Bedürfnissen und Interessen, gesellschaftlichen Entwicklungstatsachen sowie sozialstaatlichen Rechten Gehör zu verschaffen. Insofern ist die Soziale Arbeit einer Parteilichkeit gegenüber ihren Zielgruppen verpflichtet, die mit einer kritischen bzw. reflexiven Haltung einhergeht. Letztere bezieht sich einerseits auf die Lebenswelten der Menschen und andererseits auf bürokratische, ökonomische und wissenschaftliche Rationalitäten innerhalb von Einrichtungen der Sozialen Arbeit. Reflexive Parteilichkeit bezeichnet eine respektierende Haltung gegenüber individuellen Lebensentwürfen, welche Machtverhältnisse, aber auch festgefahrene Handlungsroutinen hinterfragt und sich als zeitlich befristet begreift. Reflexive Parteilichkeit bedeutet aber auch, Bedürfnisse, Interessen und Rechte in der Gesellschaft zu thematisieren. Gesprochen wird auch vom „dritten Mandat“ der Sozialen Arbeit, womit die reflexiv und fachlich fundierte handlungsanleitende Entscheidung in Bezug auf die parteiliche Haltung gemeint ist.

Parteilichkeit thematisiert, dass im Rahmen der Sozialen Arbeit nicht unabhängig von bestehenden Machtverhältnissen agiert werden kann. Bestehende Machtverhältnisse, also auch Ungleichheitsordnungen schränken Menschen in ihren Handlungsräumen und -möglichkeiten ein, wodurch diese in besonderer Weise auf den öffentlichen Raum verwiesen sind. Dabei besteht die Notwendigkeit, wechselnde Machtverhältnisse, die auch durch das Handeln der Sozialen Arbeit beeinflusst werden, kritisch in den Blick zu nehmen und Entscheidungen in Bezug auf die Parteilichkeit laufend zu überprüfen.

Bei der reflektierten, parteilichen Arbeit im Sinne einer AdressatInnengruppe werden möglichst viele AkteurInnen, die in der sozialen Situation relevant sind, berücksichtigt.

Der Begriff „Allparteilichkeit“ findet speziell bei der Anwendung der Methode „Mediation“, aber auch in an die Mediation angelehnte Konfliktbearbeitungs-Settings Verwendung. Er meint, dass der/die MediatorIn darauf achtet, dass sich alle Parteien gleichermaßen gut in das Verfahren einbringen können und die dafür notwendige Unterstützung erhalten. Da der soziale Raum, wie der öffentliche Raum, nie unabhängig von Machtverhältnissen der AkteurInnen verstanden werden kann, ist die Soziale Arbeit im Rahmen der konzeptionellen Ausrichtung immer reflexiv parteilich.

3.2.2 Langfassung

In der Wiener Praxis findet sich je nach Arbeitsfeld bzw. konzeptionellem Zugang neben reflektierter bzw. kritischer Parteilichkeit auch der Begriff Allparteilichkeit.

Aus dem Verständnis, dass „öffentlicher Raum“ bzw. „sozialer Raum“ immer als umkämpfter Raum verstanden werden muss, in dem die Akteure (auch der Sozialen Arbeit) in unterschiedlichem Maße über Gestaltungsmöglichkeiten verfügen, ist von „reflexiver Parteilichkeit“ zu sprechen. Es sei denn, die Konfliktvermittlung findet im Rahmen eines Mediations-Settings, aber auch in an die Mediation angelehnten Konfliktbearbeitungs-Settings statt, in dem auch von „Allparteilichkeit“ gesprochen werden kann.

Parteilichkeit thematisiert, dass im Rahmen der Sozialen Arbeit nicht unabhängig von bestehenden Machtverhältnissen agiert werden kann. Bestehende Machtverhältnisse aber auch Ungleichheitsordnungen schränken Menschen in ihren Handlungsräumen und -möglichkeiten ein, wodurch diese in besonderer Weise auf den öffentlichen Raum verwiesen sind. Im öffentlichen Raum ergreift die Soziale Arbeit immer wieder neue Partei für einzelne Menschen oder Gruppen, wenn sie entscheidet, wie die jeweiligen Ressourcen der sozialen Arbeit eingesetzt werden. Dabei besteht die Notwendigkeit, wechselnde Machtverhältnisse, die auch durch das Handeln der Sozialen Arbeit beeinflusst werden, kritisch in den Blick zu nehmen und Entscheidungen in Bezug auf die Parteilichkeit laufend zu überprüfen (vgl. Kessl/Reutlinger 2007).

Aus diesem Verständnis heraus bezieht sich eine reflexive Parteilichkeit darauf, jene Gruppen und Personen im öffentlichen Raum zu unterstützen, die in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt sind. Je nach sozialräumlichen Bezug und zeitlichen Entwicklungen besteht die Notwendigkeit, diese Parteilichkeit kritisch zu hinterfragen und bei veränderten Bedingungen auch neu auszurichten.

Bei der reflektierten, parteilichen Arbeit im Sinne einer AdressatInnengruppe werden möglichst viele AkteurInnen, die in der sozialen Situation relevant sind, berücksichtigt (Thiersch, 2005; Dewe/Otto 2005).

Andererseits bezieht sich eine „reflexive Parteilichkeit“ auch darauf, dass die Soziale Arbeit den Menschen in ihren Lebenswelten verpflichtet ist. Professionelle Soziale Arbeit hat die Aufgabe, lebensweltlichen Bedürfnissen und Interessen, gesellschaftlichen Entwicklungsstatsachen sowie sozialstaatlichen Rechten Gehör zu verschaffen. Insofern ist die Soziale Arbeit einer Parteilichkeit gegenüber ihren Zielgruppen verpflichtet, die mit einer kritischen bzw. reflexiven Haltung einhergeht. Letztere bezieht sich einerseits auf die Lebenswelten der Menschen und andererseits auf bürokratische, ökonomische und wissenschaftliche Rationalitäten innerhalb von Einrichtungen der Sozialen Arbeit. Lebensentwürfe werden zwar respektiert, aber auch in Bezug auf Machtverhältnisse hinterfragt (z.B. Unterdrückung von Frauen). Reflexive Parteilichkeit bedeutet aber auch, Bedürfnisse, Interessen und Rechte in der Gesellschaft zu thematisieren. Dabei wird auch vom doppelten Mandat gesprochen, also einerseits der Beauftragung aus einer sozialstaatlichen Perspektive, Normalitätsvorstellungen zu vermitteln und durchzusetzen, andererseits der Beauftragung aus den Lebenswelten heraus. Sylvia Staub-Bernasconi spricht von einem dritten „Mandat“, womit die reflexiv und fachlich fundierte handlungsanleitende Entscheidung in Bezug auf die parteiliche Haltung gemeint ist (vgl. Thiersch/Grunwald/Köngeter 2005, 166-172; Dewe/Otto 2005, 181-190; Böhnisch 2005, 210-211; Böhnisch/Lösch 1973/1998; Staub 2007).

Der Begriff „Allparteilichkeit“ findet speziell bei der Anwendung der Methode „Mediation“ Verwendung. Er meint, dass der/die MediatorIn darauf achtet, dass sich alle Parteien gleichermaßen gut in das Verfahren einbringen können und die dafür notwendige Unterstützung erhalten (Ballreich/Glasl 2007, 53-54; Pelikan 1999, 55-56). „Allparteilichkeit“ bezieht sich daher auf eine professionelle Haltung in einem spezifischen methodischen Kontext. Da der soziale Raum, wie der öffentliche Raum nie unabhängig von Machtverhältnissen der AkteurInnen verstanden werden kann, ist auch die Soziale Arbeit im Rahmen der konzeptionellen Ausrichtung immer parteilich.

Literatur:

Ballreich, Rudi/Glasl, Friedrich (2007): Mediation in Bewegung. Ein Lehr- und Übungsbuch mit Filmbeispielen auf DVD. Stuttgart: Concorda Verlag.

Böhnisch, Lothar (2005): Lebensbewältigung. Ein sozialpolitisch inspiriertes Paradigma für die Soziale Arbeit. In: Thole, Werner (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. 2. Auflage. Wiesbaden: Opladen. S. 199-213.

Böhnisch, Lothar/Lösch, Herbert (1998): Das Handlungsverständnis des Sozialarbeiters und seine institutionelle Determination. In: Thole, Werner/ Galuske Michael/ Gängler, Hans (Hg.): Klassiker der Sozialen Arbeit. Sozialpädagogische Texte aus zwei Jahrhunderten – ein Lesebuch. Neuwied/Kriftel: Luchterhand.

Dewe, Bernd/Otto, Hans-Uwe (2005): Reflexive Sozialpädagogik. Grundstrukturen eines neuen Typs dienstleistungsorientierten Professionshandelns. In: Thole, Werner (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag. S. 179-198.

Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (2007): Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag.

Pelikan, Christa (1999): Das demokratiepolitische Potential der Mediation oder Die Last der Wiederaneignung der Konflikte. In: Klammer, Gerda/Geißler, Peter (Hg.): Mediation. Einblick in Theorie und Praxis professioneller Konfliktregelung. Wien: Falter-Verlag.

Staub-Bernasconi, Silvia (2007): Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft. Systemtheoretische Grundlagen und professionelle Praxis – Ein Lehrbuch. Bern-Stuttgart-Wien: UTB.

Thiersch, Hans/Grunwald, Klaus/Königeter, Stefan (2005): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. In: Thole, Werner (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag. S. 161 – 178.

3.3 Niederschwelligkeit

3.3.1 Kurzfassung

Der Begriff Niederschwelligkeit findet in der Praxis der Sozialen Arbeit häufig Verwendung. Er ist eng verknüpft mit der Lebensweltorientierung in der Sozialen Arbeit. Demnach sollen Einrichtungen und Angebote so gestaltet sein, dass der Zugang für die unterschiedlichen Zielgruppen bzw. AdressatInnen möglichst offen ist. Eine alltagsnahe Gestaltung, eine bewusste Reduktion von sozialräumlich vermittelten Zugangsbarrieren, eine ganzheitliche Orientierung und die dezentrale Organisation sind dabei von Bedeutung. Mit der Sozialraumorientierung wird aber thematisiert, dass Räume, Einrichtungen und Angebote nicht unabhängig von Aneignungsprozessen und subjektiv verfügbaren Handlungsspielräumen verstanden werden können. Während sich soziale Räume für die eine Akteursgruppe zugänglich darstellt und Aneignung stattfinden kann, können die gleichen Räume für andere unzugänglich sein, unter Umständen auch aufgrund der spezifischen Aneignungsformen anderer Gruppen.

3.3.2 Langfassung

Der Begriff Niederschwelligkeit findet in der Praxis der Sozialen Arbeit häufig Verwendung. Er ist eng verknüpft mit der Lebensweltorientierung in der Sozialen Arbeit. Demnach sollen Einrichtungen und Angebote so gestaltet sein, dass der Zugang für die Zielgruppen bzw. AdressatInnen möglichst offen ist. Dies trifft besonders auf Personengruppen zu, die über eingeschränkte Erfahrungen beim entsprechenden Umgang mit Organisationen und deren Zugänge zur Inanspruchnahme von Leistungen verfügen.

Eine alltagsnahe Gestaltung, der Zielgruppe bzw. AdressatInnen entsprechend, ist genauso von Bedeutung wie eine ganzheitliche Orientierung, also die Berücksichtigung des Menschen mit all seinen/ihren Bedürfnissen. Die Einrichtungen und Angebote sollen etwaige sozialräumlich vermittelte Zugangsbarrieren reflektieren, dezentral organisiert und wirksam sein. Mit der Sozialraumorientierung in der Sozialen Arbeit wird eine sozialräumliche Öffnung thematisiert, die noch spezifischer auf die Zielgruppen, AdressatInnen bzw. AkteurInnen blickt, und deren milieuspezifischen Besonderheiten bei der Organisation und Gestaltung von Einrichtungen und Angeboten berücksichtigt. Mit der Sozialraumorientierung wird aber auch thematisiert, dass Räume, Einrichtungen und Angebote nicht unabhängig von Aneignungsprozessen und ungleich verteilten Handlungsspielräumen verstanden werden können. Während sich soziale Räume für die eine Akteursgruppe zugänglich darstellt und Aneignung stattfinden kann, können die gleichen Räume für andere unzugänglich sein, unter Umständen auch aufgrund der spezifischen Aneignungsformen anderer Gruppen.

Angesichts dieser Erkenntnis ist die Niederschwelligkeit von Einrichtungen und Angeboten andauernd kritisch zu reflektieren und aus der Diversitätsperspektive zu beleuchten (vgl. Grunwald/Thiersch 2001; Kessl/Reutlinger 2007).

Literatur

Deinet, Ulrich/Okroy, Heike/Dodt, Georg/ Wüsthof, Angela (2009): *Betreten Erlaubt! Projekte gegen die Verdrängung Jugendlicher aus dem öffentlichen Raum*. Opladen: Verlag Barbara Budrich.

Grunwald, Klaus/Thiersch, Hans (2001): *Lebensweltorientierung*. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): *Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik*. Neuwied, Kriftel: Luchterhand. S. 1136 – 1148.

Kessl, Fabian/Christian, Reutlinger (2007): *Sozialraum. Eine Einführung*. Wiesbaden: VS Verlag.

3.4 Ressourcenorientierung

3.4.1 Kurzfassung

Der Ansatz der Ressourcenorientierung stellt zum einen die Stärken, Potenziale und Ressourcen von Menschen in den Mittelpunkt der professionellen Tätigkeit. Dies impliziert eine akzeptierende Haltung gegenüber der Unterschiedlichkeit von Menschen und der Diversität von Lebensführungen. Als Ressourcen werden vorhandene, oft blockierte oder nicht wahrgenommene Quellen von Handlungsmöglichkeit angesehen. Unterschieden wird zwischen materiellen Ressourcen, wie Geld, Gütern etc. und immateriellen Ressourcen zu denen u.a. Fertigkeiten, Fähigkeiten und Begabungen von Menschen gezählt werden. Im Sinne eines lebensweltlichen Zuganges wird davon ausgegangen, dass es letztlich von den AdressatInnen Sozialer Arbeit selbst abhängt, was als Ressource wahrgenommen wird und was nicht.

Zum anderen geht es auch um die Ressourcen von Familien, Stadtteilen, auf regionaler und bundesweiter Ebene. Soziale Arbeit hat hier die Rolle der Ressourcenerschließung, sei es in Form des Zugangs zu institutionell vermittelten bzw. staatlichen Leistungen oder durch Unterstützung bei der Wahrnehmung von Rechten.

Mit dem Blick auf die Zugänglichkeit und Verfügung von ökonomischem, kulturellem, sozialem und symbolischem Kapital können soziale Ungleichheiten gezielt bearbeitet werden. Ressourcenorientierung wird aber aus fachlicher Perspektive nicht als Programm verstanden, dass lebensweltliche Ressourcen als Ersatz sozialstaatlicher Maßnahmen versteht.

3.4.2 Langfassung

In der sozialen Arbeit ist mit dem Begriff der Ressourcenorientierung vor allem eine Abwendung von einer ExpertInnen-orientierten sozialarbeiterischen Praxis und von einem problemzentrierten bzw. defizitären Blick auf die AdressatInnen verbunden (vgl. Stark 1996, 24f). Demgegenüber werden die Stärken, Potenziale und Ressourcen der Menschen in den Mittelpunkt der professionellen Tätigkeit gestellt. Dies impliziert eine akzeptierende Haltung gegenüber der Unterschiedlichkeit von Menschen und der Diversität von Lebensführungen.

Ressourcen werden dabei als bereits vorhandene, oft blockierte, nicht wahrgenommene oder ausgeschöpfte Quellen von Handlungsmöglichkeit angesehen (vgl. Herriger 2002, 70ff). In Folge kann zwischen materiellen und nicht-materiellen Ressourcen unterschieden werden (vgl. Bündler 2002, 121). Erstere weisen zum Teil noch auf eine sozialarbeiterische Praxis zurück, die vornehmlich darin bestand die zur Verfügung stehenden (finanziellen) Quellen der sozialstaatlichen Hilfe für die KlientInnen zu aktivieren (vgl. Staub-Bernasconi 2001, 1507). Die Bestimmungen von nicht-materiellen Ressourcen werden dagegen zumeist von der Hypothese gestützt, dass ein jeder Mensch über eine Vielzahl von Fertigkeiten, Fähigkeiten und Begabungen verfügt, welche es zu entdecken und nutzbar zu machen gilt (vgl. Bündler 2002, 181). Dies geht zuweilen soweit, dass eine Art „innerer Kraft“ bzw. „Lebenskraft“ konstatiert wird, welche gezielt zur Wirkung gebracht werden kann (vgl. Theunissen 2009, 39). Im Sinne eines lebensweltlichen Zuganges wird davon ausgegangen, dass es letztlich von den AdressatInnen sozialer Arbeit abhängt, was als Ressource wahrgenommen wird und was nicht. Es handelt sich bei dieser Fähigkeit zur Abschätzung jedoch wiederum um ein Vermögen, welches selbst Ressourcen voraussetzt (vgl. Bündler 2002, 166f).

Es geht beim Begriff der Ressourcenorientierung aber nicht nur um die Ressourcen einzelner Menschen, sondern auch um die Ressourcen von Familien, Stadtteilen, oder Ressourcen auf regionaler und bundesweiter Ebene. Soziale Arbeit hat hier die Rolle der Ressourcenerschließung, sei es in Form des Zugangs zu institutionell vermittelten bzw. staatlichen Leistungen oder durch Unterstützung bei der Wahrnehmung von Rechten. Mit dem Blick auf die Zugänglichkeit und Verfügbarkeit von ökonomischem, kulturellem, sozialem und symbolischem Kapital können soziale Ungleichheiten gezielt bearbeitet werden (vgl. Bourdieu 1983; ders. 1985; ders. 1997; Stoik 2008). Problematisch wäre, wenn „Ressourcenorientierung“ als Programm verstanden wird, dass lebensweltliche Ressourcen als Ersatz sozialstaatlicher Maßnahmen versteht und dies zu einer Privatisierung von sozialen Problemen führt.

Literatur

Bourdieu, Pierre (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Kreckel, Reinhard: Soziale Ungleichheiten, Göttingen: Schwartz.

Bourdieu, Pierre (1985): Sozialer Raum und Klassen. Frankfurt am Main: Surkamp.

Bourdieu, Pierre (1997): Ortseffekte. In: Bourdieu, Pierre (u.a.): Das Elend der Welt. Konstanz: UVK.

Bündler, Peter (2002): Geld oder Liebe? Verheißungen und Täuschungen der Ressourcenorientierung in der sozialen Arbeit. Münster/Hamburg/London: Lit.

Herriger, Norbert (2002): Empowerment in der sozialen Arbeit. Eine Einführung. Stuttgart: Kohlhammer.

Stark, Wolfgang (1996): Empowerment. Neue Handlungskompetenzen in der psychosozialen Praxis. Freiburg: Lambertus.

Staub-Bernasconi, Silvia (2001): Ressourcenerschließung. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied, Kriftel: Luchterhand. S. 1507 – 1515.

Stoik, Christoph (2008): Sozialraumorientierung als theoretische Grundlegung der Sozialen Arbeit. In: Sozialarbeit in Österreich. Nr.: 1/08, Wien: ÖBDS.

Theunissen, Georg (2009): Empowerment und Inklusion behinderter Menschen. Eine Einführung in die Heilpädagogik und Soziale Arbeit. Freiburg: Lambertus.

3.5 Empowerment

3.5.1 Kurzfassung

Empowerment kann mit „Selbst-Bemächtigung“, „Selbst-Ermächtigung“ oder „Selbstbefähigung“ ins Deutsche übertragen werden. Es bezeichnet den Prozess, in dem Menschen in marginalisierten sozialen Positionen beginnen, auf der Grundlage vorhandener Stärken und Ressourcen ihrer Lebensführung mehr Selbstbestimmung zu verleihen.

Während ein lebensweltlicher Zugang vor allem die individuelle Befähigung zur Alltagsbewältigung betont, geht ein emanzipatorischer Ansatz von einem sozialen, mitunter konflikthaftem Prozess aus, der die politischen Handlungsoptionen und das Partizipationsvermögen von Menschen dauerhaft erweitert und somit kollektive Handlungsmöglichkeiten und Machtverteilungen thematisiert.

Soziale Arbeit kann diese Prozesse der (Wieder-)Aneignung von Selbstgestaltungs Kräften im Kontext von öffentlichen bzw. sozialen Räumen unterstützen. Diese können als Orte der gemeinsamen Sinnproduktion und der Kommunikation, als Übungsfeld für neue Lebensentwürfe, als Räume des Erfahrungsaustausches, der Wertschätzung und Zugehörigkeit sowie als Aktionsräume zur gemeinsamen Interessensartikulation und -durchsetzung genutzt werden.

3.5.2 Langfassung

Der aus dem angelsächsischen Sprachraum aus dem Feld der Psychiatrie stammende Begriff des Empowerments wird mit „Selbst-Bemächtigung“, „Selbst-Ermächtigung“ oder „Selbstbefähigung“ ins Deutsche übersetzt. Er basiert auf der Vorstellung, dass sich Menschen in marginalisierten sozialen Positionen auf der Grundlage und durch gezielte Förderung von vorhandenen Stärken eine selbst bestimmte Lebensführung aneignen können (vgl. Theunissen 2009, 27). Davon ausgehend lassen sich vier Zugänge zu dem Begriff unterscheiden:

- In einer politischen Interpretation setzt Empowerment eine Situation ungleich verteilter Macht voraus, welche in einem konflikthaften Prozess zu Gunsten der sich emanzipierenden Menschen verändert wird. Damit verbunden ist ein Zuwachs an demokratischem Partizipationsvermögen und Entscheidungsmacht, wodurch kollektive Handlungsmöglichkeiten und Machtverteilungen thematisiert werden.
- Aus einer lebensweltlichen Perspektive fördert Empowerment vor allem die Fähigkeiten zur Alltagsbewältigung und zum Umgang mit individuellen Krisensituationen (vgl. ebd. 27f).
- Aus einem reflexiven Blickwinkel werden damit selbstinitiierte und eigengesteuerte Prozesse zur (Wieder-)Herstellung von Lebenssouveränität, sowohl auf politischer als auch alltäglicher Ebene bezeichnet. Die Betonung liegt hierbei auf der Selbsthilfe und der aktiven Selbstorganisation.

- In einem transitiven Sinne bezeichnet Empowerment eine von Professionellen ausgeübte psychosoziale Praxis, welche Prozesse der (Wieder-)Aneignung von Selbstgestaltungskräften fördert und unterstützt (vgl. Herriger 2002, 14f).

Empowerment befördert Prozesse der (Wieder-)Aneignung von Selbstgestaltungskräften im Kontext von öffentlichen bzw. sozialen Räumen, ohne dabei die Gefahr einer Überforderung von benachteiligten Personengruppen aus den Augen zu verlieren.

In dieser Hinsicht kann Empowerment als ein emanzipatorischer (Lern)Prozess durch Selbst- und Fremdrelexion verstanden werden (vgl. Stark 1996, 17). Derartige Räume bieten mehrere Funktionen:

1. Sie bieten Orte der Sinnproduktion und der Kommunikation, wodurch sie als Orientierungshilfe fungieren können.
2. Sie unterstützen bei Prozessen subjektiver Identitätskonstruktionen, indem sie ein Übungsfeld für neue Lebensentwürfe bieten.
3. Sie können Orte der emotionalen, informationellen und instrumentellen Unterstützung sein, indem in ihnen Erfahrungen ausgetauscht sowie Wertschätzung und Zugehörigkeit vermittelt werden.
4. Sie bieten einen kollektiven Aktionsraum und sind damit ein Instrument zur gemeinsamen Interessensartikulation und –durchsetzung bezüglich der Gestaltung der sozialen und räumlichen Umwelt (vgl. Herriger 2002, 130f).

Literatur

Herriger, Norbert (2002): Empowerment in der sozialen Arbeit. Eine Einführung. Stuttgart: Kohlhammer.

Stark, Wolfgang (1996): Empowerment. Neue Handlungskompetenzen in der psychosozialen Praxis. Freiburg: Lambertus.

Theunissen, Georg (2009): Empowerment und Inklusion behinderter Menschen. Eine Einführung in die Heilpädagogik und Soziale Arbeit. Freiburg: Lambertus.

3.6 Sozialraumanalyse

3.6.1 Kurzfassung

Die in einigen Feldern der Sozialen Arbeit durchgeführten Sozialraumanalysen versuchen die Wechselwirkungen zwischen sozialem Handeln und gesellschaftlich durchwirkten Räumen abzubilden und damit Ressourcen und Probleme in den sozialräumlichen Zusammenhängen des Stadtteils/der Region sichtbar zu machen. Grundlage ist ein dynamisch-reflexives Sozialraumverständnis welches physisch-geographische und soziale Raum Aspekte in einem gegenseitigen Beeinflussungsverhältnis begreift. Bei der Erhebung von Daten werden sowohl quantitative als auch qualitative Methoden angewandt, um einerseits sozio-strukturelle Bedingungen, aber auch lebensweltliche Deutungsmuster und sozialräumliche Aneignungsprozesse zu erfassen. Von großer Bedeutung ist der Beteiligungs- und Aktivierungscharakter der Methoden, welcher die Anwendung von Sozialraumanalysen in der sozialen Arbeit charakterisiert.

Ein Beispiel für ein dynamisches Sozialraumverständnis findet sich im Bereich der Offenen Jugendarbeit. Deren Konzepte der Sozialraumanalyse gehen von einer gegenseitigen Beeinflussung von sozialen Praktiken und materiellen Raumbedingungen aus. Über sozialräumliche Aneignungsprozesse in Form der tätigen Auseinandersetzung mit der räumlich vermittelten Umwelt entstehen unter Jugendlichen Deutungsmuster, Nutzungsformen und Handlungsoptionen. Um diese zu erheben, werden Methoden wie Stadtteilbegehungen (vgl. Gemeinwesenbeobachtungen in der GWA), subjektive Landkarten, Cliquenraster, Befragungen von Schlüsselpersonen u.ä. unter aktiver Einbeziehung der Jugendlichen und anderer AkteurInnen angewandt. Über die Verquickung verschiedener Methoden können die gruppenbezogene Aneignungsprozesse genauso wie die diskursive und sozio-strukturelle Reglementierungen eines Sozialraums in den Blick genommen werden.

3.6.2 Langfassung

Entsprechend der vielfältigen (disziplinären) Perspektiven auf die Kategorie des Sozialraumes variieren auch die Zugänge zur Sozialraumanalyse entlang ihrer Schwerpunktsetzung und ihrer konzeptuellen Ausgestaltung. Während in der Sozialen Arbeit in einem dynamisch-reflexiven Sozialraumverständnis die Wechselwirkungen zwischen sozialen Praktiken und physischen Räumen erforscht werden sollen (vgl. Krisch 2009, 31) und der „Beteiligungs- und Aktivierungscharakter“ (Deinet 2009, 9) in der Durchführung eine bedeutende Rolle spielt, stehen in anderen Konzeptionen die vorwiegende Orientierung an städtischen Gebieten, sowie die starke Betonung der physischen Dimension des Sozialraums im Vordergrund. Riege und Schubert schlagen eine komplementäre Betrachtungsweise der verschiedenen Ansätze und eine binäre Typologisierung vor. Sie unterscheiden zwischen gesamtstädtischen Zugängen, welche Teilräume einer Stadt miteinander vergleichen und Ansätze, die sich auf ein einzelnes städtisches Teilgebiet konzentrieren. Erstere versuchen auf Basis sozio-ökonomischer Merkmale wie Alter, Einkommen u.ä. städtische Teilräume zu identifizieren und systematisch voneinander zu unterscheiden. Dabei kommen vor allem quantitative Forschungsmethoden zum Einsatz, oder es wird auf vorhandene Statistiken der kommunalen Sozialberichterstattung zurückgegriffen. Die zweite Kategorie zielt demgegenüber darauf ab, den Sozialraum bis zu den Lebenswelten der Menschen zu durchdringen. Daher kommen neben quantitativen auch qualitative Erhebungsmethoden zur Anwendung, mit denen die lebensweltlichen Deutungs- und Nutzungsmuster der Menschen analysiert bzw. die durch Wahrnehmung, Verhalten und Handeln erzeugten Raumbedeutungen erhoben werden (vgl. Riege/Schubert 2002, 36ff). Die mitunter dominierende Position der physischen Raumkategorie ist jedoch angesichts eines dynamischen Sozialraumverständnisses, welches physische und soziale Aspekte immer in einem gegenseitigen Beeinflussungsverhältnis begreift, kritisch zu hinterfragen. Insbesondere im Bereich der Jugendarbeit liegen Konzepte der Sozialraumanalyse vor, die von einer gegenseitigen Wechselwirkung zwischen Handlungsformen bzw. Wahrnehmungen und der materiellen Dimension des Sozialraumes ausgehen (vgl. Deinet 2005, 36ff, Krisch 2009, 31ff). Diese erfolgt mittels Prozessen der sozialräumlichen Aneignung, in welchen durch eine tätige Auseinandersetzung mit dem Raum Selbstbildungsprozesse von Kindern und Jugendlichen (Rätz-Heinisch/Schröer/Wolff 2009, 105) stattfinden und spezifische Bedeutungs- bzw. Nutzungsmuster entstehen. In Folge werden vor allem unterschiedliche Nutzungsbedürfnisse von Jugendlichen und Erwachsenen, sowie die dadurch entstehenden Konflikte bzw. Handlungseinschränkungen thematisiert (vgl. ebd., 9ff). Zu den angewandten sozialräumlichen Methoden zählen u.a. Stadtteilbegehungen, subjektive Landkarten, Cliquenraster u.ä. (vgl. Krisch 2009, 78ff). Die Durchführung der Methoden schließt die Beteiligung der Jugendlichen ein und ist so auch Teil der Praxis der Jugendarbeit (vgl. Krisch 2010).

Sozialraumanalysen verfolgen dabei auch in anderen Ausschnitten der sozialen Arbeit (bspw. der Gemeinwesenarbeit) das Ziel, die Beteiligung und Aktivierung der untersuchten Gruppierungen zu fördern (vgl. Deinet 2009; Stoik 2009). Damit verbunden ist die Zielsetzung, „Potentiale und die noch bestehenden und drohenden Probleme in sozialen Räumen zu erkennen und diese im Kontext der Sozialen Arbeit für die Lösung, Minimierung, Vermeidung und Verhinderung sozialer Probleme nutzbar zu machen“ (Deinet, 2009, S. 37). Zu beachten ist aber, dass durch die Fokussierung auf individuelle bzw. gruppenbezogene Aneignungsprozesse diskursive und sozio-ökonomische Reglementierungen bzw. Strukturierungen des Sozialraums tendenziell aus dem Blick geraten können. Ein reflexiver sozialraumanalytischer Ansatz der sozialen Arbeit – im Sinne einer Sozialraumforschung (Kessl/Reutlinger 2007, 28; 2008, 9ff.) – ist dazu angehalten, mehrere Reflexionsebenen in sein Vorgehen zu integrieren: Er bedarf eines dynamischen Sozialraumbegriffes, welcher physische und soziale Faktoren in einem gegenseitigen Wirkungsverhältnis begreift. Er hat auf subjektive Sinngelungen ebenso Rücksicht zu nehmen wie auf gesellschaftliche und machtbezogene Regelungssysteme bzw. die Verteilung von ökonomischen, kulturellen, sozialen und symbolischen Kapitals (vgl. Bourdieu 1985; ders. 1997; Stoik 2008). Es ist daher einerseits sinnvoll quantitative Daten mit den physischen Eigenschaften des Sozialraums zu verknüpfen, um beispielweise Prozesse der Segregation und der räumlichen Schließung sichtbar zu machen. Andererseits können Betroffene durch qualitative und partizipative Methoden einbezogen werden, um die individuelle und kollektive Handlungsfähigkeit angesichts sozio-struktureller Beschränkungen zu fördern.

Literatur

Bourdieu, Pierre (1985): Sozialer Raum und Klassen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1997): Ortseffekte. In: Bourdieu, Pierre (u.a.): Das Elend der Welt. Konstanz: UVK.

Deinet, Ulrich (Hg.) (2005): Sozialräumliche Jugendarbeit. Grundlagen, Methoden und Praxiskonzepte. 2. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag.

Deinet, Ulrich (Hg.) (2009): Methodenbuch Sozialraum. Lehrbuch. Wiesbaden: VS Verlag.

Deinet, Ulrich/Krisch, Richard (2006): Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Methoden und Bausteine zur Konzeptentwicklung und Qualifizierung. Opladen: Leske und Budrich Verlag, Nachdruck Wiesbaden: VS-Verlag.

Kessl, Fabian/Christian, Reutlinger (2007): Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag.

Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (Hg.) (2008): Schlüsselwerke der Sozialraumforschung. Traditionslinien in Text und Kontexten. Sozialraumforschung und Sozialraumarbeit. Band 1. Wiesbaden: VS-Verlag.

Krisch, Richard (2009): Sozialräumliche Methodik der Jugendarbeit. Aktivierende Zugänge und praxisleitende Verfahren. Weinheim und München: Juventa.

Krisch, Richard (2010): Sozialraumanalyse als Methodik der Jugendarbeit. Online im Internet: <http://www.sozialraum.de/sozialraumanalyse-als-methodik-der-jugendarbeit.php>, [16.03.2010]

Rätz-Heinisch, Regina/Schröer, Wolfgang/Wolff, Mechthild (2009): Lehrbuch Kinder- und Jugendhilfe. Grundlagen, Handlungsfelder, Strukturen und Perspektiven. Weinheim und München: Juventa.

Riege, Marlo/Schubert, Herbert (2002): Einleitung: Zur Analyse sozialer Räume – Ein interdisziplinärer Integrationsversuch. In: Dies. (Hg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Opladen: Leske + Budrich. S. 7 – 58.

Stoik, Christoph (2008): Sozialraumorientierung als theoretische Grundlegung der Sozialen Arbeit. In: Sozialarbeit in Österreich. Nr.: 1/08, Wien: ÖBDS.

Stoik, Christoph (2009): Aktivierende Befragung / Aktivierendes Gespräch. Online im Internet: <http://www.sozialraum.de/aktivierende-befragung-aktivierendes-gespraech.php>, [16.03.2010]

3.7 Soziale Netzwerkarbeit

3.7.1 Kurzfassung

Soziale Netzwerkarbeit versteht sich als lebensweltlich orientiertes Handlungsmodell, das soziale Netzwerke von Menschen hinsichtlich ihrer unterstützenden Potenziale analysiert, gestaltet und ausbaut. Soziale Netzwerke umfassen sowohl Verwandtschafts- und Freundschaftsbeziehungen, als auch Bereiche wie Bildung, Arbeit, Freizeit sowie sozialstaatliche Organisationen und NGOs. Langfristig hat sie eine Stärkung der Selbsthilfepotenziale sozialer Beziehungsgeflechte zum Ziel. Zur Optimierung dieser Unterstützungsfunktionen setzt sie Maßnahmen zum Erhalt, zur Erweiterung, zur Redefinition und zur Sanierung von Netzwerken bzw. zur Stärkung dessen Umfeldes. Somit stellen Netzwerke Machtquellen dar, die aber auch handlungseinschränkend auf (benachteiligte) AkteurInnen wirken können.

Soziale Netzwerkarbeit findet sich vor allem in der Gemeinwesenarbeit und der offenen Jugendarbeit. Sie unterstützt die Entwicklung kollektiver Handlungskompetenzen, wodurch Bedürfnisse und Interessen von Menschen öffentlich diskutier- und verhandelbar werden. Über Soziale Netzwerkarbeit werden auch Ressourcen mobilisiert, die außerhalb von Individuen und deren sozialen Netzwerken liegen und somit auf einen sozialpolitischen Handlungsbedarf hinweisen.

Das angewandte Methodenrepertoire ist breit und umfasst neben Techniken der Soziometrie, individuums- bzw. gruppenzentrierte Beratungstechniken, Moderationsmethoden, Strategien lokaler Vernetzung sowie Methoden zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen. Dieser Ansatz findet auch Anwendung in Hinblick auf die Entstigmatisierung bzw. die Re-Inklusion psychisch kranker Menschen – auch in Hinblick auf deren Präsenz im öffentlichen Raum – und der Organisierung von BürgerInneninteressen.

3.7.2 Langfassung

Soziale Netzwerkarbeit versteht sich als Handlungsmodell, welches, aufbauend auf den Wissensbeständen und Methoden der sozialen Netzwerkforschung der 50er Jahre, soziale Netzwerke von Menschen hinsichtlich ihrer unterstützenden Potenziale analysiert, gestaltet und ausbaut. Langfristig hat sie eine Stärkung der Selbsthilfepotenziale zum Ziel.

Soziale Netzwerkarbeit richtet die Perspektive auf das soziale Beziehungsgeflecht von Menschen und damit auf ihre lebensweltlichen Bezüge. Soziale Netzwerke umfassen sowohl Verwandtschafts- und Freundschaftsbeziehungen als auch Bereiche wie Bildung, Arbeit, Freizeit sowie sozialstaatliche Organisationen und NGOs (vgl. Galuske 1998, 279ff).

Die soziale Netzwerkarbeit geht davon aus, dass lebensnahe Netzwerke über Schutz-, Bewältigungs-, Entlastungs- und Unterstützungsfunktionen verfügen. Damit verbunden ist das Gefühl der sozialen Einbettung und Absicherung, welches sich positiv auf die Befindlichkeit von Betroffenen auswirkt (vgl. ebd. 282).

Die soziale Netzwerkarbeit kennt fünf Strategien zur Optimierung dieser Unterstützungsfunktionen:

1. *die Erhaltung des Netzwerkes*
2. *die Erweiterung des Netzwerkes*
3. *die Redefinition des Netzwerkes durch Vertiefung*
4. *die Sanierung des Netzwerkes (z.B. durch Kontaktabbrüche)*
5. *die Stärkung des Umfeldes des Netzwerkes* (ebd. 284)

Die Methoden der Netzwerkdiagnostik umfassen Techniken der Soziometrie, das Netzwerk-Brett sowie die Netzwerk-Ethnographie. In den Bereichen der Netzwerkintervention und -evaluation kommen individuums- bzw. gruppenzentrierte Beratungstechniken, Moderationsmethoden, Trainings des Hilfesuchenverhaltens, Strategien lokaler Vernetzung, Helfer- bzw. Netzwerkkonferenzen sowie Techniken zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen und der Organisierung von BürgerInneninteressen zum Einsatz (vgl. ebd., 285).

Somit stellen Netzwerke Machtquellen dar, die aber auch handlungseinschränkend auf (benachteiligte) AkteurInnen wirken können.

Dieser Ansatz findet auch Anwendung in Hinblick auf die Entstigmatisierung bzw. die Re-Inklusion psychisch kranker Menschen, auch in Hinblick auf ihre Präsenz im öffentlichen Raum.

Soziale Netzwerkarbeit findet sich vor allem in der Gemeinwesenarbeit und der offenen Jugendarbeit. Sie unterstützt die Entwicklung kollektiver Handlungskompetenzen, wodurch Bedürfnisse und Interessen von Menschen öffentlich diskutier- und verhandelbar werden. Ebenso werden durch die Soziale Netzwerkarbeit auch Ressourcen mobilisiert, die außerhalb von Individuen und deren sozialen Netzwerken liegen, die aber einen sozialpolitischen Handlungsbedarf bei sozialen Ungleichheiten nicht ersetzen können.

Literatur

Bullinger, Hermann/Nowak, Jürgen (1998): Soziale Netzwerkarbeit. Eine Einführung für soziale Berufe. Freiburg im Br.: Lambertus.

Galuske, Michael (1998): Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim und München: Juventa.

Keupp, Heiner (Hg.) (1987): Soziale Netzwerke. Frankfurt am Main: Campus.

3.8 Konfliktbearbeitung

3.8.1 Kurzfassung

Konflikte sind Ausdrucksformen von lebensweltlichen Interessen und Bedürfnissen, Ungleichheiten oder sozialen Problemen und stellen somit Entwicklungstatsachen in einer komplexen, heterogenen, modernen Gesellschaft dar. Konflikte, die im öffentlichen Raum sichtbar werden, können somit als veröffentlichte Entwicklungstatsachen verstanden werden, die auch Grundlagen für neue Formen des Zusammenlebens bieten. Es ist daher erforderlich, diese Konflikte wahrzunehmen und konstruktiv zu bearbeiten, anstatt sie zu verdrängen. Bei der Konfliktbearbeitung geht es aber nicht nur um die Aushandlung von unterschiedlichen Interessen zwischen unmittelbar beteiligten AkteurInnen, sondern auch darum, Interessensgegensätze vertikal im politischen, administrativen und ökonomischen System sichtbar und verhandelbar zu machen. Es ist daher auch Aufgabe Sozialer Arbeit, die Bedeutung gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen für das Entstehen, die Bearbeitung und die Lösung von Konflikten zu thematisieren.

Neben Konfliktbearbeitung, werden auch Begriffe wie Konfliktmanagement und Konfliktlösung verwendet.

Im Rahmen der Konfliktbearbeitung kommen unterschiedliche Methoden zur Anwendung, wie Beratung (bzw. Coaching), Methoden der Gemeinwesenarbeit (u.a. runder Tisch, Hofpalaver, Stiegenhausgespräche und Vernetzungplattformen), Mediation bzw. an Mediation angelehnte Settings, wie Streitschlichtung, sowie bewusste gegenseitige Information aller beteiligten AkteurInnen. Ein wertschätzender Umgang mit allen Beteiligten ist dabei ebenso wichtig, wie die Transparenz in Bezug auf die Rolle der Professionellen.

3.8.2 Langfassung

Konflikte sind Ausdrucksformen von lebensweltlichen Interessen und Bedürfnissen, Ungleichheiten oder sozialen Problemen und stellen somit Entwicklungstatsachen in einer komplexen, heterogenen modernen Gesellschaft dar. Konflikte, die im öffentlichen Raum sichtbar werden, können somit als veröffentlichte Entwicklungstatsachen verstanden werden, die auch Grundlagen für neue Formen des Zusammenlebens bieten. Es ist daher erforderlich, diese Konflikte wahrzunehmen und konstruktiv zu bearbeiten, anstatt sie zu verdrängen. Bei der Konfliktbearbeitung geht es aber nicht nur um die Aushandlung von unterschiedlichen Interessen zwischen unmittelbar beteiligten AkteurInnen, sondern auch darum, Interessensgegensätze vertikal im politischen, administrativen und ökonomischen System sichtbar und verhandelbar zu machen. Es ist daher auch Aufgabe Sozialer Arbeit, die Bedeutung gesellschaftspolitischer Rahmenbedingungen für das Entstehen, die Bearbeitung und die Lösung von Konflikten zu thematisieren.

Im Rahmen der Konfliktbearbeitung kommen unterschiedliche und vielfältige Methoden zur Anwendung, wie Beratung (bzw. Coaching), Methoden der Gemeinwesenarbeit (u.a. runder Tisch, Hofpalaver, Stiegenhausgespräche und Vernetzungplattformen), Mediation, bzw. an Mediation angelehnte Settings, wie Streitschlichtung sowie bewusste gegenseitige Information aller beteiligten AkteurInnen.

Ein wertschätzender Umgang mit allen AkteurInnen ist dabei ebenso wichtig, wie die Transparenz in Bezug auf die Rolle der Professionellen.

In der Praxis werden für die Arbeit und dem Umgang mit Konflikten in der Sozialen Arbeit unterschiedliche Begriffe verwendet. So wird zum Beispiel im Feld der Jugendarbeit von Konfliktmoderation, Konfliktregelung, Vermittlung bei Konflikten, Förderung von alternativen Konfliktlösungsmöglichkeiten usw. gesprochen.

Konflikte werden im territorialen Raum (Stadtteil, Wohnhausanlagen...) sichtbar und sind Ausdruck von Interessensgegensätzen aber auch von sozialen Ungleichheiten und Entwicklungstatsachen.

Daher braucht es eine reflektierte Auseinandersetzung mit den Ursachen, die strukturell bedingt sowie sozialräumliche Eigenheiten sein können. Um zu sozial nachhaltigen Lösungen zu kommen, ist es in der Konfliktarbeit essentiell, die Ressourcen der Menschen und der (Sozial-)Räume zu berücksichtigen.

So können sozialräumliche Strukturen geschaffen werden, die Konfliktbearbeitung immer auch als Beteiligung der lokalen AkteurInnen im Sinn von Identifikation mit ihrem Umfeld und in Bezug auf Teilhabe verstanden werden. So ist ein konstruktiver Umgang mit Konflikten ermöglicht und Lösungen können von den beteiligten oder betroffenen AkteurInnen mitgetragen werden.

Konflikte können auch als Indikator für sozialen Wandel und gesellschaftliche Weiterentwicklung gewertet werden. Um in der Konfliktarbeit Kommunikation im Sinn eines gleichberechtigten Dialogs auf Augenhöhe zu gewährleisten, kommt der Sozialen Arbeit hier die Aufgabe zu, durch Empowerment und Lobbying unterstützend zu wirken und Machtgefälle, aber auch auch Ungleichheitsordnungen zu thematisieren.

Literatur:

Ballreich, Rudi/Glasl, Friedrich (2007): Mediation in Bewegung. Ein Lehr- und Übungsbuch mit Filmbeispielen auf DVD. Stuttgart: Concorda Verlag.

Galuske, Michael (1998): Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim und München: Juventa.

Glasl, Friedrich (1997): Konfliktmanagement. Ein Handbuch für Führungskräfte, Beraterinnen und Berater. 5. Auflage. Bern u.a.: Verlag Freies Geistesleben.

Klammer, Gerda/Geißler, Peter (Hg.) (1999): Mediation. Einblick in Theorie und Praxis professioneller Konfliktregelung. Wien: Falter-Verlag.

Ley, Astrid/ Weitz, Ludwig (2003): Praxis Bürgerbeteiligung. Ein Methodenhandbuch. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit / Agenda Transfer.

Painke, Uwe (2001): Friedens und Konflikterziehung. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied/Kriftel: Luchterhand. S. 630 – 643.

3.9 Soziale Stadtentwicklung – Stadtteilmanagement

3.9.1 Kurzfassung

Soziale Stadtentwicklung stellt eine Verknüpfung zwischen Stadtplanung, Stadterneuerung und Sozialer Arbeit dar. Das Ziel ist, Interessen und Bedürfnisse der lokalen AkteurInnen in die Stadtteilentwicklung einfließen zu lassen und bestehende Ungleichheitsordnungen und Benachteiligungen sozialräumlich zu thematisieren und zu bearbeiten.

Bei der sozialen Stadtentwicklung wird die Stadtentwicklung bzw. Stadterneuerung aus einer interdisziplinären Sicht gestaltet. Planerische Aspekte sollen mit politischen, ökonomischen und sozialen Perspektiven verknüpft werden. Um öffentliche Ressourcen möglichst „passgenau“ für die Entwicklung von Stadtteilen nutzbar zu machen, wird die Kooperation der unterschiedlichen Ressorts bzw. Geschäftsgruppen ebenso angestrebt, wie die Beteiligung der lokalen AkteurInnen. Dazu zählen nicht nur die BewohnerInnen der Stadtteile, sondern auch organisierte Interessensgruppen, Einrichtungen, Organisationen und die lokale Ökonomie. Methoden der Gemeinwesenarbeit werden für die „Aktivierung“ der lokalen AkteurInnen und Beteiligungsprozesse angewendet. Im Sinne einer integrierten Stadtteilentwicklung wird die nachhaltige Etablierung von sich möglichst selbsttragenden Stadtteilstrukturen angestrebt. Kritisch wird dabei gesehen, dass kurze, projektbezogene Laufzeiten der sozialen Stadtprogrammatisierung oft nicht ausreichen um selbst tragende Stadtteilstrukturen zu entwickeln, handelt es sich bei den AdressatInnen doch oft auch um Menschen, die über weniger Handlungsmöglichkeiten verfügen.

Stadtteilmanagement (oder auch Quartiersmanagement bzw. Grätzlmanagement) stellt dabei das Instrument dar, das im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung die Aktivierungs- und Beteiligungsprozesse begleitet. Die Rolle der Sozialen Arbeit dabei ist es, die Beteiligung der Menschen sowie Kommunikationsprozesse zu organisieren, insbesondere in Bezug auf artikulationsschwächere Gruppen, aber auch in Bezug auf die Vermittlung zwischen vielfältigen Interessen.

Im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung werden Stadtteile definiert, die einen erhöhten Entwicklungsbedarf aufweisen. Dieser kann durch strukturelle Benachteiligungen (z.B. sozioökonomische Segregation) oder durch bevorstehende Transformationsprozesse innerhalb des Stadtteils oder in angrenzenden Stadtteilen (z.B. ökonomische Aufwertung, oder demographischer Wandel) begründet sein. Der Gefahr durch Stigmatisierungsprozesse zur weiteren Marginalisierung von als „entwicklungsbedürftig“ identifizierten Gebieten und den darin lebenden Menschen beizutragen, ist im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung gezielt entgegenzuwirken.

3.9.2 Langfassung

Soziale Stadtentwicklung stellt eine Verknüpfung zwischen Stadtplanung, Stadterneuerung und Sozialer Arbeit dar. Das Ziel ist, Interessen und Bedürfnisse der lokalen AkteurInnen in die Stadtteilentwicklung einfließen zu lassen und bestehende Ungleichheitsordnungen und Benachteiligungen sozialräumlich zu thematisieren und zu bearbeiten.

Bei der sozialen Stadtentwicklung wird die Stadtentwicklung bzw. Stadterneuerung aus einer interdisziplinären Sicht gestaltet. Planerische Aspekte sollen mit politischen, ökonomischen und sozialen Perspektiven verknüpft werden. Um öffentliche Ressourcen möglichst „passgenau“ für die Entwicklung von Stadtteilen nutzbar zu machen, wird die Kooperation der unterschiedlichen Ressorts bzw. Geschäftsgruppen ebenso angestrebt, wie die Beteiligung der lokalen AkteurInnen.

Somit wird einerseits die Umgestaltung der Verwaltung (Ressort-übergreifend) ebenso angesprochen, wie auch die Beteiligung der lokalen AkteurInnen. Dazu zählen nicht nur die BewohnerInnen der Stadtteile, sondern auch organisierte Interessensgruppen, Einrichtungen, Organisationen und die lokale Ökonomie. Methoden der Gemeinwesenarbeit werden für die „Aktivierung“ der lokalen AkteurInnen und Beteiligungsprozesse angewendet. Im Sinne einer integrierten Stadtteilentwicklung wird die nachhaltige Etablierung von sich möglichst selbst tragenden Stadtteilstrukturen angestrebt. Kritisch wird dabei gesehen, dass kurze, projektbezogene Laufzeiten der sozialen Stadtprogrammatik oft nicht ausreichen um selbst tragende Stadtteilstrukturen zu entwickeln, handelt es sich bei den AdressatInnen doch oft auch um Menschen, die über weniger Handlungsmöglichkeiten verfügen.

Im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung werden Stadtteile definiert, die einen erhöhten Entwicklungsbedarf aufweisen. Dieser kann durch strukturelle Benachteiligungen (z.B. sozioökonomische Segregation) oder durch bevorstehende Transformationsprozesse innerhalb des Stadtteils oder in angrenzenden Stadtteilen (z.B. ökonomische Aufwertung, oder demographischer Wandel) begründet sein. Der Gefahr durch Stigmatisierungsprozesse zur weiteren Marginalisierung von als „entwicklungsbedürftig“ identifizierten Gebieten und den darin lebenden Menschen beizutragen, ist im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung gezielt entgegenzuwirken. Kritisch zu betrachten ist, wenn durch die Konzentration auf „benachteiligte Stadtteile“, die Verantwortung der Bearbeitung „sozialer Probleme“ auf die Ebene der lokalen AkteurInnen verschoben wird, obwohl diese Probleme nicht lokal verursacht sind (z.B. Segregation, Ressourcenverteilung).

Stadtteilmanagement (oder auch Quartiersmanagement, bzw. Grätzlmanagement) stellt dabei das Instrument dar, das im Rahmen der sozialen Stadtentwicklung die Aktivierungs- und Beteiligungsprozesse begleitet. Die Rolle der Sozialen Arbeit dabei ist es, die Beteiligung der Menschen sowie Kommunikationsprozesse zu organisieren, insbesondere in Bezug auf artikulationsschwächere Gruppen, aber auch in Bezug auf die Vermittlung zwischen vielfältigen Interessen. Dabei geht es nicht nur um die Unterstützung der Beteiligung lokaler AkteurInnen, sondern auch um ein „intermediäres“ Vorgehen, also der Gestaltung von Arrangements, die es ermöglichen, dass die Interessen aus den Stadtteilen in die Entscheidungsstrukturen (kommunale Verwaltung und Politik) transportiert werden und umgekehrt. Eine besondere Herausforderung dabei stellt die Beteiligung derer dar, die über weniger Handlungsmöglichkeiten und Ressourcen verfügen.

Bei der Stabilisierung von Stadtteilen gerät auch die Entwicklung der lokalen Ökonomie zunehmend in den Blick. Der lokalen Ökonomie wird zugeschrieben, dass sie die Nahversorgung sichern kann, aber auch die Standort- und Lebensqualität von Stadtteilen stabilisieren und erhöhen kann. Stadtteilmanagement übernimmt dabei die Aufgabe, lokale AkteurInnen zu vernetzen und zu unterstützen, aber auch alternative Ökonomieformen zu thematisieren und gegebenenfalls zu entwickeln (z.B. Gemeinschaftsgärten, Komplementärwährung, ...).

Literatur:

Alisch, Monika (2001): Stadtteilmanagement. Voraussetzungen und Chancen für die soziale Arbeit. Opladen: Leske+Budrich.

Birkhölzer, Karl (2002): Formen und Reichweite lokaler Ökonomien. In: Ihmig, Harald (Hg.): Wochenmarkt und Weltmarkt. Kommunale Alternativen zum globalen Kapital. Bielefeld: Kleine Verlag. S. 56-64.

Elsen, Susanne (2007): Die Ökonomie des Gemeinwesens. Sozialpolitik und Soziale Arbeit im Kontext von gesellschaftlicher Wertschöpfung und –verteilung. Weinheim: Juventa.

Frey, Oliver (2009): Die amalgame Stadt. Orte. Netze. Milieus. Wiesbaden: VS-Verlag.

Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe/Ziegler, Holger (2002): Einschließen oder aufmachen? Der Raum, sein Kapital und deren Nutzer. In: Schubert, Herbert/Riege, Marlo (Hg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Opladen: Leske + Budrich. S. 177 – 190.

Krummacher, Michael/ Kulbach, Roderich/Waltz, Viktoria/ Wohlfahrt, Norbert (2003): Soziale Stadt – Sozialraumentwicklung – Quartiersmanagement. Opladen: Leske+Budrich.

Läpple, Dieter/Walter, Gerd (2003): Lokale Ökonomie. Arbeiten und produzieren im Stadtteil. In: Stadtbauwelt 157. S. 24–33.

Litges, Gerhard/Lüttringhaus, Maria/Stoik, Christoph (2005): Quartiersmanagement. In: Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer Susanne/Frey, Oliver (Hg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS-Verlag. S. 559-576.

Munsch, Chantal (Hg.) (2003): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Weinheim/ München: Juventa.

3.10 lokal, regional, Grätzel, Stadtteil

3.10.1 Kurzfassung

Zur Bezeichnung von Räumen werden viele verschiedene Begriffe verwendet: Lokaler Raum, Grätzel, Stadtteil, Region u.ä. Sie beziehen sich meist auf unterschiedlich scharf abgegrenzte territoriale bzw. physische Raumeinheiten. Eine genaue Unterscheidung der Kategorien ist aufgrund der unsystematischen Begriffsverwendung kaum möglich. In einer vorläufigen Darstellung kann das Lokale als kleinräumigere Bezugsgröße und die Region als großräumigere Bezugsgröße bestimmt werden. Das Grätzel und der Stadtteil sind dabei eher einer lokalen Ebene zuzuordnen, während sich der Bezirk zwischen den Bezugsgrößen „lokal“ und „regional“ einordnen lässt. Die Region wird im Rahmen von Regionalforen mit dem Bezirk gleichgesetzt bzw. zum Teil sogar nur auf einzelne Bezirksteile bezogen. In anderen Kontexten wird sie hingegen als bezirksübergreifend bzw. sogar als Stadtgrenzen überschreitend verstanden (z.B. Stadtumlandregion).

Vor dem Hintergrund eines sozialräumlich-reflexiven und diversitätsorientierten sozialarbeiterischen Handlungsansatzes sind diese begrifflichen Unschärfen jedoch von nachrangiger Bedeutung. Der soziale Raum wird in dieser Konzeption zum einen nicht auf seine physische Bedeutung eingeschränkt. Zum anderen wird er als Kategorie verstanden, deren qualitative und quantitative Dimensionen immer nur in der konkreten professionellen Handlungssituation bestimmt werden können. Sie wird damit durch die lebensweltlichen Deutungen der AdressatInnen sozialer Arbeit, durch das soziale Phänomen, welches als Gegenstand der sozialarbeiterischen Intervention bestimmt wird, sowie durch die fachliche Einschätzung der/s sozialarbeiterischen Expertin bzw. Experten bestimmt. Geht es beispielsweise um die Bearbeitung von nahräumlichen Mobilitätsdefiziten oder konkreten Konflikten im Zusammenleben innerhalb einer Wohnhausanlage bzw. auf öffentlichen Plätzen, so ist verstärkt der lokale Raum in den Blick zu nehmen. Handelt es sich jedoch um Fragen der Organisation sozialer Dienstleistungen (z.B. im Bezug auf den Zugang zum Arbeitsmarkt), so muss die gesamte Stadt als Bezugsrahmen herangezogen werden.

3.10.2 Langfassung

Begriffe wie Lokaler Raum, Grätzel, Stadtteil, Region u.ä. beziehen sich meist auf unterschiedlich scharf abgegrenzte territoriale bzw. physische Raumeinheiten. Eine genaue Unterscheidung der Kategorien ist aufgrund der unsystematischen Begriffsverwendung kaum möglich. In einer vorläufigen Darstellung kann das Lokale als kleinräumigere und die Region als großräumigere Bezugsgröße bestimmt werden. Das Grätzel, und der Stadtteil sind dabei eher einer lokalen Ebene zuzuordnen, während sich der Bezirk zwischen den Bezugsgrößen „lokal“ und „regional“ einordnen lässt. Die Region wird im Rahmen von Regionalforen mit dem Bezirk gleichgesetzt bzw. zum Teil sogar nur auf einzelne Bezirksteile bezogen. In anderen Kontexten wird sie hingegen als bezirksübergreifend bzw. sogar als Stadtgrenzen überschreitend verstanden (z.B. Stadtumlandregion). Der Begriff des Grätzels spricht darüber hinaus die emotionale Verbundenheit mit einem Stadtteil in Form einer lebendigen Identifikation der BewohnerInnen mit ihrem lokalen Lebensumfeld, an.

Vor dem Hintergrund eines sozialräumlich-reflexiven und diversitätsorientierten Handlungsansatzes der Sozialen Arbeit sind diese begrifflichen Unschärfen jedoch von nachrangiger Bedeutung. Indem von menschlichen Handlungsräumen und -möglichkeiten ausgegangen wird, sind räumliche Zuordnungen einer beständigen Veränderung unterworfen. Dies erklärt sich einerseits durch die wechselnden und heterogenen Bedeutungszuschreibungen der AdressatInnen Sozialer Arbeit, als auch durch die professionellen Einschätzungen der sozialarbeiterischen ExpertInnen. Erst im Zuge einer sozialräumlichen Analyse wird es möglich, die relevanten Dimensionen des sozialen Raumes zu erheben und zu bewerten. Diese werden, neben den lebensweltlichen Deutungen der Menschen, immer auch politische, ökonomische und sozio-strukturelle Aspekte beinhalten.

Geht es beispielsweise um die Bearbeitung von konkreten Konflikten im Zusammenleben innerhalb einer Wohnhausanlage, so ist einerseits verstärkt der lokale Raum und seine baulichen Eigenschaften, die vorhandenen Nutzungsformen und -bedürfnisse, die verschiedenen Problemsichten der BewohnerInnen u.ä. in den Blick zu nehmen. Zugleich sind jedoch auch gesamtstädtische Dimensionen und Prozesse wie räumliche Segregation, die soziale Schließung von Stadtvierteln, Fragen der Mobilität, ökonomische Ressourcenverteilungen u.ä. in der professionellen Tätigkeit zu berücksichtigen.

3.11 Regionalforen und Vernetzungsforen

3.11.1 Kurzfassung

Regionalforen gibt es in fast allen Bezirken Wiens. Neben dem Begriff „Regionalforum“ ist auch die Bezeichnung „Regionalteam“ geläufig.

Sie beziehen sich meist auf den ganzen Bezirk, manchmal auch nur auf Bezirksteile bzw. arbeiten bezirksübergreifend. Die Bezeichnung „regional“ ist in diesem Zusammenhang nicht im geographischen Sinn gemeint, sondern ein Wienspezifisch etablierter Terminus. Sie stellen offene Plattformen dar, die eine unterschiedliche Entstehungsgeschichte haben. Teilweise wurden sie von der professionellen Sozialen Arbeit selbstorganisiert ins Leben gerufen, aber auch von Bezirksvorstehungen initiiert.

TeilnehmerInnen dieser Vernetzungsforen sind vor allem soziale, sozialpsychiatrische und soziokulturelle Einrichtungen im Bezirk, aber auch Bezirkspolitik und Polizei. Durch koordinierte Vernetzung werden Informationen ausgetauscht, unterschiedliche Felder der Sozialen Arbeit im Bezirk thematisiert und neue Entwicklungen gemeinsam reflektiert.

Vernetzungsforen sind themen- und zielgruppenspezifische Foren, die in den Bezirken oder bezirksübergreifend agieren, wie beispielsweise die Wiener Kinder- bzw. Jugendplattform, das KiJu-Netzwerk, Vernetzungsplattformen der SeniorInneneinrichtungen etc.

3.11.2 Langfassung

Regionalforen gibt es in fast allen Bezirken Wiens. Neben dem Begriff „Regionalforum“ ist auch die Bezeichnung „Regionalteam“ geläufig.

Sie beziehen sich meist auf den ganzen Bezirk, manchmal auch nur auf Bezirksteile bzw. arbeiten bezirksübergreifend. Die Bezeichnung „regional“ ist in diesem Zusammenhang nicht im geographischen Sinn gemeint, sondern ein Wien-spezifisch etablierter Terminus. Sie stellen offene Plattformen dar, die eine unterschiedliche Entstehungsgeschichte haben. Teilweise wurden sie von der professionellen Sozialen Arbeit selbstorganisiert ins Leben gerufen, aber auch von Bezirksvorstehungen initiiert.

TeilnehmerInnen dieser Vernetzungsforen sind vor allem soziale, sozialpsychiatrische und soziokulturelle Einrichtungen im Bezirk, aber auch Bezirkspolitik und Polizei. Durch koordinierte Vernetzung werden Informationen ausgetauscht (unter Berücksichtigung des Datenschutzgesetzes und dem sensiblen Umgang mit personenbezogenen Informationen), unterschiedliche Felder der Sozialen Arbeit im Bezirk thematisiert und neue Entwicklungen gemeinsam reflektiert.

Oft kann so Soziale Arbeit zielgerichteter und nachhaltiger auf soziale Problemlagen reagieren, Ressourcen bündeln und auf diese zurückgreifen. Regionalforen übernehmen auch die Aufgabe, auf problematische Entwicklungen hinzuweisen. Aus dieser Vernetzung heraus entstehen so auch immer wieder Kooperationsprojekte, die einen aktiven Beitrag zur Gestaltung des Gemeinwesens leisten.

Durch koordinierte Vernetzung werden Informationen ausgetauscht, unterschiedliche Felder der Sozialen Arbeit im Bezirk thematisiert und neue Entwicklungen gemeinsam reflektiert. Manche Regionalforen setzen ganz gezielt an ihnen im Bezirk bekannten Problemlagen und Ungleichheiten an und versuchen dahingehend Projekte zu entwickeln. Regionalforen übernehmen auch die Aufgabe, auf problematische Entwicklungen hinzuweisen.

Oft kann so Soziale Arbeit zielgerichteter und nachhaltiger auf soziale Problemlagen reagieren, gemeinsame Ressourcen erkennen und auf diese zurückgreifen. Aus dieser Vernetzung heraus entstehen so auch immer wieder Kooperationsprojekte, die einen aktiven Beitrag zur Gestaltung des Gemeinwesens leisten.

Vernetzungsforen sind themen- und zielgruppenspezifische Foren, die in den Bezirken oder bezirksübergreifend agieren, wie beispielsweise die Wiener Kinderplattform, die Wiener Jugendplattform und das KiJu-Netzwerk oder Vernetzungsplattformen der SeniorInneneinrichtungen oder Foren.

Bei Kinder- und Jugendplattformen kommen meist mehrmals im Jahr im Bezirk oder bezirksübergreifend Kinder- und Jugendeinrichtungen zusammen, um die neuesten Entwicklungen zu besprechen und gegenseitig Informationen auszutauschen.

Bei Vernetzungstreffen der SeniorInneneinrichtungen tauschen sich Einrichtungen aus, die ihr Angebot an ältere Menschen richten, und reflektieren gemeinsam Ressourcen und Ansätze ihrer Arbeit.

Foren, die sich mit der Frage des interreligiösen Dialogs auseinander setzen wurden auf Initiative von Einzelpersonen hin, aber auch von sozialen Einrichtungen, Bezirkseinrichtungen oder Glaubensgemeinschaften initiiert. Ein wichtiges Anliegen ist, die verschiedenen Glaubensgemeinschaften zu einem Dialog zusammen zu führen und vor allem die Gemeinsamkeiten der Religion und Glaubensrichtungen zu betonen.

In vielen Bezirken gibt es auch Vereinsplattformen zum Thema Integration und Diversität. An diesen nehmen unterschiedliche Vereine im Bezirk/der Region teil, pflegen Kontakte, tauschen Informationen aus, oder entwickeln gemeinsam Projekte, um so am Geschehen im Bezirk/der Region stärker zu partizipieren. Immer wieder werden durch die aktive Zusammenarbeit gemeinsame Projekte entwickelt, die einen wichtigen Beitrag in Bezug auf das Zusammenleben im Bezirk leisten.

Auch die Parkbetreuungseinrichtungen sind in einem eigenen Vernetzungforum organisiert, wo die Fragen und Inhalte dieses Arbeitsfeldes thematisiert werden.

Im Bereich der Gemeinwesenarbeit werden im Rahmen des Wiener Vernetzungsfrühstücks Erfahrungen ausgetauscht und neue Entwicklungen reflektiert. Diese Plattform ermöglicht es Menschen aus der Praxis der Gemeinwesenarbeit in selbst organisierter Form Erfahrungen austauschen und neue Entwicklungen zu besprechen.

Regionalforen und Vernetzungsforen tragen dazu bei, den wichtigen Informationsaustausch auf der AkteurInnenebene zu gewährleisten. So können gegebenenfalls Ressourcen zugänglich gemacht, Ungleichheiten thematisiert und gemeinsame Handlungsansätze zum Tragen kommen. Die Annäherung und das Miteinander der zivilgesellschaftlichen AkteurInnen ist ein wichtiges Potential in einer globalen Stadtgesellschaft. Regional- und Vernetzungsforen sind in dieser Hinsicht Verfahren, die einem strukturierten, zielgerichteten Austausch dienen und Handlungsoptionen aufzeigen und erweitern.

Literatur:

Schnee, Renate (2000): Immunsystem der Stadt. Regionalteams in Wien: informelle Vernetzung soziokultureller Einrichtungen. In: Roessler, Marianne/Schnee, Renate/Spitzky, Christine/Stoik, Christoph (Hg.): Gemeinwesenarbeit. Bürgerschaftliches Engagement. Eine Abgrenzung. Wien: Verlag des ÖGB. S. 97-112.

Stoik, Christoph (2009): Wiener Gemeinwesenarbeit am Scheideweg. Wiener Ausprägungen zwischen Emanzipation und lokaler Steuerung. In: Sing, Eva/Heimgartner, Arno (Hg.): Gemeinwesenarbeit in Österreich. Graz. Grazer Universitätsverlag, S. 33-54.

3.12 Mehrfach- und Zwischennutzung

3.12.1 Kurzfassung

Durch Mehrfachnutzung und Zwischennutzung gelingt es, Räume – zumeist temporär – für möglichst viele Bevölkerungsgruppen zu öffnen. Dies wird entweder durch die parallele zeitlich gestaffelte Nutzung von Räumen durch mehrere Zielgruppen (Mehrfachnutzung), oder die Bespielung von nicht genutzten oder zwischenzeitlich ungenutzten Orten (Zwischennutzung) erreicht. So kann ein zusätzliches Raumangebot, auch im Sinne einer Erweiterung des öffentlichen Raums, geschaffen werden.

Beispiele für Mehrfachnutzung sind Schulturnhallen, welche abends Vereinen oder betreuten Jugendgruppen zur Verfügung stehen oder Schulfreiflächen, die nach der Schulnutzung für die Wohnumgebung geöffnet werden.

Zwischennutzungen können durchaus auch Areale mit fremdem Grundeigentum betreffen. So können Baulücken als temporäre Spiel- und Sportmöglichkeiten die Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche erweitern. Neben den outdoor-Aktivitäten gewinnen auch indoor facilities z.B. für Jugendarbeit und kulturelle Zwischennutzungen an Bedeutung.

Die Mehrfach- und Zwischennutzung hat für die Soziale Arbeit im öffentlichen Raum eine besondere Bedeutung, weil Räume für bestimmte Gruppen zugänglich gemacht werden können, deren Handlungsräume damit erweitert und die Aushandlung von unterschiedlichen Interessenslagen neu gestaltet werden kann.

3.12.2 Langfassung

Durch die strukturierte und dichte Bebauung von Städten ist Freiraum bzw. öffentlicher Raum nur in begrenztem Ausmaß vorhanden.

So haben beispielsweise Kinder und Jugendliche in bebauten Städten oft nur wenige Möglichkeitsräume, die vielgestaltige Nutzung offen lassen, da die meisten Flächen durch funktionale Zuschreibungen von Erwachsenen definiert sind. Gerade den Jugendlichen fehlen oft Freiräume, die sie selber gestalten und umdefinieren können. Die so entfaltenen Raumerfahrungen beinhalten Bildungschancen und Partizipationserfahrungen, die essentiell für ihre Entwicklung sind (vgl. Kleedorfer 1999, Krisch 2009).

Öffentlichen Orten sind oftmals ganz spezifische Nutzungsformen zugeschrieben. Öffentliche und halböffentliche Räume wie zum Beispiel Sportplätze, Schulen sind aufgrund einer ganz bestimmten Definition nur einer spezifischen Zielgruppe zugänglich.

Mehrfachnutzung ist der Versuch, Räume auch für andere Bevölkerungsgruppen zu öffnen. Es wird seitens der Sozialen Arbeit der Blick darauf gerichtet, ob man diese Räume, welchen temporär eine vordefinierte Nutzung durch bestimmte Institutionen vorbehalten ist, auch anderen, mitunter benachteiligten Zielgruppen zur Verfügung stellen kann.

Soziale Arbeit geht davon aus, dass Räume ganz spezifische sozialökologische Qualitäten (vgl. Böhnisch/Münchmeier 1993; Deinet 2005; Krisch 2009) als Freizeit-, Erlebnis-, Lern- und Erfahrungsorte haben.

Durch Mehrfachnutzung und Zwischennutzung gelingt es, Räume – zumeist temporär – für möglichst viele Bevölkerungsgruppen zu öffnen. Dies wird entweder durch die parallele, zeitlich gestaffelte Nutzung von Räumen durch mehrere Zielgruppen (Mehrfachnutzung), oder die Bespielung von nicht genutzten oder zwischenzeitlich ungenutzten Orten (Zwischennutzung) erreicht. So kann ein zusätzliches Raumangebot, auch im Sinne einer Erweiterung des öffentlichen Raums, geschaffen werden.

Beispiele für Mehrfachnutzung sind Schulturnhallen, welche abends Vereinen oder betreuten Jugendgruppen zur Verfügung stehen oder Schulfreiflächen, die nach der Schulnutzung für die Wohnumgebung geöffnet werden.

Zwischennutzungen können durchaus auch Areale mit fremdem Grundeigentum betreffen. So können Baulücken als temporäre Spiel- und Sportmöglichkeiten die Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche erweitern. Neben den outdoor-Aktivitäten gewinnen auch indoor facilities z.B. für Jugendarbeit und kulturelle Zwischennutzungen an Bedeutung.

Die Mehrfach- und Zwischennutzung hat für die Soziale Arbeit im öffentlichen Raum eine besondere Bedeutung, weil Räume für bestimmte Gruppen zugänglich gemacht werden, wodurch die Aushandlung von unterschiedlichen Interessenslagen neu gestaltet werden kann.

Tendenziell zu beobachten ist, dass Mehrfachnutzung häufig im Jugendbereich angestrebt wird, während Zwischennutzung oft in der gemeinwesenorientierten Arbeit eine Rolle spielt. Mehrfachnutzung und Zwischennutzung hat viel mit Vertrauen in Selbstorganisationsprozesse zu tun, da es einen hohen Grad an Verantwortungsbewusstsein aller AkteurInnen voraussetzt. Wenn Räume in mehrfach- und zwischengenutzter Form bespielt werden, meint dies z.B. die Sporthalle der Schule den Jugendlichen aus dem Jugendzentrum zur Verfügung zu stellen, den Keller des Amtshaus als Proberaum zu nutzen, ein altes Schwimmbad im Zeitraum der Bezirksfestwochen in Form einer Künstlerinitiative zu beleben oder den Schulhof auch als Park öffentlich zugänglich für das gesamte Gemeinwesen zu machen.

Durch laufende Vernetzungsarbeit und dem Herstellen und Pflegen von neuen Kontakten zu unterschiedlichsten Akteuren wie unterschiedlichen Ressorts der Stadtverwaltung, sozialen und soziokulturellen Einrichtungen, Vereinen und Einzelpersonen werden neue Freiräume mit ihren ganz speziellen Raumqualitäten erschlossen.

Mehrfachnutzung versucht einer Ungleichverteilung von Ressourcen entgegenzuwirken. Daher muss der Begriff Mehrfachnutzung immer als eine Erweiterung von Handlungsräumen gedacht werden, da sonst die Gefahr der Reduktion von räumlichen Ressourcen besteht und Ungleichheiten weiter bestehen bleiben. Mehrfachnutzung und Zwischennutzung vorhandener bzw. nicht entsprechend genutzter Freiräume reagiert auf eine Knappheit städtischer Freiräume, ersetzt jedoch keinesfalls die Flächensicherung, Planung, Errichtung und Pflege neuer Parks und Sportanlagen.

Einer eindimensionalen Funktionalität der Nutzung von Räumen wird hier durch einen erweiterten Ansatz im Sinne der Diversitätsorientierung entgegen gewirkt. Im Sinne des Diversitätsblickwinkels sind Mehrfachnutzung und Zwischennutzung von Räumen eine Strategie, Räume zu öffnen und Handlungsoptionen zu erweitern.

Literatur

MA 18 Stadtentwicklung und Stadtplanung. Projektkoordination Mehrfachnutzung (Hg.): „einfach-mehrfach“ – Ein strategisches Projekt der Stadt Wien. Online im Internet: <http://www.einfach-mehrfach.wien.at> [17.2.2010] und <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/mehrfachnutzung/> [14.5.2010]

Kleedorfer, Jutta: Partizipation – gibt's das schon? In: Verein Wiener Jugendzentren (Hg.) (1999): Sozialpädagogik und Jugendarbeit im Wandel – auf dem Weg zu einer lebensweltorientierten Jugendförderung. Wissenschaftliche Reihe, Band I. Wien, S. 167-170.

Kleedorfer, Jutta (2006): einfach – mehrfach. Ein strategisches Projekt der Stadt Wien. In: MA 18 Stadtentwicklung und Stadtplanung. Projektkoordination Mehrfachnutzung (Hg.): Beiträge zur Stadtentwicklung – Publikationen. Online im Internet: <http://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/publikationen/beitraege.html> [12.5.2010]

Krisch, Richard (2009): Sozialräumliche Methodik der Jugendarbeit. Aktivierende Zugänge und praxisleitende Verfahren. Weinheim/München: Juventa.

Deinet, Ulrich (2005): „Aneignung“ und „Raum“ – zentrale Begriffe des sozialräumlichen Konzepts. In: Deinet, Ulrich (Hg.): Sozialräumliche Jugendarbeit. Grundlagen, Methoden und Praxiskonzepte. 2. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag, S. 27-57.

Böhnisch, Lothar/Münchmeier, Richard (1993): Pädagogik des Jugendraums. Zur Begründung und Praxis einer sozialräumlichen Jugendpädagogik. 2. Auflage. Weinheim und München: Juventa.

4. Sozialpädagogische/sozialarbeitstheoretische Einbettungen

Unter „Sozialpädagogische/sozialarbeits-theoretische Einbettung“ werden Begriffe definiert, welche in der aktuellen Diskussion die theoretische Grundlage der professionellen Handlungskonzepte aus der Perspektive der Sozialen Arbeit darstellen. Sie definieren Grundprinzipien der Sozialen Arbeit, die den theoretischen Grundkonzepten, aber auch den professionellen Handlungsebenen zugrunde liegen.

4.1 Emanzipation

4.1.1 Kurzfassung

Emanzipation meint einerseits das Einfordern von Rechten, welche sich durch die Zugehörigkeit zu einem bürgerlichen Staat ergeben. Andererseits wird damit das Bestreben nach Unabhängigkeit von den vielfältigen Formen alltäglicher Zwänge und Unterwerfungen bezeichnet. Emanzipation, gleich welcher Form, ist dabei jedoch immer eine Bewegung, welche vom Menschen selbst kommt und weder in Stellvertretung vollzogen noch einseitig verordnet werden kann.

Im Brennpunkt einer „emanzipatorischen“ (befreienden) Analyse stehen einerseits gesellschaftliche (Ungleichheits)gefüge, wie sie beispielsweise in Politik, Wirtschaft und Geschlechterverhältnissen anzutreffen sind. Andererseits werden auch die durch Sozialisation entstandenen Zwangsverhältnisse des einzelnen Menschen in den Blick genommen.

Im Rahmen der Sozialen Arbeit wird dabei Klärungshilfe und Unterstützung im Prozess der Selbstermächtigung bzw. des Empowerments ihrer AdressatInnen geleistet, indem sie gemeinsam mit ihnen reflexive Räume der Selbst- und Fremderfahrung öffnet, Ressourcen vermittelt und neue Handlungsmöglichkeiten und Erfahrungshorizonte erschließt. Es obliegt hierbei der fachlichen Einschätzung, inwiefern entsprechende Prozesse im Rahmen einer gesellschaftlichen Öffentlichkeit zu inszenieren sind, innerhalb der die selbstbestimmte Artikulation von Anliegen und Interessen ein zentrales Element der Selbstermächtigung darstellen kann. Oder ob es viel mehr geschützter Bereiche bedarf, welche einen zeitweiligen Schutz vor gesellschaftlichen Zuschreibungen und Erwartungshaltungen bieten (z.B. Schutz vor Öffentlichkeit für eine bestimmte Gruppe, z.B. Wohnungslose, Punks, damit eine öffentliche Stigmatisierung verhindert wird).

4.1.2 Langfassung

Der Diskurs der Emanzipation ist stets mit dem Reflektieren gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsbedingungen verbunden. Seine aus der römischen Antike herrührende und noch heute zutreffende Bedeutungsdimension der Befreiung setzt einen Zustand der Unfreiheit voraus, in welcher sich der Mensch befindet (vgl. Maurer 2001, 373).

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wird darüber hinaus zwischen politischer und menschlicher Emanzipation unterschieden. Erstere meint das Einfordern von Rechten, welche sich durch die Zugehörigkeit zu einem bürgerlichen Staat ergeben. Da damit jedoch lediglich eine stark beschränkte Form von Freiheit gefasst wird, wurde von der politischen, die menschliche Emanzipation unterschieden. Letzere meint eine Autonomie von allen Arten alltäglicher Zwänge und Unterwerfungen (vgl. Böhnisch/Schröer 2007, 178). Emanzipation, gleich welcher Form, ist dabei jedoch immer eine Bewegung, welche vom Subjekt selbst definiert ist und weder in Stellvertretung vollzogen noch einseitig verordnet werden kann. Die Beantwortung der Fragen, wovon die Befreiung erfolgt, wie sie durchgeführt wird und welcher Zustand am Ende dieser Bewegung erreicht wird – ja ob der Prozess der Emanzipation überhaupt abgeschlossen werden kann, sind unmittelbar mit den zu Grunde gelegten Gesellschaft- und Subjektkonzeptionen verbunden (vgl. Maurer 2001, 373). Diese bedingen auch, ob der Analysefokus stärker auf Aspekten der gesellschaftlichen Subjektconstitution oder der subjektiven Selbststeuerung liegt und innerhalb welcher gesellschaftlichen Bereiche (z.B. Ökonomie, Religion, Technik usw.) die maßgeblichen Formen der Unterwerfung verortet werden.

Eine emanzipatorische Konzeption sozialer Arbeit kann als Klärungshilfe und als Unterstützung im Prozess der Befreiungsbemühungen ihrer AdressatInnen fungieren, indem sie reflexive Räume der Selbst- und Fremderfahrung öffnet, Ressourcen vermittelt und neue Handlungsmöglichkeiten und Erfahrungshorizonte erschließt. Es obliegt hierbei ihrer fachlichen Einschätzung, in wie fern entsprechende Prozesse im Rahmen einer gesellschaftlichen Öffentlichkeit zu inszenieren sind, innerhalb der die selbstbestimmte Artikulation von Anliegen und Interessen ein zentrales Element der Selbstermächtigung darstellen kann. Oder ob es viel mehr geschützter Bereiche bedarf, welche eine temporäre Aufhebung gesellschaftlicher Zuschreibungen und Erwartungshaltungen offerieren z.B. Schutz vor Öffentlichkeit für eine bestimmte Gruppe, z.B. MigrantInnen, Wohnungslose, Punks, damit eine öffentliche Stigmatisierung verhindert wird.

Literatur

Böhnisch, Lothar/Schröer, Wolfgang (2007): Politische Pädagogik. Eine problemorientierte Einführung. Weinheim und München: Juventa.

Maurer, Susanne (2001): Emanzipation. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik Neuwied, Kriftel: Luchterhand. S. 373 – 384.

4.2 Lebensweltorientierung

4.2.1 Kurzfassung

Die Lebenswelt wird als Ort eigensinniger und zu respektierender Lebensarrangements und als Raum der Autonomie und der Selbstgestaltung des Alltags begriffen. Sie fungiert damit als Gegenbegriff zu einem expertokratisch vorgeschlagenem Muster der Lebensführung. Der Mensch wird im Kontext seiner Lebensumwelt verstanden, die immer auch durch gesellschaftliche Strukturen und ungleiche Ressourcenverteilungen bestimmt ist.

Der lebensweltorientierte Ansatz Sozialer Arbeit schwankt stets zwischen einer akzeptierenden Haltung gegenüber den lebensweltlichen Deutungen der Menschen, und einem kritischen Hinterfragen dieser Deutungen zur Erweiterung von Handlungsspielräumen. Dadurch werden Menschen im Sinne einer Hilfe zur Selbsthilfe bei ihren individuellen Versuchen der Lebensbewältigung unterstützt. Lebensweltorientierung stellt somit eine Grundlage der sozialen Arbeit in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Gemeinwesenarbeit und der Aufsuchenden Sozialen Arbeit dar, da Alltagswelten und Lebenswelten immer einen wesentlichen Ausgangspunkt der Sozialen Arbeit darstellen. Eine zuerst auch respektierende Haltung ist dabei die Folge, die Einbeziehung der Betroffenen in die Bearbeitung sozialer Probleme eine weitere wesentliche Konsequenz.

Soziale Arbeit in öffentlichen Räumen sieht sich aus einer lebensweltorientierten Perspektive vor allem mit dem Umstand konfrontiert, dass Menschen Räume, abhängig von ihren lebensweltlichen Bezügen, unterschiedlich wahrnehmen, mit verschiedenen Deutungen versehen und unterschiedlich nutzen.

4.2.2 Langfassung

Lebensweltorientierung, als ein Konzept sozialer Arbeit, war in ihrer Entstehung eine kritische Antwort auf expertokratische und sozialdisziplinierende Momente eines expandierenden Wohlfahrtsstaates (vgl. Grunwald/Thiersch 2001, 1136f). Als zentralen Begriff führte sie jenen der Lebenswelt ein. Diese „[...] wird als Gegenwelt zu gesellschaftlichen Enteignungsprozessen gesehen, als Ort eigensinniger und zu respektierender Lebensarrangements, als Ort einer notwendigen Destruktion pseudokonkreter Bewältigungsmuster und als Ort von Autonomie und Selbstgestaltung des Alltags.“ (ebd., 1138f).

Das Konzept der Lebensweltorientierung orientiert sich an einer phänomenologischen Theorettradition, welche das Subjekt immer erst in seiner Einbettung in eine konkrete Umwelt fasst und zwischen verschiedenen, funktional und inhaltlich abgrenzbaren Lebensfeldern wie Familie, Arbeit u.ä. unterscheidet.

Es versteht sich auch als historisch und sozial konkretes Konzept, welches die erfahrbare Wirklichkeit durch gesellschaftliche Strukturen bestimmt sieht, welche zu ungleichen Ressourcenverteilungen führen können. Zuletzt wird es von einer normativ-kritischen Überzeugung geleitet, welche lebensweltlichen Deutungen einerseits akzeptierend gegenübersteht, und sie zugleich hinsichtlich erweiterter Handlungsspielräume kritisch hinterfragt bzw. destruiert (vgl. ebd., 1139f).

Für das Handeln der Sozialen Arbeit bedeutet dies, dass sie Menschen in ihren raumzeitlichen Bezügen wahrnimmt. Soziale Arbeit in öffentlichen Räumen sieht sich dadurch mit dem Umstand konfrontiert, dass Menschen Räume, abhängig von ihren lebensweltlichen Bezügen, unterschiedlich wahrnehmen und nutzen. Das Konzept richtet darüber hinaus seine Aufmerksamkeit insbesondere auf alltägliche und unauffällige Bewältigungsaufgaben und versucht durch Hilfe zur Selbsthilfe und Empowerment Menschen in ihren individuellen Versuchen der Lebensbewältigung zu unterstützen (vgl. ebd., 1141).
Für die Organisation sozialer Dienste bedeutet ein lebensweltorientierter Ansatz vor allem die Rücksichtnahme auf eine ausreichende Alltagsnähe ihrer Angebote. Dies umfasst sowohl eine gute Erreichbarkeit, eine ausreichende Niederschwelligkeit im Sinne des Abbaus möglicher Zugangshürden sowie einer ganzheitlichen Ausrichtung der Angebote (vgl. ebd., 1143).

Literatur

Grunwald, Klaus/Thiersch, Hans (2001): Lebensweltorientierung. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik Neuwied, Kriftel: Luchterhand. S. 1136 – 1148.

Thiersch, Hans (2005): Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Weinheim und München: Juventa.

4.3 Lebensbewältigung

4.3.1 Kurzfassung

Der sozialpädagogische Ansatz der Lebensbewältigung bezieht sich auf den gegenwärtigen Strukturwandel der Gesellschaft, der sich über die Freisetzung der Menschen aus normierten Lebensvollzügen charakterisiert. Die Entgrenzung der Lebenssituationen führt zur Notwendigkeit der Bewältigung unübersichtlicher und brüchiger Lebenskonstellationen die sich als subjektiven Prozess des Strebens nach biografischer Handlungsfähigkeit beschreiben lässt. In diesem laufen drei Bewältigungsdimensionen aufeinander zu, nämlich „das Verlangen nach einem stabilem Selbstwert, entsprechender sozialer Anerkennung und nach Erfahrungen von Selbstwirksamkeit (als dem Gefühl etwas bewirken, seine Handlungen kontrollieren und etwas erreichen zu können).“ Dies ist auf das Erlangen eines psychosozialen Gleichgewichts und der damit verbundenen subjektiven Erfahrung von Handlungsfähigkeit ausgerichtet.

Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Ungleichheit zeichnet sich die Lebenslage vieler Kinder, Jugendlicher und Erwachsener in unserer Gesellschaft durch begrenzte Handlungsspielräume und die Nichtanerkennung von Bedürfnissen aus. Durch den Bewältigungsdruck jenseits von sozialen Sicherheiten sind benachteiligte Personengruppen besonders auf soziale Räume und Beziehungen in ihrer Lebensbewältigung verwiesen. Soziale Arbeit versucht Ressourcen der Lebensbewältigung, durch die Förderung von Bewältigungsumwelten, in denen sich Strukturen zur Selbstwertschöpfung, Erlangung von Anerkennung und Entwicklung sozial gerichteter Selbstwirksamkeit herausbilden können, anzubieten. Gerade im Kontext des öffentlichen Raumes hat Soziale Arbeit die Aufgabe Formen der Beteiligung, der Anerkennung, der Teilhabe zu fördern, die unter der Perspektive der Lebensbewältigung als Ressource zur Erweiterung der biografischen Handlungsfähigkeit gesehen werden können.

4.3.2 Langfassung

Der in der neueren sozialpädagogischen Diskussion bedeutsam gewordene Ansatz Lebensbewältigung (vgl. Böhnisch/Schefold 1985, Böhnisch 2005) umschreibt „den subjektiven Prozess des Suchens nach Lebensentfaltung in einer Welt der Unübersichtlichkeit“ (Krafeld 2000:12): „(Lebens-)Bewältigung meint ... das Streben nach subjektiver Handlungsfähigkeit in Lebenskonstellationen, in denen das psychosoziale Gleichgewicht – als Zusammenspiel von positivem Selbstwertgefühl, sozialer Anerkennung und erfahrbarer Selbstwirksamkeit – gefährdet ist.“ (Arnold/Böhnisch/Schröer 2005, 100) Ausgangspunkt ist der Strukturwandel der Gesellschaft (vgl. Beck 1986) der sich über die Freisetzung der Menschen aus normierten Lebensvollzügen charakterisiert. Dies immer vor dem Hintergrund weiterbestehender gesellschaftlicher Ungleichheitsordnungen, unterschiedlicher sozialer Handlungsspielräume und damit verbundener gesellschaftlicher Bewältigungsaufforderungen, die dementsprechend ungleich verteilt sind.

„Das Bewältigungskonzept stellt sich unter dem Vermittlungsaspekt als ein Zwei-Kreise-Modell dar, das aus einem inneren Kreis des psychodynamisch angetriebenen und sozial gerichteten personalen Bewältigungsverhalten und einem äußeren Kreis der gesellschaftlichen Bewältigungsaufforderungen, der sozialen Spielräume, Ermöglichkeiten und Erreichbarkeiten in der Spannung zu gesellschaftlichen Vorgaben besteht.“ (Böhnisch/Lenz/Schröer 2009: 40) Dabei laufen im psychosozialen Streben nach Handlungsfähigkeit in immer wieder entgrenzten Lebenskonstellationen drei Bewältigungsimpulse aufeinander zu: „Das Verlangen nach einem stabilem Selbstwert, entsprechender sozialer Anerkennung und nach Erfahrungen von Selbstwirksamkeit (als dem Gefühl etwas bewirken, seine Handlungen kontrollieren und etwas erreichen zu können). Dies ist auf biografische Handlungsfähigkeit ausgerichtet, die ihre unbedingte Verwirklichung sucht, auch dann wenn sie sie im gegebenen gesellschaftlichen Rahmen nicht finden kann. Soziale Anerkennung kann unterschiedlich gesucht werden: Sowohl im kulturellen Annerkennungskontext geltender gesellschaftlicher Normen als auch im aufmerksamkeitsregenden Auffälligkeitsverhalten. Selbstwirksamkeit wiederum kann in der sozialen Partizipation wie in der Gewalt gleichermaßen gespürt werden.“ (ebd. 41) Demzufolge können abweichende Handlungsformen auch als Bewältigungsverhalten gedeutet werden.

Vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Ungleichheit zeichnet sich die Lebenslage vieler Kinder, Jugendlicher und Erwachsener in unserer Gesellschaft durch begrenzte Handlungsspielräume und die Nichtanerkennung von Bedürfnissen aus. Durch den Bewältigungsdruck jenseits von sozialen Sicherheiten sind sie besonders auf soziale Räume und Beziehungen in ihrer Lebensbewältigung verwiesen. „Darum bedarf es sozial abgesicherter und damit überdauernder Bewältigungsumwelten, in denen sich Gelegenheits- und Anregungsstrukturen zur Selbstwertschöpfung, Erlangung von Anerkennung und Entwicklung sozial gerichteter Selbstwirksamkeit als Voraussetzung sozial produktiver Handlungsfähigkeiten herausbilden können.“ (Schröer 2009, 214) Gerade im Kontext des öffentlichen Raumes hat Soziale Arbeit die Aufgabe Formen der Beteiligung, der Anerkennung, der Teilhabe zu fördern, die unter der Perspektive der Lebensbewältigung als Ressource zur Erweiterung der biografischen Handlungsfähigkeit gesehen werden können.

Literatur:

Arnold, Helmut/Böhnisch, Lothar/Schröer, Wolfgang (Hrsg.) (2005): Sozialpädagogische Beschäftigungsförderung. Lebensbewältigung und Kompetenzentwicklung im Jugend- und jungen Erwachsenenalter. Weinheim und München: Juventa.

Beck, Ulrich (1986): Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.

Böhnisch, Lothar (2005): Lebensbewältigung. Ein sozialpolitisch inspiriertes Paradigma für die Soziale Arbeit. In: Thole, Werner (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch. 2. Auflage. Wiesbaden: VS-Verlag, 199-213.

Böhnisch, Lothar (2008): Sozialpädagogik der Lebensalter. Eine Einführung. 5. überarbeitete und erweiterte Auflage. Weinheim/München: Juventa.

Böhnisch, Lothar, Schefold, Werner (1985): Lebensbewältigung. Weinheim/München: Juventa.

Böhnisch, Lothar/Lenz, Karl/Schröer, Wolfgang (2009): Sozialisation und Bewältigung. Einführung in die Sozialisationstheorie der zweiten Moderne. Weinheim und München: Juventa.

Krafeld, Franz Josef (2000): Die überflüssige Jugend der Arbeitsgesellschaft. Eine Herausforderung an die Pädagogik. Opladen: Leske + Budrich Verlag.

Schröer, Wolfgang: Sozialpädagogische Fachlichkeit: Lebensbewältigung und Lebensweltorientierung in der Kinder- und Jugendhilfe. In: Rätz-Heinisch, Regina/Schröer, Wolfgang/Wolff, Mechthild. (2009): Lehrbuch Kinder- und Jugendhilfe. Grundlagen, Handlungsfelder, Strukturen und Perspektiven. Weinheim und München: Juventa, 239-253.

4.4 Politische Bildung

4.4.1 Kurzfassung

Politische Bildung ist eng mit dem Ideal eines mündigen und selbst bestimmten Menschen verbunden. Ihre Ausgestaltung variiert entsprechend dem zu Grunde liegenden Politikverständnis. Wird Politik vorrangig als Prozess der Regelung gemeinsamer gesellschaftlicher Angelegenheiten verstanden, dient politische Bildung der Befähigung von Menschen, daran teil zu nehmen. Wird das Politische hingegen auch als macht- und konfliktbezogener Prozess gedacht, liegt der Fokus stärker auf der Ermöglichung eines selbst bestimmten Umgangs mit entsprechenden Abhängigkeiten und der Erweiterung von Handlungsoptionen. Die von politischer Bildung angestrebte individuelle und gesellschaftliche Emanzipation ist demnach ein permanenter Prozess ohne abgeschlossenen Zielhorizont.

Im Rahmen der Sozialen Arbeit bedeutet politische Bildung, Menschen in handlungsrelevanter Form über die verschiedenen Dimensionen des Politischen aufzuklären und zur politischen Partizipation zu befähigen, in dem Erfahrungsräume, in denen Menschen Partizipation kennen und leben lernen und sich politische Handlungskompetenzen aneignen können, geöffnet werden. Da Menschen nicht über gleiche Handlungsmöglichkeiten verfügen, hat die Soziale Arbeit die Aufgabe, diese Ungleichheiten zu thematisieren und ausgleichend zu wirken, damit Benachteiligte sich in politische Prozesse einbringen können. Der öffentliche Raum, als Ort der gesellschaftlichen Aushandlung unterschiedlicher Interessenslagen, wird hierbei zu einem Feld für politische Bildungs- und Lernprozesse, zur Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten und der Erfahrung gesellschaftlicher Teilhabe.

Insbesondere in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, aber auch in der Gemeinwesenarbeit spielt die politische Bildung daher eine große Rolle.

4.4.2 Langfassung

Politische Bildung ist eng mit dem Ideal eines mündigen und selbst bestimmten Menschen verbunden. Ihre Ausgestaltung variiert jedoch entsprechend dem zu Grunde liegenden Politikverständnis. In einer Konzeption von Politik als Struktur zur Regelung gemeinsamer gesellschaftlicher Angelegenheiten, dient politische Bildung der Befähigung von Menschen daran teil zu nehmen, d.h. der selbstständigen Auseinandersetzung der Menschen mit diesem Wirklichkeitsbereich ohne dabei die inhaltlichen Ergebnisse dieses Prozesses vorweg zu nehmen (vgl. Sander 1997, 5 bzw. 9). Wird das Politische hingegen als macht- und konfliktbezogene Vergesellschaftungsform gedacht, liegt der Fokus auf der Ermöglichung eines selbst bestimmten Umgangs mit entsprechenden Abhängigkeiten und der Weckung von Beteiligungs- und Gestaltungsinteressen (vgl. Böhnisch/Schröer 2007, 9).

Im Rahmen der Sozialen Arbeit bedeutet politische Bildung, Menschen in alltagsnaher und subjektorientierter Form über die verschiedenen Dimensionen des Politischen aufzuklären und sie zur Teilnahme an „Prozessen der politischen Willensbildung, Interessensartikulation und Entscheidungsfindung“ (Scherr 2008, 32) zu befähigen. Der öffentliche Raum, als Ort der gesellschaftlichen Aushandlung unterschiedlicher Interessenslagen, wird hierbei zu einem bedeutsamen Ort der „Übernahme gesellschaftlicher Mitverantwortung, der Förderung gemeinsamer und individueller Selbstbestimmung“ (Sturzenhecker 2008, 24), der „Einübung demokratischer Verkehrsformen untereinander“ (Krisch/Scherr 2008, 59), und der Erfahrung von gesellschaftlicher Teilhabe. Der Sozialen Arbeit kommt mithin die Aufgabe zu, Menschen in handlungsrelevanter Form über Erscheinungsformen und Hintergründe der verschiedenen Dimensionen des Politischen aufzuklären und zur mündigen Partizipation am Gemeinwesen zu befähigen (vgl. Claußen 2001, 1383).

Politische Bildung und ihr Bemühen um individuelle und gesellschaftliche Emanzipation orientiert sich dabei weniger an einem zu erreichenden Idealzustand, sondern versteht sich vielmehr als dauerhafter Prozess innerhalb einer konflikthaften gesellschaftlichen Entwicklung (vgl. Böhnisch/Schröer 2007, 11).

Insbesondere in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, aber auch in der Gemeinwesenarbeit spielt die politische Bildung daher eine große Rolle.

Politische Bildung in der Jugendarbeit beschränkt sich nicht nur auf Staatsbürger- und Institutionenkunde sondern versucht die Zusammenhänge zwischen der eigenen Lebenssituation und den gesellschaftlichen Bedingungen verständlich zu machen, sowie das Recht und die Möglichkeiten der eigenen politischen Artikulation und Beteiligung zu verdeutlichen und Jugendliche vom Sinn demokratischer Prinzipien und menschenrechtlicher Grundsätze zu überzeugen (vgl. Krisch/Scherr 2004). Eine subjektorientierte und dialogische Bildungspraxis (Scherr) fördert die Bereitstellung von Lerngelegenheiten um angemessene Formen des politischen Handelns zu entwickeln. Der Beteiligung an Aushandlungsprozessen im öffentlichen Raum kommt dabei eine große Bedeutung zu und vermittelt zentrale politische Erfahrungen. Politische Bildung kann hier „als selbstständige Aneignung politischen Handelns als Prozess der Ausweitung mitverantwortlicher Selbstbestimmung“ (Sturzenhecker 2008, 23) bestimmt werden.

Literatur

Böhnisch, Lothar/Schröer, Wolfgang (2007): Politische Pädagogik. Eine problemorientierte Einführung. Weinheim/München: Juventa.

Claußen, Bernhard (2001): Politische Erziehung. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik Neuwied/Kriftel: Luchterhand. S. 1383 – 1388.

Krisch, Richard/Scherr, Albert (2004): Politische Bildungspraxis in der offenen Jugendarbeit. Ideen, Konzepte und Erfahrungen. In: Sturzenhecker, Benedikt/ Lindner, Werner (Hrsg.): Vom Bildungsanspruch zur Bildungspraxis in der Kinder- und Jugendarbeit. Weinheim und München: Juventa. S. 149-166.

Krisch, Richard/Scherr, Albert (2008): Zur Entwicklung einer Politische Bildungspraxis in der Offenen Jugendarbeit. In: Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.) Partizipation - Zur Theorie und Praxis politischer Bildung in der Jugendarbeit. Wissenschaftliche Reihe, Band 5. Wien. S. 54-63.

Lösch, Bettina/Thimmel, Andreas (2009): Kritische politische Bildung. Ein Handbuch. Schwalbach/Ts: Wochenschau Verlag.

Mickel, Wolfgang W. (Hg.) (1999): Handbuch zur politischen Bildung. Schwalbach/Ts: Wochenschau.

Sander, Wolfgang (1997): Theorie der politischen Bildung. Geschichte – didaktische Konzeptionen – aktuelle Tendenzen und Probleme. In: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung. Schwalbach: Wochenschau. S. 5 – 45.

Scherr, Albert (2008): Jugendarbeit als gesellschaftspolitische Bildung in der Einwanderungsgesellschaft. In: Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.): Partizipation - zur Theorie und Praxis politischer Bildung in der Jugendarbeit. Wissenschaftliche Reihe, Band 5. Wien. S. 32-41.

Sturzenhecker, Benedikt (2008): Partizipation als politische Bildung in der Jugendarbeit. In: Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.): Partizipation - zur Theorie und Praxis politischer Bildung in der Jugendarbeit. Wissenschaftliche Reihe, Band 5. Wien. S. 20-31.

Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.)(2008): Partizipation - zur Theorie und Praxis politischer Bildung in der Jugendarbeit. Wissenschaftliche Reihe, Band 5. Wien.

4.5 Sozialraumorientierung

4.5.1 Kurzfassung

Der sozialarbeiterische Ansatz der Sozialraumorientierung macht den sozialen Raum zur zentralen Bezugsgröße für ein an den Bedürfnissen und Interessen der Menschen ausgerichtetes sozialarbeiterisches Handeln. Der Begriff Sozialraum weist auf den gesellschaftlichen Raum und menschlichen Handlungsraum hin, auf räumlich bezogene und erfahrene Kontexte sozialen Handelns. Der Sozialraum ist durch gesellschaftliche Verhältnisse strukturiert, wodurch er zugleich Handlungsräume eröffnet und beschränkt. Der physisch-territoriale Raum ist Teil dieses sozialen Gefüges und seiner handlungsregulierenden Mechanismen. Er muss jedoch immer in Verbindung mit seinen sozialen Dimensionen betrachtet werden, um komplexe soziale Wirkzusammenhänge mit zu berücksichtigen und soziale Ungleichheiten nicht weiter fest zu schreiben.

Sozialraumorientierung richtet sich als sozialräumlich-reflexive Haltung einerseits auf die Thematisierung handlungseinschränkender sozialer Verhältnisse. Dabei findet eine zielgruppenspezifische Ausgestaltung des Handlungsraumes ebenso Berücksichtigung (z.B. milieuspezifische Eigenheiten des Verhaltens, altersspezifische Formen der Raumeignung oder soziokulturell bestimmte Zugangs-Barrieren), wie sozialräumliche Aspekte (z.B. das Image eines Stadtteils, die Verteilung räumlicher Ressourcen oder die Zugänglichkeit von Informationen).

Andererseits stehen die Erweiterung und die Unterstützung der Handlungsfähigkeiten und Handlungskompetenzen von Menschen im Vordergrund. Das Bindeglied zwischen den beiden Aspekten ist die Befähigung zur politischen Partizipation. Durch sie werden Prozesse der Emanzipation und des Empowerments eingeleitet und zugleich an der Bearbeitung sozialer Verhältnisse mitgewirkt.

Sozialraumorientierung hat Konsequenzen auf die Stadt- und Sozialplanung im Sinne politischer und konzeptioneller Entscheidungsprozesse, auf die kleinräumige und milieuspezifische Adaptierung sozialer Einrichtungen und Dienste sowie auf die konkrete Arbeit mit den Menschen. Sie stellt somit ein theoretisches Grundkonzept der Sozialen Arbeit dar und lässt sich nicht auf die Verwaltung territorialer Räume beschränken.

Gemeinwesenarbeit und Offene Kinder- und Jugendarbeit können als Ausformungen einer sozialräumlich-reflexiven Sozialen Arbeit verstanden werden.

4.5.2 Langfassung

Der Begriff Sozialraum versteht Räume als das Ergebnis sozialer Praktiken und befindet sich damit in Abgrenzung zu Vorstellungen eines gegebenen und nicht veränderbaren physisch-geographischen Raumes (vgl. Kessl/Reutlinger 2007, 23).

Erst über die Tätigkeit des Menschen wird ein Territorium zum sozialen Raum. Gleichzeitig wirken bestehende bzw. sich entwickelnde räumliche Arrangements auf das soziale Handeln der Menschen zurück, weshalb von einem relativen bzw. relationalen Raumverständnis auszugehen ist (vgl. ebd., 25f). Menschen erfahren dementsprechend „den Raum als Ortszusammenhang von zugänglichen Möglichkeiten und einschränkenden Verwehrungen“ (Böhnisch/Lenz/Schröer 2009, 113).

Dementsprechend bezieht sich nach Kessl/Reutlinger „eine Sozialraumperspektive nicht primär auf physisch-materielle Objekte, auf das, was wir alltagssprachlich „Orte“ oder „Plätze“ oder eben auch „Räume“ nennen: Gebäude, Straßen oder Stadtteile. Vielmehr gilt das Interesse einer Sozialraumperspektive dem von den Menschen konstituierten Raum der Beziehungen, der Interaktionen und der sozialen Verhältnisse.(...) Mit Sozialraum werden somit der gesellschaftliche Raum und der menschliche Handlungsraum bezeichnet, das heißt, der von den handelnden Akteuren (Subjekten) konstituierte Raum und nicht nur der verdinglichte Ort (Objekte)“ (ebd. 2007, 23).

Der Zusammenhang zwischen Sozialraumorientierung und Sozialer Arbeit findet sich in den Diskussionen um Gemeinwesenarbeit in den 1960er und 1970er Jahren. In aktuelle Konzepte wurden Ansätze der Lebensweltorientierung, des Empowerments und der Ressourcenorientierung integriert und Vernetzung bzw. Kooperation als zentrale Arbeitsmethoden bestimmt (vgl. Hinte 2007, 101 bzw. Kessl/Reutlinger 2007, 41f). Ebenfalls in einer lebensweltorientierten Tradition wird in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit die Subjektbezogenheit des sozialen Raumes betont (vgl. Deinet 2009, Krisch 2009). Sozialraumorientierung im Kontext von Kindern und Jugendlichen weist auf die besondere Bedeutung sozialräumlicher Aneignungsprozesse für die Entwicklung und Sozialisation von Heranwachsenden hin: In Wechselwirkung zwischen jugendlicher Entwicklungsdynamik und der gesellschaftlichen Verfasstheit von Räumen entwickeln sich

Bildungs-, Lern- und Sozialisationsprozesse (vgl. Krisch 2009, Rätz-Heinisch/Schröer/Wolff 2009). Dementsprechend fokussiert „der sozialräumliche Blick“ (Deinet/Krisch 2002) auf die Wirkung räumlich vermittelter Bildungsgelegenheiten, Partizipationschancen und Entfaltungsmöglichkeiten.

Die topografische Perspektive der Sozialraumorientierung birgt jedoch auch theoretische Gefahren, wie etwa jene der territorialen und traditionsbezogenen Verkürzung des Konzeptes. Verbreitete Assoziationen zum Sozialraumbegriff wie Dörfer, Quartiere u.ä. vermögen in einer hoch mobilen und vernetzten Welt nur mehr beschränkt die moderne Ausgestaltung sozialer Räumlichkeit wieder zu geben (vgl. Pantucek 2007, 45f). Zuletzt zeigt sich das Konzept auch anfällig für politische Instrumentalisierungen im Zuge derer Sozialräume ausschließlich zu fiskalischen Verwaltungskategorien degradiert werden (Wolff 2002, 47). In diesem Sinne ist Sozialraumorientierung Teil eines Regierens über soziale Nahräume mittels Konzepte des Local Governance, welche tendenziell zur Territorialisierung sozialer Probleme neigen. Entsprechende Strategien neigen in der Praxis dazu, strukturell bedingte Marginalisierungen von Menschen zu reproduzieren und durch individuelle Verantwortungszuschreibung lediglich für ein besseres Auskommen innerhalb des gegebenen Rahmens sorgen zu wollen (vgl. Kessl/Krasmann 2005, 236f bzw. Kessl/Reutlinger 2007, 10f).

Demgegenüber bezieht ein sozialräumlich-reflexiver Ansatz Sozialer Arbeit entsprechende sozialstrukturelle Ungleichheitsbedingungen sowie deren inhärente Möglichkeit zur Veränderung mit ein. Ein vor diesem Hintergrund bestimmtes Ziel sozialarbeiterischen Handelns ist die Erweiterung von Handlungsoptionen von Menschen, unter anderem durch die Ermöglichung von sozialpolitischer Teilhabe bzw. Partizipation (vgl. Kessl/Otto/Ziegler 2005, 188). Die reflexive Dimension impliziert jedoch auch ein selbst-reflexives Moment, in dem sich Soziale Arbeit in ihrer eigenen Verfangenheit in gesellschaftliche Machtverhältnisse begreift (vgl. Kessl/Reutlinger 2007, 122). Sie wirkt immer an deren Reproduktion mit, indem sie sich auf vorhandene Grenzziehungen bezieht und diese dadurch festschreibt. Wenn diese Dynamik auch nicht aufgehoben werden kann, so ruft eine reflexive Auseinandersetzung mit ihr jedoch zu einer beständigen Problematisierung der eigenen Tätigkeit auf. Die für die Arbeit notwendige Kategorienbildung soll dadurch möglichst offen gehandhabt werden und in einem beständigen kritischen Verständigungsprozess zur Disposition stehen (vgl. ebd., 127).

Literatur

Böhnisch, Lothar/Lenz, Karl/Schröer, Wolfgang (2009): Sozialisation und Bewältigung. Eine Einführung in die Sozialisationstheorie der zweiten Moderne. Weinheim und München: Juventa.

Bütow, Birgit (2006): Mädchen in Cliques. Sozialräumliche Konstruktionsprozesse von Geschlecht in der weiblichen Adoleszenz. Weinheim und München: Juventa.

Deinet, Ulrich (Hg.) (2009): Sozialräumliche Jugendarbeit. Grundlagen, Methoden und Praxiskonzepte. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: VS Verlag.

Deinet, Ulrich/Krisch, Richard (2002): Der sozialräumliche Blick der Jugendarbeit. Methoden und Bausteine zur Konzeptentwicklung und Qualifizierung. Opladen: Leske und Budrich Verlag, Nachdruck Wiesbaden: VS-Verlag.

Deinet, Ulrich/Krisch, Richard (2005): Konzepte und Methoden zum Verständnis der Lebensräume von Kindern und Jugendlichen. In: Riege, Marlo/Schubert, Herbert (Hg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Opladen: Leske + Budrich. Nachdruck Wiesbaden: VS-Verlag, S. 133 - 145.

Hinte, Wolfgang (2007): Das Fachkonzept „Sozialraumorientierung“. Herausforderungen an professionelles Handeln und hilfreiche Bedingungen in öffentlichen Institutionen. In: Haller, Dieter/Hinte, Wolfgang/Kummer, Bernhard (Hg.): Jenseits von Tradition und Postmoderne. Sozialraumorientierung in der Schweiz, Österreich und Deutschland. Weinheim & München: Juventa. S. 98 – 115.

Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe/Ziegler, Holger (2005): Einschließen oder aufmachen? Der Raum, sein Kapital und deren Nutzer. In: Riege, Marlo/Schubert, Herbert (Hg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Opladen: Leske + Budrich. Nachdruck Wiesbaden: VS-Verlag. S. 177-190.

Kessl, Fabian/Krasmann, Susanne (2005): Sozialpolitische Programmierungen. In: Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne u.a. (Hg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag. S. 227 – 245.

Kessl, Fabian/Christian, Reutlinger (2007): Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Verlag.

Krisch, Richard (2009): Sozialräumliche Methodik der Jugendarbeit. Aktivierende Zugänge und praxisleitende Verfahren. Weinheim/München: Juventa.

Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Pantucek, Peter (2007): Sozialraumorientierung und Professionalisierung: eine österreichische Perspektive. In: Haller, Dieter/Hinte, Wolfgang/Kummer, Bernhard (Hg.): Jenseits von Tradition und Postmoderne. Sozialraumorientierung in der Schweiz, Österreich und Deutschland. Weinheim & München: Juventa. S. 38 – 49.

Rätz-Heinisch, Regina/Schröer, Wolfgang/Wolff, Mechthild (2009): Lehrbuch Kinder- und Jugendhilfe. Grundlagen, Handlungsfelder, Strukturen und Perspektiven. Weinheim und München: Juventa.

Wolff, Mechthild (2002): Integrierte Hilfen vs. versäulte Erziehungshilfen. Sozialraumorientierung jenseits der Verwaltungslogik. In: Merten, Roland (Hg.): Sozialraumorientierung. Zwischen fachlicher Innovation und rechtlicher Machbarkeit. Weinheim und München: Juventa. S. 41 – 52.

5. Sozial-/gesellschaftspolitische Zugänge

Unter „sozial- und gesellschaftspolitischen Zugängen“ werden Grundgedanken aufgenommen, die eine Bedeutung in Bezug auf die Soziale Arbeit im öffentlichen Raum haben und deren gesellschaftliche Rahmung bilden.

5.1 Öffentlicher Raum

5.1.1 Kurzfassung

Soziale Arbeit versteht öffentliche Räume als Orte, die für alle zugänglich sind, die allen gleichermaßen zur Mitgestaltung offen stehen und die damit einen wichtigen Rahmen für die Entwicklung von Handlungsfähigkeit darstellen. Zugleich sind sie stets von Machtverhältnissen und Ungleichheitsordnungen durchzogen, und damit auch Schauplatz der mitunter konflikthaften Aushandlung von unterschiedlichen Interessenslagen. Schließlich stellen sie auch Rückzugsorte für Menschen dar, die in ihren sonstigen Handlungsoptionen und -räumen stark eingeschränkt sind – ein Umstand, der z.B. im Falle von Obdachlosigkeit besonders deutlich zu Tage tritt.

An diese Ausgangslage knüpfen sich für die Soziale Arbeit Fragen der Sichtbarkeit bzw. Unsichtbarkeit von Individuen und Gruppen, sowie deren Möglichkeit zur Artikulation von Bedürfnissen und Anliegen. Darüber hinaus versteht sie öffentliche Räume als Orte der gemeinsamen Sinnproduktion, die durch individuelle lebensweltliche Deutungsmuster geprägt sind. Durch die tätige Auseinandersetzung und Aneignungspraktiken stellen sie überdies ein Übungsfeld für neue Lebensentwürfe und Handlungsoptionen dar.

Öffentliche Räume können sowohl von diskursiver bzw. kommunikativer (z.B. Medien, Diskussionsveranstaltungen u.ä.) als auch von materieller Beschaffenheit sein und zugleich sozio-ökonomischen (z.B. Segregation, ungleiche Wohlstandsverteilung u.ä.), stadtplanerischen und legistischen (z.B. Eigentumstitel) Bestimmungen unterliegen. Soziale Arbeit interessieren diese Bedingungen vor allem hinsichtlich ihrer handlungsermöglichenden bzw. -beschränkenden Eigenschaften für Menschen. Die Differenzierung in öffentlich, halböffentlich oder teilöffentlich ist für Soziale Arbeit insofern von Bedeutung, als die durch sie ausgedrückte Eigentumslogik mehr oder minder regulierende Auswirkungen auf die Handlungsspielräume von Menschen hat.

5.1.2 Langfassung

Soziale Arbeit versteht öffentliche Räume als Orte, die für alle zugänglich sind, die allen gleichermaßen zur Mitgestaltung offen stehen und die damit einen wichtigen Rahmen für die Entwicklung von Handlungsfähigkeit darstellen. Zugleich sind sie stets von Machtverhältnissen und Ungleichheitsordnungen durchzogen und damit Schauplatz der mitunter konflikthaften Aushandlung von unterschiedlichen Interessenslagen. Schließlich stellen sie auch Rückzugsorte für Menschen dar, die in ihren sonstigen Handlungsoptionen und -räumen stark eingeschränkt sind – ein Umstand der z.B. im Falle von Obdachlosigkeit besonders deutlich zu Tage tritt.

Schließlich sind öffentliche Räume für die Soziale Arbeit Orte der gemeinsamen Sinnproduktion, des Erfahrungsaustausches, der Vermittlung von gegenseitigen Wertschätzung und Zugehörigkeit sowie ein Übungsfeld für neue Lebensentwürfe (vgl. Herriger 2002, 130f). Sie stellen damit eine wichtige Basis für die Erweiterung von individuellen und kollektiven Handlungsmöglichkeiten sowie der Aushandlung von Bedürfnissen und Interessen dar.

In einer sozialräumlichen Deutung des öffentlichen Raumes ist dieser nicht auf Besitzverhältnisse und seine physischen Eigenschaften beschränkt. Er wird vielmehr als ein Ergebnis sozialer Praktiken verstanden und befindet sich damit in Abgrenzung zu Vorstellungen eines ein für alle mal gegebenen und nicht veränderbaren Raumes (sog. Containerraum) (vgl. Kessl/Reutlinger 2007, 23). Sozialer Raum entsteht vielmehr im Zuge der tätigen Auseinandersetzung bzw. Aneignung durch subjektive Sinngebung und lebensweltliche Interpretationen (vgl. Deinet/Krisch 2005, 133f). Dieser Prozess muss jedoch durch eine Wechselwirkung zwischen den derart entstandenen räumlichen Arrangements und dem Denken bzw. Handeln der Menschen ergänzt werden (vgl. Kessl/Reutlinger 2007, 25f). Vereinfacht gesagt, entstehen durch die menschliche Tätigkeit Räume und Raumbilder, die selbst wieder das Handeln der Menschen beeinflussen.

Öffentliche Räume können sowohl von diskursiver bzw. kommunikativer (z.B. Medien, Diskussionsveranstaltungen u.ä.) als auch von materieller Beschaffenheit sein und zugleich sozio-ökonomischen (z.B. Segregation, ungleiche Wohlstandsverteilung u.ä.), stadtplanerischen und legistischen (z.B. Eigentumstitel) Bedingungen unterliegen. Soziale Arbeit interessieren diese Bestimmungen vor allem hinsichtlich ihrer handlungsermöglichenden bzw. -beschränkenden Eigenschaften für Menschen. Die Differenzierung in öffentlich, halböffentlich oder teilöffentlich ist insofern von Bedeutung, als die durch sie ausgedrückte Eigentumslogik mehr oder minder regulierende Auswirkungen auf deren Handlungsspielräume hat.

In diesem Zusammenhang ist die Macht- und Herrschaftsbezogenheit eines jeden räumlichen Arrangements zu betonen. Da Räume Ergebnisse sozialer Prozesse darstellen, sind in ihnen auch immer gesellschaftliche Machtverhältnisse und Ungleichheitsordnungen eingeschrieben (vgl. Bourdieu 1997, 160ff). Damit einher geht die, gerade auch für die Soziale Arbeit, akute Frage der Sichtbarkeit bzw. Unsichtbarkeit von Individuen und Gruppen (vgl. Kessl/Reutlinger 2007, 25). Welche Akteursgruppen halten den öffentlichen Raum besetzt und sind an seiner Ausgestaltung und Nutzung beteiligt? Welche Gruppen erhalten demgegenüber keinen Zugang und bleiben mit ihren Anliegen und Interessen außerhalb des öffentlichen Wahrnehmungsfeldes? In diesem Zusammenhang obliegt es der Sozialen Arbeit die Grenze zwischen Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit im Blick zu behalten. Schließlich sind öffentliche bzw. soziale Räume immer auch von Normierungskräften durchzogen, welche Menschen durch soziale Zuschreibungen bzw. Stigmatisierung in ihren Handlungsoptionen einzuschränken vermögen.

Literatur

Bourdieu, Pierre (1997): Ortseffekte. In: Bourdieu, Pierre (et. al.): Das Elend der Welt. Konstanz: UVK.

Deinet, Ulrich/Krisch, Richard (2005): Konzepte und Methoden zum Verständnis der Lebensräume von Kindern und Jugendlichen. In: Riege, Marlo/Schubert, Herbert (Hg.): Sozialraumanalyse. Grundlagen – Methoden – Praxis. Opladen: Leske + Budrich. Nachdruck Wiesbaden: VS Verlag. S. 133 - 145.

Herriger, Norbert (2002): Empowerment in der sozialen Arbeit. Eine Einführung. Stuttgart: Kohlhammer.

Kessl, Fabian/Christian, Reutlinger (2007): Sozialraum. Eine Einführung. Wiesbaden: VS-Verlag.

Ligna. Passagen proletarischer Öffentlichkeit (2009). Das Labor für unkontrollierbare Aktionen. In: Leipziger Kamera: Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung (224 – 229) Münster. Unrast.

Ronneberger, Klaus (2009). Die neoliberale Kontrollkultur. Überwachen und verdrängen in der unternehmerischen Stadt. In: Leipziger Kamera: Kontrollverluste. Interventionen gegen Überwachung. (49 – 56) Münster. Unrast.

5.2 Diversität

5.2.1 Kurzfassung

Aus einer Diversitätsperspektive basieren moderne Gesellschaften auf Unterschiedlichkeit und Vielfalt. Vor diesem Hintergrund thematisiert sie Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit. Im Mittelpunkt steht nicht mehr eine gesellschaftliche Homogenitätsvorstellung, sondern die Heterogenität von Bevölkerungsgruppen, unterschiedliche Formen der Teilhabe und differenzierte Interessen und Bedürfnisse. Dies bedingt einerseits die reflexive Auseinandersetzung mit vielfältigen Formen und Begründungen der Ungleichheit und Benachteiligung. Andererseits ist damit eine Absage an vereinfachende und kulturalisierende bzw. ethnische Betrachtungen und Erklärungsmuster sozialer Phänomene verbunden. Eine diversitätsbewusste Soziale Arbeit wäre daran zu messen, wie sehr sie die Diversität von Lebenslagen, Stadtteilen und Problemstellungen in den Vordergrund stellt und ihre Angebote dementsprechend zu diversifizieren vermag.

Mit der Perspektive der Diversität hat auch die Migrationspolitik und die interkulturelle Pädagogik eine neue Richtung eingeschlagen. Durch die Anerkennung der "Verschiedenheit an sich" als Strukturelement moderner Gesellschaften werden eindimensionale und mitunter stigmatisierende Erklärungsversuche sozialer Phänomene erschwert. Vielmehr rückt das komplexe Zusammenspiel sozialer Rahmenbedingungen, die unter anderem durch Bildung, soziale Ungleichheit, Ethnizität, Geschlecht oder Alter bestimmt werden, in den Mittelpunkt.

Auch der öffentliche Raum ist durch Heterogenität geprägt und gerade diese, für eine „gGlobal City“ charakteristische Vielfalt, stellt Potenziale und Entwicklungschancen dar. Unterschiedliche Interessenslagen und Bedürfnisse führen aber zu Konflikten im Stadtteil. Die sich darin entfaltende Kraft kann jedoch als dynamischer Entwicklungsmotor für Stadtteile verstanden werden. Dementsprechend hat Soziale Arbeit die Aufgabe, diese Interessenslagen in ihrer Differenz und Unterschiedlichkeit zu thematisieren, Konflikte zu moderieren, aber auch Widersprüchlichkeiten im Stadtteil zur Anerkennung zu verhelfen. Sie muss Partizipation vorsehen, an den Fähigkeiten und Ressourcen der handelnden Personen und Milieus ansetzen und diese an der Problembeschreibung und -lösung beteiligen.

5.2.2 Langfassung

Die Perspektive der Diversität geht von der Anerkennung der modernen Gesellschaft als Gesellschaft, die auf Unterschiedlichkeit und Vielfalt basiert aus und thematisiert Chancengerechtigkeit und Chancengleichheit vor diesem Hintergrund. Im Mittelpunkt steht nicht mehr die Annahme einer gesellschaftlichen Homogenitätsvorstellung, sondern die Heterogenität der Bevölkerungsgruppen, unterschiedliche Formen der Teilhabe und differenzierte Interessen und Bedürfnisse (vgl. Böhnisch/Schröer 2007).

Diese Perspektive geht aber nicht von einem Diversitäts-Konzept aus, das allein die Vervielfältigung individueller Lebensformen betont und diese Vielfalt zum abstrakten Ideal erklärt (vgl. dazu Hormel/Scherr 2004). Der Umgang mit Heterogenität ist deshalb nicht auf eine Forderung nach Beachtung, Toleranz und Anerkennung von Differenzen und ein Plädoyer für Vielfalt begrenzt. Der Umgang mit Heterogenität erfordert vielmehr (auch), die Strukturen und Prozesse durchschaubar zu machen, durch die Unterschiede sozial ‚gemacht‘ werden. Zu klären ist, wie sozial bedeutsame Differenzen hergestellt werden und ob bzw. wie diese Differenzmerkmale möglicherweise mit Ungleichheitsrelationen in Zusammenhang stehen und als Mittel sozialer Typisierung, Benachteiligung und Ausgrenzung verwendet werden (vgl. Krisch/Schröer 2010). Diversity verlangt entsprechend auch die Auseinandersetzung mit jenen Klassifikationen, die zur Begründung von sozialer Benachteiligung und Ungleichheit herangezogen werden und geht so zwangsläufig mit einem zivilgesellschaftlichen Diskurs einher und entwickelt so auch Dimensionen politischer Bildung.

Der Zugang der Diversität bedingt damit die reflexive Auseinandersetzung mit vielfältigen Formen und Begründungen der Ungleichheit und Benachteiligung und einer Absage an vereinfachende – oft kulturalisierende und ethnisierende – Betrachtungen und Erklärungsmuster sozialer Phänomene oder Problemstellungen. Eine diversitätsbewusste soziale Arbeit wäre dementsprechend daran zu messen, wie sehr sie die Unterschiedlichkeiten der Lebenslagen, der Lebensführungen, der Problemstellungen in den Vordergrund stellt und wie sie entsprechend dieser wahrgenommen Differenzlinien in unterschiedlichen und differenzierten sozialräumlichen Zusammenhängen Angebote zu diversifizieren vermag.

Mit der Perspektive der Diversität hat aber auch die Migrationspolitik, wie auch die interkulturelle Pädagogik eine neue Richtung bekommen. Nicht mehr der ethnische Unterschied, die interkulturelle Besonderheit und Differenz stehen im Vordergrund der Betrachtung, sondern die „Verschiedenheit an sich“ als Strukturelement (post-)moderner Gesellschaften (vgl. Böhnisch/Schröer 2007, 253).

Dies bildet sich auch in den Integrationsleitlinien der Stadt Wien ab, in denen darauf hingewiesen wird, dass der Stadt die Aufgabe zukommt, im Sinne eines Diversitätsmanagements günstige Bedingungen (Teilhabechancen) zu schaffen, welche die Einbindung in eine plurale und vielfältige Stadtgesellschaft ermöglichen. Als eine internationale durch Zuwanderung und Vielfalt geprägte Stadt setzt Wien auf eine aktive, gestaltende „integrationsorientierte Diversitätspolitik“ im Sinn von Inklusion und Einbindung in eine sich permanent diversifizierende Gesellschaft (vgl. MA 17 2010: Integrationsleitlinien).

Bezogen auf den öffentlichen Raum, gilt es festzustellen, dass Heterogenität natürlich auch die Stadtteile und sozialen Räume prägt und so Unterschiedlichkeit und Vielfältigkeit als Potenzial und Entwicklungschance charakteristisch für die 'global city' ist. Auch im Leitbild der MA 17 wird dieses folgendermaßen thematisiert: „Das wiederum hängt davon ab, wie Wien mit der eigenen Vielfalt und den damit verbundenen Chancen, Potenzialen und Herausforderungen umgeht. Wien ist in seinen lokalen Bezügen somit immer auch pluralistisch und international zu denken“ (MA 17 2010: Integrationsleitlinien, 1).

Unterschiedliche Interessenslagen und Bedürfnisse, aber auch Phänomene der „Verräumlichung sozialer Konflikte“ (Böhnisch 2006) führen natürlich auch zu Konflikten im Stadtteil, die aber als Motor der Dynamik einer ‚global city‘ anerkannt werden müssen. Dementsprechend hat soziale Arbeit die Aufgabe, diese Interessenslagen in ihrer Differenz und Unterschiedlichkeit zu thematisieren, Konflikte zu moderieren, aber auch Widersprüchlichkeiten im Stadtteil zur Anerkennung zu verhelfen. Voraussetzung von Diversität ist die Öffnung von Zugängen im Sinn von fairen Teilhabechancen, Empowerment und Partizipation aller Beteiligten, die an den Ressourcen und Fähigkeiten der handelnden Personen und Milieus ansetzt. So thematisiert beispielsweise das Positionspapier der Wiener Jugendzentren in Bezug auf Diversität, dass es einer differenzierten Wahrnehmung der verschiedenen Lebenslagen, Bewältigungsformen und Jugendkulturen der Kinder und Jugendlichen bedarf und es einer Auseinandersetzung mit der Frage benötigt, wie sehr sie in ihrer Heterogenität am sozialen, ökonomischen und kulturellen Leben partizipieren können (vgl. Krisch/Schröer 2010).

Literatur

Böhnisch, Lothar (2006): Politische Soziologie. Opladen. Verlag Barbara Budrich.

Böhnisch, Lothar/Schröer, Wolfgang (2007): Politische Pädagogik. Eine problemorientierte Einführung. Weinheim/München: Juventa.

Hormel Ulrike/Scherr, Albert (Hg.) (2004): Bildung für die Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag.

Krisch, Richard/Schröer, Wolfgang (2010): Sozialräumliche Jugendarbeit und Diversität - zur Entwicklung eines Positionspapiers im Verein Wiener Jugendzentren. In: Leiprecht, Rudolf (Hrsg.) (2010): Diversitätsbewusste Sozialpädagogik. Schwalbach i.T.: Wochenschau-Verlag. Publikation in Vorbereitung.

Leiprecht, Rudolf/Kerber, Anne (Hg.) (2005): Schule in der Einwanderungsgesellschaft. Ein Handbuch. Schwalbach/Ts: Wochenschauverlag. S. 317-345.

MA17 (2010): Leitlinien der Wiener Integrations- und Diversitätspolitik. Online im Internet: <http://www.wien.gv.at/integration/> [2.5.2010]

5.3 Gender

5.3.1 Kurzfassung

Der Begriff Gender verweist auf die soziale Konstruktion und die Machtbezogenheit von Geschlechterverhältnissen. Diese werden dadurch nicht als unabänderlich gegebene Kategorien des menschlichen Zusammenlebens, sondern als verhandelbare und umkämpfte soziale Praktiken begriffen.

Derzeit ist die Gesellschaft durch ein kulturelles System der Zweigeschlechtlichkeit geprägt, innerhalb welchem viele Bereiche durch die Unterscheidung zwischen Männern und Frauen mitbestimmt werden. Dazu zählen u.a. die Zuteilung von Aufgaben und Tätigkeiten (z.B. Erwerbsarbeit, Care-Arbeit bzw. Reproduktionsarbeit), der Zugang zu ökonomischen Ressourcen und Machtpositionen, die Zuweisung von erwünschten Rollen und Verhaltensmustern u.v.m.

Für Soziale Arbeit im öffentlichen Raum ergibt sich daraus die Notwendigkeit eines reflexiven Umganges mit der Kategorie Geschlecht. So hat sie ihre Handlungspraxis kritisch dahin gehend zu prüfen, in wie fern sie zu der Aufrechterhaltung bzw. dem Abbau von geschlechtsspezifischen Ungleichheitsverhältnissen beiträgt. Bezogen auf den öffentlichen Raum rücken dadurch bspw. unterschiedliche Nutzungsweisen oder die Nutzungsdominanz entlang der Geschlechterdifferenz in den Fokus der Aufmerksamkeit. Weiters stellt sich die Frage, wie Soziale Arbeit in ihren Konzepten, Angeboten und Interventionen der Unterschiedlichkeit der Geschlechter Rechnung trägt, z.B. durch gezielte Mädchen- oder Burschenarbeit.

Zuletzt ist zu beachten, dass aus einer diversitätsorientierten Perspektive Geschlecht alleine zur Beschreibung von Lebenslagen nicht ausreicht und weitere Kategorien wie Ethnie, Alter, Bildungsstatus u.ä. einbezogen werden müssen. Die Soziale Arbeit bedarf daher eines ganzheitlichen Handlungskonzeptes, welches offen für aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen ist.

5.3.2 Langfassung

Der Begriff Gender verweist auf die soziale Konstruktion von Geschlechtlichkeit und den damit verbundenen Grenzziehungen zwischen Frauen und Männern. Dahinter steht die Annahme, dass die Wirklichkeit – und damit auch der menschliche Körper – erst durch menschliche Sinngebung Bedeutung erhält. Damit wird einerseits die Vorstellung eines biologischen und unveränderlichen Geschlechterverhältnisses zurückgewiesen. Andererseits wird der Umstand betont, dass Geschlechtlichkeit immer erst durch die Machtwirkungen sozialer Praktiken hervorgebracht wird, die sich in den menschlichen Körper einschreiben (vgl. Mogge-Grotjahn 2004, 84ff bzw. Stephan 2000, 67).

Ihre besondere Bedeutung erlangen diese Überlegungen angesichts des Umstandes, dass wir in einem kulturellen System der Zweigeschlechtlichkeit leben. Dies bedeutet, dass unsere Welt u.a. anhand der Unterscheidung Mann/Frau eingeteilt ist. Damit verbunden ist die unterschiedliche Zuteilung von Aufgaben und Tätigkeiten (z.B. Erwerbsarbeit, Care-Arbeit bzw. Reproduktionsarbeit), der ungleiche Zugang zu ökonomischen Ressourcen und Machtpositionen, die Zuweisung von erwünschten Rollen und Verhaltensmustern u.v.m. (vgl. Mogge-Grotjahn 2004, 9f). Ausgehend von der Annahme, dass all diese Unterschiede das Ergebnis sozialer historischer Praktiken sind, können die bestehenden Geschlechterverhältnisse als veränderbar angesehen werden.

Für Soziale Arbeit im öffentlichen Raum ergibt sich daraus die Notwendigkeit eines reflexiven Umganges mit der Kategorie Geschlecht. So finden sich Menschen im Zuge einer geschlechtsspezifischen Sozialisation mit unterschiedlichen Lebenslagen konfrontiert, die ihnen mehr oder weniger Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Lebens bieten (vgl. ebd. 105). Damit verbunden sind auch unterschiedliche Nutzungsbedürfnisse und Nutzungsformen bezogen auf den öffentlichen Raum. So ist es bspw. für männliche Jugendliche eher mit ihrer gesellschaftlichen Geschlechterrolle vereinbar, an öffentlichen Plätzen wie Parks u.ä. Raum in Anspruch zu nehmen, als es dies für weibliche Jugendliche ist. Vor diesem Hintergrund hat Soziale Arbeit ihre eigene Handlungspraxis kritisch dahin gehend zu prüfen, inwiefern sie an der Aufrechterhaltung bzw. dem Abbau von geschlechtsspezifischen Ungleichheitsverhältnissen beiträgt. Weiters stellt sich die Frage, wie sie in ihren Konzepten und Angeboten der Unterschiedlichkeit der Geschlechter Rechnung trägt, z.B. durch gezielte Mädchen- oder Burschenarbeit (vgl. Hartwig/Muhlak 2006; Bentheim/Sturzenhecker 2006 u.a.). Zuletzt ist jedoch immer auch zu beachten, dass aus einer diversitätsorientierten Perspektive Geschlecht alleine zur Beschreibung von Lebenslagen nicht ausreicht (vgl. Mogge-Grotjahn 2004, 13). Für die Erweiterung der Handlungsoptionen von Menschen sind Kategorien wie Ethnie, Alter, Bildungsstatus u.ä. ebenso bedeutsam, weshalb es einer ganzheitlichen und auf individuelle Unterschiede bedachten Perspektive bedarf.

Literatur

Bentheim, Alexander/Sturzenhecker, Benedikt (2006): Jungenarbeit – Entwicklung und Stand in Deutschland. In: Zander, Margherita/Hartwig, Lusie/Jansen, Irma (Hg.): Geschlecht Nebensache?. Zur Aktualität einer Gender-Perspektive in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS-Verlag. S. 153 – 168.

Böhnisch, Lothar/Funk, Heide (2002): Soziale Arbeit und Geschlecht. Theoretische und praktische Orientierungen. Weinheim und München: Juventa

Mogge-Grotjahn, Hildegard (2004): Gender, Sex und Gender Studies. Eine Einführung. Freiburg: Lambertus.

Muhlak, Kirsten/Hartwig, Luise (2006): Mädchenarbeit in Theorie und Praxis. In: Zander, Margherita/Hartwig, Lusie/Jansen, Irma (Hg.): Geschlecht Nebensache? Zur Aktualität einer Gender-Perspektive in der Sozialen Arbeit. Wiesbaden: VS Verlag. S. 86 – 117.

Stephan, Inge (2000): Gender, Geschlecht und Theorie. In: Braun, Christina von/Stephan, Inge (Hg.): Gender-Studien. Eine Einführung. Stuttgart/Weimar: Metzler. S. 58 – 96.

5.4 Integration/Ausschluss – Inklusion/Exklusion

5.4.1 Kurzfassung

Der Begriff der Integration entwickelte sich in Abgrenzung zum Konzept der Assimilation. Dieses geht von einer Angleichung der kulturellen Traditionen der ZuwanderInnen an jene der Aufnahmegesellschaft aus. Das Konzept der Integration verweist demgegenüber auf die Notwendigkeit von beidseitigen Anpassungsleistungen. Das Gelingen von Integrationsprozessen hängt somit auch von der Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft ab, Arbeits- und Wohnungsmärkte, das Bildungssystem, das Rechtssystem sowie wohlfahrtsstaatliche Strukturen an Integrationserfordernissen auszurichten, was sich nicht nur auf ZuwanderInnen bezieht, sondern auf alle Menschen, u.a. auch Menschen mit Behinderung.

Kritisch anzumerken bleibt, dass Integrationskonzepte oft die Heterogenität und Diversität von Gesellschaft außer Acht lassen und auf eine vermeintliche Einheitskultur Bezug nehmen. Darüber hinaus neigt die Trennung zwischen Aufnahmegesellschaft und ZuwanderInnen zu kulturalisierenden und ethnisierenden Betrachtungsweisen.

Der Begriffskomplex „Inklusion – Exklusion“ bezeichnet demgegenüber eine grundlegende gesellschaftliche Funktion. Inklusion meint, dass soziale Subsysteme (z.B. Wissenschaft, Politik, Ökonomie usw.) Individuen ihrer eigenen Rationalität gemäß ansprechen und einbeziehen. Dabei ist die Inklusion in alle gesellschaftlichen Teilsysteme keineswegs die Regel und die Inklusion in ein Teilsystem garantiert keineswegs die Inklusion in alle anderen. Zu beachten ist, dass damit Verteilungsfragen bzw. der Zugang zu Ressourcen nicht unmittelbar angesprochen werden. So sagt beispielsweise die Inklusionsfähigkeit des Arbeitsmarktes nichts über die darin statt findende Einkommensverteilung aus. Der Wohlfahrtsstaat bearbeitet Exklusionsprozesse, indem er Ressourcen und Rahmenbedingungen bereitstellt, um Exklusionsrisiken vorzubeugen bzw. eine erneute Inklusion zu ermöglichen. Ihm ist neben etwa den Sozialversicherungen auch die Soziale Arbeit zuzurechnen.

Mit den Grenzen zwischen Integration und Desintegration bzw. Inklusion und Exklusion sind immer auch soziale (Aus)Schließungsprozesse und die Erweiterung bzw. Einschränkung von Handlungsoptionen verbunden. Da sich dies auch im öffentlichen Raum abbildet, hat die in ihm tätige Soziale Arbeit die Aufgabe, jene Grenzen zu beobachten, zu bearbeiten und gegebenenfalls öffentlich zu thematisieren.

5.4.2 Langfassung

Der Begriff der Integration entwickelte sich aus der früheren Diskussion um die Assimilation von ZuwanderInnen. Das Assimilationskonzept ging von einer Angleichung der kulturellen Traditionen der EinwanderInnen an jene der Aufnahmegesellschaft aus. Wenn damit auch keine Gesinnungsgleichheit verbunden ist, so geht es dennoch um eine Verschmelzung der Gefühle, Normen und Haltungen auf Seiten der Zugewanderten (vgl. Treibel 1999, 89).

Das Konzept der Integration geht demgegenüber von einer beidseitigen Anpassungsleistung aus: Sowohl die ZuwanderInnen als auch die Aufnahmegesellschaft haben einen Beitrag für eine erfolgreiche Integration zu leisten. Das Ausmaß und das Gelingen von Integrationsprozessen hängen somit auch maßgeblich von der Bereitschaft und der Fähigkeit der Aufnahmegesellschaft ab, Bereiche wie die Arbeits- und Wohnungsmärkte sowie das Bildungssystem an Integrationserfordernissen auszurichten (vgl. Dangschat 2000, 193ff).

Dass Integration ein Prozess ist, der auf mehreren Ebenen abläuft, verdeutlicht folgende Übersicht. Demnach meint Integration

- den Erhalt gleicher staatsbürgerlicher Rechte
- den Zugang zu Bildung sowie zum Arbeits- und Wohnungsmarkt
- die Teilhabe an öffentlichen Angelegenheiten und Grundnormen
- die soziale Integration in und Anerkennung von Gemeinschaften
- die Aneignung von (Sprach)Fertigkeiten, von Verhaltenssicherheit und Normenkenntnis sowie Situationserkennung in der Aufnahmegesellschaft
- die Überwindung der ausschließlich eigenethnischen und Akzeptanz der fremdethnischen Zugehörigkeitsdefinition (vgl. ebd., 196)

Das Gelingen von Integrationsprozessen hängt somit auch von der Bereitschaft der Aufnahmegesellschaft ab, Arbeits- und Wohnungsmärkte, das Bildungssystem, das Rechtssystem sowie wohlfahrtsstaatliche Strukturen an Integrationsanforderungen auszurichten, was sich nicht nur auf ZuwanderInnen bezieht, sondern auf alle Menschen, u.a. auch Menschen mit Behinderung.

Kritisch anzumerken bleibt, dass Integrationskonzepte zumeist mit Homogenitätsvorstellungen, bezogen auf die Aufnahmegesellschaften, operieren. Dabei wird tendenziell die Heterogenität und Diversität von Bevölkerungsgruppen außer Acht gelassen und auf eine vermeintliche Einheitskultur Bezug genommen. Darüber hinaus neigt die kategoriale Trennung zwischen Aufnahmegesellschaft und ZuwanderInnen zur Festschreibung von Differenzen und damit zu kulturalisierenden und ethnizierenden Betrachtungsweisen.

Der Begriffskomplex von Inklusion – Exklusion bezeichnet demgegenüber eine konstitutive Funktion innerhalb der Gesellschaft. Ihm liegt die Annahme von einer zunehmenden funktionalen Differenzierung zugrunde. Demnach besteht die Gesellschaft aus vielen sozialen Subsystemen, die jeweils unterschiedliche Funktionen wahrnehmen (z.B. Wissenschaft, Politik, Ökonomie usw.) und unterschiedlichen Kommunikationsmustern folgen (vgl. Fazin 2006, 44f). Inklusion bedeutet hierbei, dass soziale Systeme Individuen in Anspruch nehmen und ihrer eigenen Rationalität gemäß als Personen adressieren (vgl. Bommers/Scherr 2000, 77). Dabei ist die Inklusion in alle gesellschaftlichen Teilsysteme nicht die Regel, sondern vielmehr die Ausnahme. Soziale Exklusion ist demnach ein alltägliches Phänomen in unserer Gesellschaft. Darüber hinaus kommt keinem Teilsystem eine primäre Inklusionsfunktion zu. Dies meint, dass bspw. die Inklusion in das politische System nicht automatisch die Exklusion aus anderen Systemen, wie den Arbeitsmarkt u.a. verhindert (vgl. Fazin 2006, 44f). Zu beachten ist auch, dass Verteilungsfragen bzw. soziale Probleme mit dem Konzept der Inklusion/Exklusion nicht unmittelbar angesprochen werden. So sagt beispielsweise die Inklusionsfähigkeit des Arbeitsmarktes nichts über die Einkommensverteilung aus (vgl. Bommers/Scherr 2000, 124ff). Zur Bearbeitung von Exklusionsprozessen kam es zum Aufbau wohlfahrtsstaatlicher Systeme. Diese stellen Ressourcen und Rahmenbedingungen bereit, um Exklusionsrisiken vorzubeugen bzw. eine erneute Inklusion zu ermöglichen. Dazu zählt bspw. die Einführung von Sozialversicherungen aber auch der Sozialen Arbeit (vgl. ebd., 136f bzw. 140).

Literatur

Bommers Michael/Scherr, Albert (2000): Soziologie der Sozialen Arbeit. Eine Einführung in Formen und Funktionen organisierter Hilfe. Weinheim/München: Juventa.

Dangschat, Jens S. (2000): Integration – Eine Figuration voller Probleme. In: Treibel, Annette/Klein, Gabriele (Hg.): Skepsis und Engagement. Festschrift für Hermann Korte Hamburg: Lit. S. 185 – 208.

Farzin, Sina (2006): Inklusion Exklusion. Entwicklungen und Probleme einer systemtheoretischen Unterscheidung. Bielefeld: Transcript.

Treibel, Annette (1999): Migration in modernen Gesellschaften. Soziale Folgen von Einwanderung, Gastarbeit und Flucht. Weinheim/München: Juventa.

5.5 Partizipation

5.5.1 Kurzfassung

Partizipation bedeutet Teilnahme bzw. Teilhabe, Beteiligung, Mitwirkung und Mitbestimmung. In demokratischen Staatsformen erfüllt die politische Beteiligung der Bevölkerung mehrere Funktionen. Sie dient zur Herstellung legitimer politischer Entscheidungen und fördert Prozesse der Integration, Emanzipation und Identitätsbildung. In demokratischen Gesellschaften wird die Teilhabe möglichst aller Menschen angestrebt. Ihr Gelingen hängt vom Ausmaß der politisch-sozialen Teilnahmegewährung, z.B. durch Maßnahmen zur Öffentlichkeitsbeteiligung als auch von der aktiven Teilhabe der BürgerInnen, wie z.B. in Form von bürger- bzw. zivilgesellschaftlichem Engagement, ab.

Partizipation kann hinsichtlich ihrer Einflussmöglichkeit (Information, Mitwirkung bzw. -entscheidung, Selbstverwaltung) und ihrem räumlichen Zustandekommen (trans-national, regional, lokal bzw. individuell) unterschieden werden.

Soziale Arbeit setzt Maßnahmen zum Empowerment von Menschen und schafft mittels partizipativer Verfahren neue öffentliche Räume zur Aushandlung unterschiedlicher Interessenslagen. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, dass ungleiche Zugänge zu Ressourcen auch ungleiche Möglichkeiten der Beteiligung zur Folge haben. Soziale Arbeit hat die Aufgabe, dies zu thematisieren und ausgleichend zu wirken. Bezogen auf den öffentlichen Raum als städtischen Freiraum stehen hierbei vor allem Fragen der gemeinsamen Gestaltung und Nutzung im Vordergrund, wobei marginalisierte Gruppen, die besonders auf den öffentlichen Raum verweisen sind, Berücksichtigung finden müssen.

Da bereits junge Menschen die Möglichkeit haben sollen, den öffentlichen Raum mit zu verändern, wurden in manchen Bezirken Wiens Kinder- und Jugendparlamente installiert. Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen kann aber auch durch unkonventionellere Beteiligungsformen (z.B. selbstorganisierte Jugendräume, Offene Kinder- und Jugendarbeit) gefördert werden. Aber auch bei der Gestaltung der Angebote der Sozialen Arbeit sollten die AdressatInnen eingebunden werden.

Die von Politik und Verwaltung verfolgten Ansätze der Öffentlichkeitsbeteiligung bieten Rahmenbedingungen und Maßnahmen, um das Engagement der Bevölkerung in ihre Verfahren und Entscheidungen einfließen zu lassen. Sie stellen damit das notwendige Pendant zur aktiven Teilnahme der Bevölkerung dar und schaffen neue öffentliche Räume zur Diskussion und Aushandlung.

Öffentlichkeitsbeteiligung umfasst neben verpflichtenden Formen wie bspw. Wahlen auch informelle Ansätze, wie Prozesse gemeinsamer Projektentwicklung, runde Tische u.ä. Diese können auf der Ebene von Politik und Rechtsakten (Strategieplänen, Leitbilder u.ä.), Plänen und Programmen sowie konkreten Projekten eingesetzt werden. Unterschieden wird auch hinsichtlich der Reichweite von Beteiligungsprozessen bezogen auf die Möglichkeiten und Rechte der partizipierenden AkteurInnen. Von der einfachen Information über die Konsultation bis hin zur aktiven Mitbestimmung sind hier verschiedene Formen möglich. Der Sozialen Arbeit kommt insbesondere die Aufgabe, zu derartige Partizipationsprozesse zu gestalten und zu begleiten, um Ausgrenzungen zu vermeiden und gender- wie auch diversitätsgerechte Zugänge zu gewährleisten. Sozialer Arbeit kommt daher auch immer eine aktive Rolle zu, wenn es um den Abbau von Partizipationshindernissen geht.

5.5.2 Langfassung

Partizipation bedeutet Teilnahme bzw. Teilhabe und ist ein konstitutives Element demokratisch bzw. republikanisch verfasster Staatsformen (vgl. Schnurr 2001, 1330). Zur Produktion legitimer Entscheidungen bedürfen diese der Partizipation der Bürgerinnen und Bürger am kollektiven Willensbildungsprozess. Damit einher geht auch eine politische und soziale Integrationsfunktion, welche die Identifizierung der Menschen mit ihrem Gemeinwesen sicherstellen soll (Böhnisch/Schröer 2007, 192f). Diese beruht auf der Annahme, dass durch die gemeinsame Herstellung eines geteilten sozialen Raumes Zugehörigkeit und Verantwortlichkeit mit entsteht. Partizipation wird damit zu einer gesellschaftskonstitutiven sozialen Handlung und zu einem zentralen Bestimmungsmerkmal des Menschen als soziales Wesen (vgl. ebd., 193f). Die Übereinstimmung der gesellschaftlichen und der individuellen Sphäre statten die partizipative Handlung darüber hinaus mit identitätsstiftendem und emanzipatorischem Potential aus. Durch die gelebte Teilhabe an der Gesellschaft wird sich der Mensch seiner Stellung in und Zugehörigkeit zu dieser, sowie zugleich seiner selbstbestimmten Handlungsfähigkeit bewusst. Daraus folgt, dass erfolgreiche Partizipation zur ihrem Gelingen zweier Komponenten bedarf: Der Teilnahmegewährung durch das politische System bzw. der Gesellschaft und der aktiven Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger (vgl. Lüttringhaus 2000, 22f).

Für die Soziale Arbeit ist Partizipation sowohl Mittel als auch Ziel ihrer Tätigkeit.

Ersteres insofern, als sie in der Erbringung ihrer Leistungen immer auf den/die Adressaten und Adressatin als Ko-Produzenten/in angewiesen ist. Der Grund hierfür liegt in dem reziproken Verhältnis, in dem sich Adressat/in und Professionelle/r zueinander befinden (vgl. Schnurr 2001, 1332). Als Ziel ist Partizipation insofern anzusehen, als mit ihr die oben angeführten Funktionserfüllungen verbunden sind: Integration, Emanzipation, Identitätsbildung und gesellschaftliche Identifikation. Nicht zuletzt ist der mit ihr verknüpfte Aspekt der Selbstermächtigung von AdressatInnen sozialer Arbeit von besonderer Bedeutung. Diese erhalten dadurch die Möglichkeit selbstbestimmt Bedürfnisse, Anliegen und Forderungen zu artikulieren und Interessensgemeinschaften zu bilden. „Partizipation ist die aktive Praxis von Demokratie durch die Subjekte.“ (Sturzenhecker 2008, 24) Dadurch können sie in das gesellschaftliche Feld der diskursiv-konfliktären Aushandlung von Werten und Normen eintreten und eigene Positionen vertreten.

Andererseits schafft Soziale Arbeit mittels partizipativer Verfahren neue öffentliche Räume zur Aushandlung unterschiedlicher Interessenslagen. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, dass ungleiche Zugänge zu Ressourcen auch ungleiche Möglichkeiten der Beteiligung zur Folge haben. Soziale Arbeit hat die Aufgabe, dies zu thematisieren und ausgleichend zu wirken. Bezogen auf den öffentlichen Raum als städtischen Freiraum stehen hierbei vor allem Fragen der gemeinsamen Gestaltung und Nutzung im Vordergrund, wobei marginalisierten Gruppen, die besonders auf den öffentlichen Raum verweisen sind, Berücksichtigung finden müssen.

Da bereits junge Menschen die Möglichkeit haben sollen, den öffentlichen Raum mit zu verändern, wurden in manchen Bezirken Wiens Kinder- und Jugendparlamente installiert. Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen kann beispielsweise aber auch durch unkonventionellere Beteiligungsformen (z.B. selbstorganisierte Jugendräume, Offene Kinder- und Jugendarbeit) gefördert werden (vgl. Verein Wiener Jugendzentren 2008).

Die von Politik und Verwaltung verfolgten Ansätze der Öffentlichkeitsbeteiligung bieten Rahmenbedingungen und Maßnahmen, um das Engagement der Bevölkerung in ihre Verfahren und Entscheidungen einfließen zu lassen. Sie stellen damit das notwendige Pendant zur aktiven Teilnahme der Bevölkerung dar, und schaffen neue öffentliche Räume zur Diskussion und Aushandlung.

Öffentlichkeitsbeteiligung umfasst neben verpflichtenden Formen wie bspw. Wahlen auch informelle Ansätze, wie Prozesse gemeinsamer Projektentwicklung, runde Tische u.ä. Diese können auf der Ebene von Politik und Rechtsakten (Strategieplänen, Leitbilder u.ä.), Plänen und Programmen sowie konkreten Projekten eingesetzt werden. Unterschieden wird auch hinsichtlich der Reichweite von Beteiligungsprozessen bezogen auf die Möglichkeiten und Rechte der partizipierenden AkteurInnen. Von der einfachen Information über die Konsultation bis hin zur aktiven Mitbestimmung sind hier verschiedene Formen möglich.

Der Sozialen Arbeit kommt insbesondere die Aufgabe zu derartige Partizipationsprozesse zu gestalten und zu begleiten, um Ausgrenzungen zu vermeiden und gender- wie auch diversitätsgerechte Zugänge zu gewährleisten. Sozialer Arbeit kommt daher auch immer eine aktive Rolle zu, wenn es um den Abbau von Partizipationshindernissen geht.

Abhängig von der (theoretischen) Perspektive und vom institutionellen Standpunkt lassen sich verschiedene Formen und Grade der Teilhabe unterscheiden (vgl. weiterführende Literatur). Als grobe Orientierung, abseits der klassischen rechtsstaatlichen Beteiligungsformen, mag folgende, nach dem Ausmaß der Einflussmöglichkeit gereichte Darstellung dienen:

1. Information
2. Mitwirkung
3. Mitentscheidung
4. Selbstverwaltung

Zusätzlich kann zwischen verschiedenen räumlichen Ebenen der Partizipation unterschieden werden. Absteigend von der (trans-)nationalen Sphäre über die Ebene der Regionen bzw. der Städte, über die der Quartiere bis hin zum Individuum. Eine jede Ebene beinhaltet die Voraussetzungen von unterschiedlichen Formen des partizipativen Handelns, in seinen rechtlich-politischen, sozialen und psychologischen Dimensionen (vgl. Dangschat 2000, 196).

Literatur

Böhnisch, Lothar/Schröer, Wolfgang (2007): Politische Pädagogik. Eine problemorientierte Einführung. Weinheim und München: Juventa.

Bundeskanzleramt (2009): Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung. Online unter: http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Standards_OeB/standards_der_oeffentlichkeitsbeteiligung_2008_druck.pdf [20.09.2009]

Dangschat, Jens S. (2000): Integration – Eine Figuration voller Probleme. Warum die Integration von Migrant/innen so schwierig ist. In: Klein, G. / Treibel, A. (Hg.): Skepsis und Engagement. Hamburg: Lit-Verlag. S. 185-208.

Lüttringhaus, Maria (2000): Stadtentwicklung und Partizipation. Fallstudien aus Essen Katernberg und der Dresdner Äußeren Neustadt. Bonn: Stiftung Mitarbeit.

Schröder, Richard (1995): Kinder reden mit! Beteiligung an Politik, Stadtplanung und -gestaltung. Weinheim: Beltz.

Schnurr, Stefan (2001): Partizipation. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch der Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Neuwied, Kriftel: Luchterhand. S. 1330 – 1345.

Sturzenhecker, Benedikt (2008): Partizipation als politische Bildung in der Jugendarbeit. In: Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.): Partizipation - Zur Theorie und Praxis politischer Bildung in der Jugendarbeit. Wissenschaftliche Reihe, Band 5. Wien. S. 20-31.

Vilmar, Fritz (1973) Strategien der Demokratisierung. Band 1: Theorie der Praxis. Darmstadt: Luchterhand.

Verein Wiener Jugendzentren (Hrsg.)(2008): Partizipation - Zur Theorie und Praxis politischer Bildung in der Jugendarbeit. Wissenschaftliche Reihe, Band 5. Wien.

5.6 Zivilgesellschaft

5.6.1 Kurzfassung

Im deutschen Sprachgebrauch wird Zivilgesellschaft als eine vermittelnde Sphäre zwischen der individuellen Lebenswelt und dem gesellschaftlichen System (Staat, Wirtschaft u.a.) verstanden. Sie besteht aus staatsunabhängigen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen (Vereine, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften etc.), welche gesellschaftliche Problemlagen, die sich in privaten Lebensbereichen manifestieren an die politische Öffentlichkeit weiterleiten.

Einerseits stabilisiert die Zivilgesellschaft gesellschaftliche Systeme und Strukturen. Andererseits tritt sie zu Staat und Markt in Opposition, wenn diese verhindern, dass lebensweltliche Interessen ausreichend aufgenommen werden (z.B. durch starre bürokratische Systeme oder geschlossene Märkte).

In der Debatte um die Bürgergesellschaft wird die Bürger- bzw. Zivilgesellschaft hingegen als Ausgleich zum sich zurückziehenden Sozialstaat verstanden. Sie soll dabei helfen, verloren gegangenen gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder her zu stellen und den Abbau von Leistungen zu kompensieren. Die zivilgesellschaftliche Aufgabe, Interessenslagen aus den Lebenswelten in die Systeme zu transportieren und zu vergesellschaften, wird dabei vernachlässigt.

5.6.2 Langfassung

Im deutschen Sprachgebrauch wird Zivilgesellschaft als eine vermittelnde Sphäre zwischen der individuellen Lebenswelt und dem gesellschaftlichen System (Staat, Wirtschaft u.a.) verstanden. Sie besteht aus staatsunabhängigen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen (Vereine, Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften etc.), welche gesellschaftliche Problemlagen, die sich in privaten Lebensbereichen manifestieren an die politische Öffentlichkeit weiterleiten.

Einerseits stabilisiert die Zivilgesellschaft gesellschaftliche Systeme und Strukturen. Andererseits tritt sie zu Staat und Markt in Opposition, wenn diese verhindern, dass lebensweltliche Interessen ausreichend aufgenommen werden (z.B. durch starre bürokratische Systeme oder geschlossene Märkte).

Der Diskurs der Zivilgesellschaft verdankt seine, vor allem seit den 1980er Jahren einsetzende große öffentliche Resonanz vor allem zwei politisch-historischen Konstellationen. Zum einen dem Transformationsprozess ostmitteleuropäischer Staaten ab dem Jahr 1989, innerhalb dem Zivilgesellschaft als emanzipatorisches Kontrastprogramm zur bisherigen überwiegend staatlichen Regulierung der Gesellschaft verstanden wurde. Zum Anderen den neuen sozialen Bewegungen, welche vor allem in Form der Frauen- und StudentInnenbewegungen der 1970er Jahre, die öffentliche Diskussion maßgeblich prägten (vgl. Ansgar 2001, 32f).

Aktuell hat sich die Stoßrichtung der Debatte etwas verlagert. In ihrem Mittelpunkt steht nunmehr die Idee der Selbstregierung bzw. -regulierung von Gesellschaft. Damit verbunden ist die Hoffnung auf eine gesellschaftliche Re-Demokratisierung und die Überwindung von wohlfahrtsstaatlichen Demokratiedefiziten. In ihrer deutschsprachigen Ausprägung liegt dieser Diskussion meist das habermas'sche Konzept von (politischer) Öffentlichkeit zu Grunde (vgl. Kessler 2001, 2). Demnach ist Zivilgesellschaft eine vermittelnde Sphäre zwischen Lebenswelt und System. Sie bilde demnach ein Substrat von "[...] mehr oder weniger spontan entstandenen Vereinigungen, Organisationen und Bewegungen [...], welche die Resonanz, die die gesellschaftlichen Problemlagen in den privaten Lebensbereichen finden, aufnehmen, kondensieren und lautverstärkend an die politische Öffentlichkeit weiterleiten" (Habermas 1992; 443).

Davon ausgehend lassen sich vier Bedeutungsdimensionen ausmachen. Zivilgesellschaft kann bestimmt werden

1. als eine moderne gesellschaftliche und demokratische Ordnung, in der oberhalb der Familien und gegenüber dem Staat und der Ökonomie vielfältige Institutionen treten, die zugleich Rechte schützen und Interessen authentisch vermitteln,
2. als ein durch gesicherte Mitsprache- und Mitwirkungsrechte der Gesellschaftsmitglieder als Bürger konstruierter öffentlicher Bereich, in dem sich die gesellschaftlichen Interessen in staatsunabhängigen Assoziationen frei organisieren und artikulieren,
3. als eine Politik, deren Funktion und Reichweite im Unterschied zur tendenziellen Totalpolitisierung autoritärer Regime auf einen abgegrenzten öffentlichen Bereich unter Wahrung weitgehender Autonomie des Privaten beschränkt ist, und
4. als ein Programm der gesellschaftlichen Selbstmobilisierung bzw. Re-Demokratisierung (ebd.)

Abhängig von der konkreten Argumentationslinie und ihrer theoretischer Verortung dient der Zivilgesellschaftsdiskurs entweder

- der Legitimierung neuer Integrationsstrukturen über Mitgliedschaftsgarantien für Gesellschaftsmitglieder als BürgerInnen (Citizenship-Konzepte u.ä.),
- der Motivation kleinräumiger Integrationsstrukturen (Aktivierung von bürgerschaftlichem Engagement usw.),
- der Re-Aktivierung gemeinschaftlicher Strukturen,
- der Überwindung rein staatlicher Unterstützungs- und Versorgungsstrukturen,
- der Begründung von Tätigkeitsformen neben der Lohnarbeit (Konzepte der Gemeinwesenökonomie bzw. Lokaler Ökonomie und einer Neuen Arbeitsgesellschaft),
- der Mobilisierung politischer Öffentlichkeit im Sinne einer radikalen Gesellschaftskritik (Demirovic, Kunstreich) (vgl. Kessler 2001, 8).

In der Debatte um die Bürgergesellschaft wird die Bürger- bzw. Zivilgesellschaft als Ausgleich zum sich zurückziehenden Sozialstaat verstanden. Sie soll dabei helfen verloren gegangenen gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder her zu stellen und den Abbau von Leistungen zu kompensieren. Die zivilgesellschaftliche Aufgabe, Interessenslagen aus den Lebenswelten in die Systeme zu transportieren und zu vergesellschaften, wird dabei vernachlässigt.

Literatur

Habermas, Jürgen (1998): Faktizität und Geltung. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Kessler, Fabian (2001): Zivilgesellschaft. In: Otto, Hans-Uwe/Thiersch, Hans (Hg.): Handbuch Soziale Arbeit. Neuwied/Kriftel: Luchterhand. S. 2006 – 2016.

Klein, Ansgar (2001): Der Diskurs der Zivilgesellschaft. Politische Hintergründe und demokratietheoretische Folgerungen. Opladen: Leske + Budrich.

5.7 Governance

5.7.1 Kurzfassung

Unter Governance wird die Organisation kollektiver Entscheidungsfindung auf Basis eines kooperativen, netzwerkförmigen und nicht-hierarchischen Zusammenschlusses von staatlichen und privaten AkteurInnen verstanden.

Insbesondere im Bereich des Local Governance, innerhalb dem die lokale Ebene der Politikgestaltung (Bezirk bzw. Stadt) als Bezugspunkt dient, waren kooperative und partizipative Verfahrensweisen schon immer von zentraler Bedeutung.

In Form von politischen bzw. organisatorischen Programmen wie „Good Governance“, „Neuem Steuerungsmodell“ bzw. „New Public Management“ sollen Transparenz, Verantwortlichkeit, Rechtsstaatlichkeit, Öffentlichkeitsbeteiligung u.ä. innerhalb des Staates forciert bzw. die Effizienz und Effektivität der öffentlichen Administration gefördert werden. „Governance“ kann nicht unabhängig von gesellschaftlichen Entwicklungen verstanden werden, wie Umwandlung und Rückzug des Sozialstaats, neue Formen der Herstellung von Ordnung u.a. im öffentlichen Raum, sowie der Diversifizierung von Gesellschaft.

Auch Soziale Arbeit im öffentlichen Raum kann als Governance-Strategie verstanden werden. Ihr Ziel ist es, unterschiedliche und zum Teil widersprüchliche Interessenslagen zu verhandeln bzw. marginalisierte Gruppen bei der Artikulation ihrer Bedürfnisse und Anliegen zu unterstützen. Mögliche Konfliktlinien verlaufen z.B. entlang den Polen kommerziell/konsumfrei, Ruhe/Ordnung oder Freizeit/Sport. Zugleich hat Soziale Arbeit die Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit bzw. Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit zu bearbeiten.

5.7.2 Langfassung

Der aus dem anglo-amerikanischen Sprachraum stammende Governance-Begriff tauchte erstmals Anfang der 1990er Jahre in politikwissenschaftlichen Diskursen auf, welche sich mit Veränderungen von Institutionen und Prozessen der Politikentwicklung und gesellschaftlicher Regelungen auseinandersetzten. Seitdem dient er sowohl als Oberbegriff für verschiedene Formen sozialer Handlungskoordination als auch zur Bezeichnung nicht-hierarchischer und nicht ausschließlicher staatlicher Regelung (vgl. Mayntz 2004, 66 bzw. Nohlen 1998, 236). Anders als sein Vorgängerbegriff der Steuerung ist Governance jedoch nicht ausschließlich akteurs- und handlungszentriert, sondern umfasst darüber hinaus Strukturen, Regulierungen und Koordinationsformen. Er wird damit zu einem allgemeinen Konzept für die Ko-Produktion gesellschaftlicher Ordnung, in dem vor allem auch Grenzverschiebungen zwischen national – international, privat – öffentlich, formal – informal und innen – außen in den Blick geraten (vgl. De La Rosa/Kötter 2008, 13). Zusammengefasst kann Governance als die Organisation kollektiver Entscheidungsfindung auf Basis eines kooperativen, netzwerkförmigen und nicht-hierarchischen Zusammenschlusses von staatlichen und privaten AkteurInnen verstanden werden (vgl. Benz/Lütz/Schimank u.a. 2007, 14f). Inwiefern der Staat hierbei noch eine *conditio sine qua non* in diesem Prozess darstellt, lässt sich jedoch nicht restlos beantworten (vgl. De La Rosa/Kötter 2008, 13). Governancestrategien können teilweise auch als Reaktion von Kommunen verstanden werden, die verstärkt unter Druck geraten, weil soziale Ungleichheit sich vor allem lokal äußert, auch wenn sie dort nicht entsteht (vgl. Otto/Ziegler 2004; Diebäcker 2008).

Neben dieser deskriptiven Dimension hat der Begriff jedoch auch explizit normative bzw. praktische Bedeutungsebenen. Diese treten vor allem dann hervor, wenn von „Good Governance“ bzw. dem „guten Regieren“ gesprochen wird. Es handelt sich hierbei um Regierungstechniken bzw. -konzepte, welche staatliche Akteure u.a. einsetzen, um Werte wie Transparenz, Verantwortlichkeit, Rechtsstaatlichkeit u.ä. zu forcieren. Spezielle Programme für die öffentliche Verwaltung, welche u.a. auch manageriale Logiken implizieren, firmieren unter dem Titel des New Public Managements bzw. dem Neuen Steuerungsmodell (vgl. Benz/Lütz/Schimank u.a. 2007, 15). Hervorzuheben ist auch das europäische Konzept des guten Regierens, welches die Europäische Kommission 2001 in ein Weißbuch gegossen hat und welches insbesondere die stärkere Einbindung der Öffentlichkeit fördern möchte (vgl. Europäische Kommission 2001).

Der Begriff des Local Governance fokussiert insbesondere die lokale Ebene der Politikgestaltung. Diese entsprach schon vor dem eigentlichen Auftauchen des Konzeptes in vielfacher Weise seinen Bestimmungsmerkmalen, wie z.B. der verstärkten Kooperation öffentlicher und privater AkteurInnen oder den über Wahlen hinausgehenden Partizipationserfordernissen (vgl. Heinel 2004, S. 31). Vor allem letztere führten zu einer Debatte über participatory governance. Dabei handelt es sich um Konzepte, welche die Kategorie der Partizipation nicht-staatlicher AkteurInnen an der Entwicklung politischer Entscheidungen gezielt berücksichtigen (vgl. ebd., 35).

Für die soziale Arbeit bleibt kritisch anzumerken, dass das zunehmende Regieren über soziale Nahräume mit erheblichen Fallstricken verbunden sein kann. So entsteht schnell der Eindruck, dass soziale Problemlagen deckungsgleich mit räumlichen Gebieten sind. Ein derartiger Schluss führt in Folge oftmals zu einer Übertragung von Verantwortung an die dort lebenden Menschen. Soziale Arbeit läuft dann in Gefahr zur sozialstaatlichen Aktivierungsinstanz für Eigenverantwortlichkeit zu werden (vgl. Kessl/Krasmann 2005, 236f).

Literatur

Benz, Arthur/Lütz, Susanne/Schimank, Uwe/Simonis, Georg (2007): Einleitung. In: Dies. (Hg.): Handbuch Governance. Wiesbaden: VS Verlag. S. 9 – 25.

Böhnisch, Lothar (2006): Politische Soziologie. Opladen: Verlag Barbara Budrich

De La Rosa, Sybille/Kötter Mathias (2008): Governance(-forschung) im Kontext der Disziplinen. In: De La Rosa, Sybille/Höppner, Ulrike/Kötter, Mathias (Hg.): Transdisziplinäre Governanceforschung. Gemeinsam hinter den Staat blicken. Baden-Baden: Nomos. S.11 – 33.

Diebäcker, Marc (2008): Governance und Demokratie. In: Hamedinger, Alexander/Frey, Oliver/Dangschat, Jens S./Breitfuss, Andrea (Hg): Strategieorientierte Planung im kooperativen Staat. Wiesbaden: VS-Verlag.

Diebäcker, Marc (2008): Sozialraum und Governance. In: Bakic, Josef; Diebäcker, Marc; Hammer, Elisabeth: Aktuelle Leitbegriffe der Sozialen Arbeit. Ein kritisches Handbuch. Wien: Löcker.

Europäische Kommission (2001): Weissbuch Europäisches Regieren. Online unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2001:0428:FIN:DE:PDF> [07.10.2009]

Heinelt, Hubert (2004): Governance auf lokaler Ebene. In: Benz, Arthur (Hg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden: VS Verlag. S. 29 – 44.

Kessl, Fabian/Krasmann, Susanne (2005): Sozialpolitische Programmierungen. In: Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian/Maurer, Susanne u.a. (Hg.): Handbuch Sozialraum. Wiesbaden: VS Verlag. S. 227 – 245.

Mayntz, Renate (2004): Governance im modernen Staat. In: Benz, Arthur (Hg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Wiesbaden: VS Verlag. S. 65 – 76.

Nohlen, Dieter (Hg.) (1998): Lexikon der Politik. München: Beck.

Otto, Hans-Uwe; Ziegler, Holger (2004): Sozialraum und sozialer Ausschluss (I+II). In: neue praxis, 2+3/2004. Lahnstein: neue praxis.

5.8 Nachhaltige Entwicklung

5.8.1 Kurzfassung

Die Brundlandt-Kommission der UNO bestimmt nachhaltige Entwicklung als eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.

Für die Soziale Arbeit hat das Thema der Nachhaltigkeit vor allem durch das 1992 in Rio de Janeiro von 172 Staaten auf der „Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen“ beschlossene entwicklungs- und umweltpolitische Aktionsprogramm Agenda 21 Bedeutung erlangt. Nachhaltige Entwicklung wird dabei so definiert, dass ökologische, soziale und ökonomische Ressourcen so genutzt werden, dass sie den nachfolgenden Generationen erhalten bleiben. Dieses hebt die Bedeutung der Kommunen in Bezug auf die nachhaltige Entwicklung besonders hervor. In Folge kam es auch in Wien zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21, die die Förderung nachhaltiger Bezirks- und Stadtentwicklung zum Ziel hat.

Der Wiener LA 21 Prozess zeichnet sich vor allem durch eine breite Partizipation aller gesellschaftlichen AkteurInnen, seine starke Orientierung an lokalen Themen und Bedürfnissen, sowie seine Ausrichtung an Prinzipien des Good Governance wie Transparenz, Demokratie usw. aus. Die Bedeutung der LA 21 für die Soziale Arbeit liegt sowohl in ihrer partizipativen und sozialräumlichen Form der Prozessgestaltung, als auch in den behandelten Themenbereichen. Zu diesen zählen u.a. die Nutzung des öffentlichen Raumes, die Aushandlung zwischen verschiedenen Interessensgruppen, der Umgang mit Alter, Geschlecht und unterschiedlichen Kulturen und viele mehr.

Nachhaltigkeit bedeutet in all diesen Fällen das gemeinsame Entwickeln von Lösungen und der produktive Umgang mit Konflikten. Dahinter steht die Überzeugung, dass nur durch gesellschaftliche Lernprozesse an denen alle Gruppen gleichermaßen teilnehmen können, das Zusammenleben langfristig gesichert werden kann. Demgegenüber werden Interventionen, welche auf die Verdrängung von einzelnen Gruppen und die Verschleierung von sozialen Konfliktfeldern abzielen, als potentielle Quelle gesellschaftlicher Destabilisierung eingeschätzt.

5.8.2 Langfassung

Der in der Forstwirtschaft zum ersten Mal gebrauchte Begriff der Nachhaltigkeit bezeichnete dort die nicht substanzgefährdende bzw. sparsame Nutzung von Waldbeständen (vgl. Nolte 2006, 30 bzw. 32ff). In der ökonomischen Theorie wurde auf dieser Grundlage der Nachhaltigkeitsbegriff weiterentwickelt und auf andere Bereiche der Ressourcennutzung ausgedehnt (vgl. ebd., 34ff). Diese begriffliche Expansionsbewegung blieb jedoch nicht auf die Wirtschaftstheorie beschränkt und weitete sich auf die Beschreibung und Steuerung von gesellschaftlichen Entwicklungen aus. Von den vielfältigen und nicht abgeschlossenen Definitionsversuchen kann einzig jener der Brundlandt-Kommission der UNO eine gewisse allgemeine Akzeptanz für sich beanspruchen (vgl. ebd., 55). Demnach ist nachhaltige Entwicklung eine

„[...] Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Brundlandt-Kommission 1987; Übers. des Autors).

Um dem weiten Bedeutungsfeld dieser Definition Kontur zu verleihen, wurde begonnen, nachhaltige Entwicklung auf gesellschaftliche Teilbereiche wie Umwelt, Soziales oder Ökonomie zu beziehen und im Rahmen dieser weiter zu entwickeln (vgl. Nolte 2006, 59ff). Für die soziale Arbeit wuchs die Bedeutung des Nachhaltigkeitsdiskurses vor allem im Zuge des UN-Aktionsprogramms Agenda 21 aus dem Jahr 1992, das von 172 Staaten auf der „Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen“ in Rio de Janeiro unterzeichnet wurde. Dieses hebt unter anderem die Bedeutung der Kommunen in einem eigenen Kapitel gesondert hervor (vgl. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung 1992, Kap. 28).

In Folge kam es auch in Wien zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21, die die Förderung nachhaltiger Bezirks- und Stadtentwicklung zum Ziel hat.

Im Jahr 1996 unterzeichnete der Wiener Bürgermeister Dr. Michael Häupl die Charta von Aalborg, mit der sich Städte und Gemeinden zur Umsetzung der Lokalen Agenda 21 verpflichten. Zwei Jahre später startete das Pilotprojekt im Alersergrund, welches im Jahr 2002 zu einem Wien weiten Modell weiterentwickelt wurde. Der LA 21 Prozess in Wien zeichnet sich vor allem durch eine breite Partizipation aller gesellschaftlichen AkteurInnen, seiner starken Orientierung an lokalen Themen und Bedürfnissen sowie seiner Ausrichtung an Prinzipien des Good Governance wie Transparenz, Demokratie usw. aus (vgl. Binder-Zehetner/Taucher 2008, 7f). Die Bedeutung der LA 21 für die soziale Arbeit liegt sowohl in ihrer partizipativen und sozialräumlichen Form der Prozessumsetzung als auch in den behandelten Themenbereichen. Fragen der Gestaltung des öffentlichen Raumes, der Aushandlung zwischen verschiedenen Interessensgruppen, des Umganges mit Alter, Geschlecht und unterschiedlichen Kulturen sind beständiger Bestandteil der Agenda-Tätigkeit (Binder-Zehetner/Kellner/Taucher 2009, 7).

Nachhaltigkeit bedeutet in all diesen Fällen das gemeinsame Entwickeln von Lösungen und der produktive Umgang mit Konflikten. Dahinter steht die Überzeugung, dass nur durch gesellschaftliche Lernprozesse, an denen alle Gruppen gleichermaßen teilnehmen können, das Zusammenleben langfristig gesichert werden kann. Demgegenüber werden Interventionen, welche auf die Verdrängung von einzelnen Gruppen und die Verschleierung von sozialen Konfliktfeldern abzielen, als potentielle Quelle gesellschaftlicher Destabilisierung eingeschätzt.

Literatur

Binder-Zehetner, Andrea/Taucher, Josef (2008): Das Wiener Modell der Lokalen Agenda 21. Handbuch zu Strukturen, Regeln, Grundsätzen, Methoden. Online unter: http://la21wien.at/la-21-nachlesen/la-21-nachlesen/arbeitsmaterialien/LA21_Qualitatshandbuch_web_090115.pdf [21.11.2009]

Binder-Zehetner, Andrea/Kellner, Johannes/Taucher, Josef (2009): Nachlese 2008/2009. Online unter: <http://la21wien.at/la-21-nachlesen/la-21-nachlesen/LA%2021%20Wien%20Nachlese%202008-2009.pdf> [21.11.2009]

Brundlandt-Kommission (1987): Report of the World Commission on Environment and Development: Our Common Future. Online unter: <http://www.un-documents.net/ocf-02.htm#I> [21.11.2009]

Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (1992): Agenda 21. Online unter: <http://www.agenda21-treffpunkt.de/archiv/ag21dok/index.htm> [21.11.2009]

Nolte, Frank (2006): Lokale Agenda 21 zwischen Wunsch und Wirklichkeit. Nachhaltige Entwicklung, ihre Aufnahme in Recht und Praxis. Berlin: Duncker & Humboldt.